

04/2005

lww info

ZEITSCHRIFT DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN

nachricht · bericht





Foto: Privat

Die Menschen in den Mittelpunkt!

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

mit dem SGB IX unter dem Titel „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“ und dem SGB XII der neuen Sozialhilfe hat die Bundesgesetzgebung die Grundlage dafür geschaffen, von dem herkömmlichen Fürsorge- und Vorsorgegedanken wegzukommen. Damit rückt der behinderte Mensch mit seinen Wünschen und Bedürfnissen nach einem gleichberechtigten Leben stärker in den Mittelpunkt. Er soll also nicht mehr Objekt öffentlicher Versorgung sein, sondern Subjekt einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Besonders deutlich wird dies in dem erweiterten Wunsch- und Wahlrecht, das seinen Ausdruck in dem Persönlichen Budget findet. Der Paradigmenwechsel zeigt sich auch an einer Veränderung der Hilfeplanung und -erbringung weg von der Angebotsorientierung hin zu einer klienten- bzw. personenzentrierten Vorgehensweise.

Entsprechend des Wunsches nach mehr Autonomie und Selbstbestimmung werden behinderte Menschen in die Hilfeplanung einbezogen: bei der Ziel- und Leistungsbeschreibung ebenso wie bei der Festlegung des zeitlichen Umfangs für die Hilfeerbringung. Mit den Betroffenen ist entsprechend ihrer Ressourcen und auch ihrer Motivation eine Vereinbarung zu schließen, damit die erforderlichen Leistungen passgenau und zeitlich angemessen erfolgen können. Dabei ist, entsprechend der gesetzlichen Vorgaben, die Hilfe vorrangig ambulant und nach Möglichkeit in der eigenen Lebenswelt unabhängig von der Wohnform zu erbringen. Das erübrigt die vorschnelle Integration in Einrichtungen und eröffnet Wege in die alltägliche Normalität: in Vereine, in Interessengruppen und den allgemeinen Arbeitsmarkt etc. Auf diese Weise werden umständliche und zeitintensive Probe- und Trainingsaktivitäten nach langen Aufenthalten (z. B. in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe) überflüssig.

Der betroffene Mensch muss nicht entsprechend der Hilfeart seinen Wohnort wechseln und sich immer wieder auf neue Beziehungen einlassen, sondern erhält die auf ihn zugeschnittene Leistung nach Möglichkeit dort, wo er wohnt. Es ist gar keine Frage, dass dieser Weg auch höhere Anforderungen an die behinderten Menschen und/oder deren Vertreter (Betreuer) oder Angehörige stellt. Es gilt, selbstbestimmt das Leben in die Hand zu nehmen und sich z. B. mittels des Persönlichen Budgets die bisher in Form von Sachleistungen gewährten Hilfen nach dem individuellen Bedarf selbst „einzukaufen“. Dabei wollen wir die behinderten Menschen beraten und ihnen mit so wenig Bürokratie wie möglich zur Seite stehen. Dieses moderne Verständnis der Hilfe für Menschen mit Behinderungen gilt es nun in ganz Hessen umzusetzen.

Alle Partner, ob Kommunale Spitzenverbände, Behindertenverbände oder auch die Liga der freien Wohlfahrtspflege, sind aufgerufen, sich konstruktiv an diesem Prozess zu beteiligen. Damit wird die Grundlage gelegt, das System für die Menschen zukunftsfähig zu gestalten.

Ihre

Evelin Schönhut-Keil

IMPRESSUM

**LWV-Info. Zeitschrift des
Landeswohlfahrtsverbandes Hessen**

Herausgeber:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Öffentlichkeitsarbeit – Pressestelle
Ständeplatz 6 – 10, 34117 Kassel
Tel.: (05 61) 10 04 – 22 13 / 23 68 / 25 36
Fax: (05 61) 10 04 – 26 40
pressestelle@lww-hessen.de
www.lww-hessen.de

Redaktion:

Jörg Daniel (jda) (verantw.)
Rose-Marie von Krauss (rvk)

Redaktionsmitarbeit:

Monika Brauns (mbr)
Dr. Constantin Gora (cgy)

Satz und Druck:

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH,
Kassel

Redaktionsschluss: 2. November 2005
Nächster Redaktionsschluss: 1. Februar
2006

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Nachdruck von Beiträgen dieser Zeitschrift, Vervielfältigung, Übersetzung, Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, elektronisches Publizieren sowie Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen – auch auszugsweise – sind nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares gestattet. Eine elektronische Ausgabe des LWV-Info finden Sie unter www.lww-hessen.de. Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an die obige Anschrift.



Startschuss für forensische Klinik in Bad Emstal (Bericht Seite 28).

Foto: ZSP Kurhessen



Vorge stellt: Wohnen im Verbund bei der Lebenshilfe Kreisvereinigung Waldeck-Frankenberg e. V. (Bericht Seite 30).

Foto: Stella Dammbach

Die Redaktion
wünscht allen
Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest
sowie ein
gesundes und erfolgreiches
Jahr 2006



Kurz notiert _____	4
Ethik – Brücke und Grenze des Handelns _____	14
<i>LWW-Klinikführungskräfte berieten zu Grundfragen</i>	
Wortmeldungen _____	16
<i>Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen</i>	
„Wie zufrieden sind Sie?“ _____	18
<i>LWW stellte Ergebnisse einer Befragung zum „Stationär Begleiteten Wohnen“ vor</i>	
Eine Ära ging zu Ende _____	19
<i>Lutz Bauer zur Verabschiedung mit Ehrenring ausgezeichnet</i>	
Vom Hobby zur Existenzgründung _____	20
<i>Das Integrationsamt des LWW half Andreas Pockrandt</i>	
„Gegen Unverständnis und Ausgrenzung“ _____	23
<i>Ausstellung im Ständehaus zeigte Kunst psychiatrieeffahrener Menschen</i>	
Menschen ohne Wohnung _____	24
<i>LWW fördert Anlaufstellen mit fast 9 Mio. Euro</i>	
Alois Alzheimer _____	25
<i>Die lange Karriere eines Namens</i>	
Erster Spatenstich für neue forensische Klinik _____	28
Stationär und Ambulantunter einem Dach _____	30
<i>Wohnen im Verbund – das Beispiel der Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg</i>	
Stress – der alltägliche Begleiter! _____	33
Schulphobie _____	34
<i>viel mehr als nur „Schule schwänzen“</i>	
Leichte Sprache _____	37
<i>Das Einfache, das (gar nicht) so schwer zu machen ist!</i>	
LWW zahlt keine Löhne und Gehälter mehr ! _____	38
Kurz notiert _____	39
Ehrensache Ehrenamt _____	48
<i>Hans-Heinrich Thielemann</i>	
Personalien _____	49
<i>Erfolge / Jubiläen / Ruhestand / Trauer</i>	

Hauptverwaltung: Neue Geschäftsbereiche

Zum Amtsantritt am 1. September hat Landesdirektor Uwe Brückmann die Geschäftsbereiche der LWV-Hauptverwaltung neu geordnet. Zu den Hauptaufgaben seines eigenen Geschäftsbereichs gehört die Steuerung der LWV-Unternehmensgruppe. Für den Fachbereich Einrichtungen wird daher weiterhin der Landesdirektor verantwortlich zeichnen. Auch die Servicebereiche und Stabstellen des sogenannten Querschnitts mit internen Dienstleistungs- und Steuerungsaufgaben bleiben im Geschäftsbereich des Landesdirektors. Einen weiteren Aufgabenbereich hat Brückmann aus seiner bisherigen Funktion als Erster Beigeordneter mitgenommen: Er bleibt Kämmerer des LWV, ihm untersteht – wie bisher – die Finanzverwaltung. Auch die Bauverwaltung sowie die Referate für Sozialpädagogische Zentren und die überregionalen Sonderschulen hat der LWV-Chef in seinen Geschäftsbereich übernommen. Babette Meister als Persönliche Referentin und Steffi Gräf als Persönliche Mitarbeiterin stehen dem Landesdirektor als unmittelbare Mitarbeiterinnen zur Seite.

Kernstück des Geschäftsbereiches der Ersten Beigeordneten Evelin Schönhut-Keil sind die Zielgruppenmanagements des überörtlichen Sozialhilfeträgers, in denen der Löwenanteil der sozialen Transferleistungen abgewickelt wird. Auch wird das Zielgruppenmanagement Kriegsopferfürsorge, das für eine wachsende Zahl von Kommunen auch die örtlichen Aufgaben übernimmt, durch die neue hauptamtliche Beigeordnete verantwortet. Zu Schönhut-Keils Geschäftsbereich gehört neben diesen Aufgaben auch die Stabsstelle zur Steuerung des überörtlichen Sozialhilfeträgers. Unterstützt wird die LWV-Vizechefin durch ihren Persönlichen Referenten Hans-Günther Tiggemann und durch Jördis Dornette als Persönliche Mitarbeiterin im Büro der Ersten Beigeordneten.

Als ehrenamtlicher Beigeordneter mit Geschäftsbereich ist Dr. Peter Barkey

Verwaltungsausschuss in aktueller Besetzung



Am 21. September beriet der Verwaltungsausschuss des LWV in den Räumen der Orthopädischen Klinik Kassel gGmbH. Unser Foto zeigt die ehrenamtlichen Beigeordneten (v. l.) Robert Becker, Annegret Bauch, Stephan Aurand, Liesel Thurn, Ingeburg Gründer-Schäfer, Dr. Peter Barkey, Eva Ludwig und Dr. Klaus Becker sowie Landesdirektor Uwe Brückmann (4. v. r.) und Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil (2. v. r.). Nicht auf dem Foto sind die Beigeordneten Rainer Glenz und Kurt Leuninger.

Foto: Dieter Mühlhausen

seit dem 1. September tätig. Zu seinem Verantwortungsbereich gehören Integrationsamt und Revision sowie der Funktionsbereich Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen. (jda)

Modellprojekt zu neuen Entgeltformen

Einstimmig votierten die Abgeordneten der Verbandsversammlung im Oktober dafür, in der Klinik für forensische Psychiatrie Haina (Kloster) modellhaft neue Entgeltformen einzuführen, die stärker als bisher betriebswirtschaftliche Ansätze berücksichtigen. Während der Modellphase soll für die Klinik ein finanzielles Anreizsystem entwickelt werden, um Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Klinik zu steigern. Dazu sollen in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe Kennzahlen entwickelt werden, anhand derer im weiteren Verlauf die Qualitätsverbesserung und die Wirtschaftlichkeit gemessen wird. Kommt es zu Effizienzgewinnen, werden diese zwischen dem Land als Kostenträger und dem LWV als Einrichtungsbetreiber geteilt. Die Klinik soll den auf sie

entfallenden Anteil für weitere Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung verwenden, das Land wird seinen Anteil für Präventivmaßnahmen einsetzen. Das Modellprojekt soll bereits 2005 in einer Implementationsphase beginnen und über insgesamt drei Jahre laufen. Ab Mitte 2007 wird das Projekt daraufhin bewertet, wo es sich bewährt hat und ob ein neues Entgeltsystem für alle forensischen Kliniken eingeführt wird. Auch gaben die Abgeordneten dem Verwaltungsausschuss grünes Licht, zu den Details mit dem Hessischen Sozialministerium eine Projektvereinbarung abzuschließen. (jda)

Zumbrägel vertritt Verbandsversammlung

Der Kasseler CDU-Abgeordnete Aloys Zumbrägel vertritt künftig die Verbandsversammlung bei gerichtlichen Verfahren, die gegen das Hessische Sozialparlament gerichtet sind oder von ihm betrieben werden. Einen solchen Beschluss fassten die Abgeordneten bei der Plenartagung im Oktober mehrheitlich. (jda)

LWV Hessen fördert Werkstätten



Vom Integrationsamt gefördert: Hochregal in der Werkstatt Wabern der Baunataler Werkstätten e. V. Foto: Baunataler Werkstätten e. V.

Nachdem das LWV-Integrationsamt eine Förderung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe bewilligte, können Werkstätten in Wabern und Rüsselsheim für ihre weitere Unternehmensentwicklung wichtige Bauvorhaben realisieren.

Wabern

Am Waberner Standort der Baunataler Werkstätten e. V. müssen dringend die Lagerkapazitäten erhöht werden. Die Werkstatt erweitert ihre Grundfläche, da veränderte Produktionszyklen mehr Platz benötigen. In dem neuen Lager sollen außerdem Schwerlastregale eingebaut werden, um in der Zukunft auch besser die Höhe auszunutzen. Für diese verbesserte Lagerlogistik sollen außerdem mehrere Transportgeräte angeschafft werden. Die Gesamtkosten des Vorhabens belaufen sich auf 345.000 €, die zur einen Hälfte das LWV-Integrationsamt, zur anderen Hälfte die Baunataler Werkstätten aus Eigenmitteln tragen. In Wabern stehen 120 behindertengerechte Arbeitsplätze hauptsächlich für Industriemontage, Industrieverpackung, Schneiderei sowie in

der industriellen Schreinerei zur Verfügung. Durch die Investition kann sich die Werkstatt auf Anforderungen seiner Kunden einstellen und verbessert seine Wettbewerbsfähigkeit. Die Baunataler Werkstätten e. V. zählen zu den großen Arbeitgebern in Nordhessen: Sie bieten an fünf verschiedenen Standorten in Nordhessen rund 1.100 Arbeitsplätze in Werkstätten für behinderte Menschen und weitere 160 Arbeitsplätze in Integrationsunternehmen an.

Rüsselsheim

Mit insgesamt 260.000 € fördert das Integrationsamt des LWV den Küchenumbau der Werkstatt für behinderte Menschen in Rüsselsheim-Königstädten. Beim Start vor 30 Jahren waren es rund 120 Menschen mit Behinderungen, die in der Werkstatt in Königstädten eine sinnvolle Beschäftigung fanden. Heute sind es rund doppelt so Viele – für Küche und Sanitäreinrichtungen entstand dringender Modernisierungsbedarf. Neben verbesserten hygienischen Bedingungen in der Werkstattküche erhält die Belegschaft eigene

Sanitäreinrichtungen und Umkleiemöglichkeiten. Außerdem wird für die Küche ein neues Kühllager eingerichtet. Den hierfür notwendigen Platz gewinnt die Werkstatt durch die Verlagerung der in der Nähe gelegenen Wäscherei. Die vom Integrationsamt bewilligte Förderung von 260.000 € setzt sich aus Zuschuss- und Darlehensanteil zusammen. Für diese Modernisierung setzen die Werkstätten für Behinderte Rhein-Main e. V. insgesamt rund 550.000 € ein. Neben dem Zuschuss des Integrationsamtes finanziert der Träger das Bauvorhaben durch Eigenmittel. (jda)

Service- und Beratungsstelle umgezogen

Die Service- und Beratungsstelle des LWV, die allen behinderten Menschen der Region Kassel in Angelegenheiten der Rehabilitationsträger zur Verfügung steht, ist zum 1. Oktober in die Kölnische Straße 30 umgezogen. Verlängert wurden die Servicezeiten: Am neuen Standort sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun montags bis donnerstags von 9 bis 15 Uhr, freitags von 9 bis 13.30 Uhr erreichbar. Das Beratungsangebot richtet sich an behinderte und von einer Behinderung bedrohte Menschen, ihre Vertrauenspersonen und ihre Personensorgeberechtigten. Die Anlaufstelle verfügt wie bisher über einen barrierefreien Zugang. Die Servicestelle wurde 2003 eingerichtet und nimmt Aufgaben nach § 22 SGB IX wahr. Die Mitarbeiter klären, welcher Rehabilitationsträger zuständig ist, helfen bei der Antragstellung und leiten die Unterlagen an den zuständigen Rehabilitationsträger weiter. (jda)



Service- und Beratungsstelle für Rehabilitation beim LWV Hessen, Kölnische Str. 30, 34117 Kassel, Tel.: 05 61 / 5 29 70 98, Fax: 05 61 / 7 03 46 60, EMail: servicestelle.kassel@lww-hessen.de

Projekt Zukunft: 248 junge Menschen starten in Ausbildung



Start für die Einen, erfolgreicher Abschluss für die Anderen: An der Krankenpflegeschule des ZSP Kurhessen in Bad Emstal legten 24 junge Frauen und Männer ihr Examen als Gesundheits- und Krankenpfleger ab. Foto: ZSP Kurhessen

„Der LWV kommt auch 2005 gerade in den strukturschwachen Regionen Hessens seiner Verantwortung als öffentlicher Arbeitgeber nach: Im Herbst begannen insgesamt 248 junge Menschen ihre Ausbildung in den Dienststellen, Eigenbetrieben und Gesellschaften des LWV“, sagte Landesdirektor Uwe Brückmann zum Start des neuen Ausbildungsjahrgangs. Der LWV bietet qualifizierte Ausbildungsplätze überwiegend in der psychiatrischen Krankenpflege, aber auch in technischen, handwerklichen, kaufmännischen und in Verwaltungsberufen. Mit den vorangehenden Jahrgängen befinden sich damit 715 junge Menschen beim LWV in einer Berufsausbildung, viele davon in Nord- und Mittelhessen, wo Ausbildungsplätze besonders schwer zu finden sind.

Dabei beschreitet der LWV mit seiner Unternehmensgruppe neue Wege, um Ausbildung auch bei knapper werdenden Mitteln finanzierbar zu gestalten: Nachdem bereits im vergangenen Jahr ein Verbund die dreijährige Ausbildung zum „Gesundheits- und Krankenpfleger“ für die psychiatrischen Kliniken in Marburg,

Gießen und Haina übernommen hat, wurde kürzlich auch zwischen dem ZSP Bergstraße in Heppenheim und dem Heilig-Geist-Hospital in Bensheim ein Kooperationsvertrag geschlossen. Damit kann an diesen Standorten mit günstigerer Kostenstruktur, aber unveränderter Qualität ausgebildet werden, denn in der Krankenpflege besteht auch in Zukunft ein anhaltender Bedarf an Fachkräften.

Trotz sinkender Stellenzahl bleibt der LWV auch in Verwaltungsberufen als Ausbilder aktiv: In Kassel, Wiesbaden und Darmstadt wurden insgesamt 18 Ausbildungsplätze in den Berufen

Verwaltungsinspektor/in, Fachangestellte/r für Bürokommunikation und Fachinformatiker besetzt. In diesen Berufen geht es um Rechtskenntnisse, betriebswirtschaftliche Methoden und moderne Informationstechnologie, die beim LWV eingesetzt werden. Junge Menschen, die am Arbeitsmarkt mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, bildet das SPZ Wabern-Homburg insbesondere in gewerblichen Berufen aus. Begleitet werden die jungen Männer und Frauen während ihrer Ausbildung im Karlshof neben ihren fachlichen Ausbildern von Pädagogen/innen, die bei der sozialen und beruflichen Integration helfen. (jda)

Ausbildung beim LWV Hessen

	Neueinstellungen 2005	Gesamtzahl
Krankenpflegeschulen*	194	513
Zentren für Soziale Psychiatrie (außer Krankenpflege)	9	28
Sozialpädagogische Zentren	27	111
Verwaltungen	18	63
Summen	248	715

*einschl. Ausbildung in Verbundkrankenpflegeschulen

ZSP Hochtaunus erhält Urkunde der IHK Frankfurt

Mit einer Urkunde hat sich die Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt für die Ausbildungsbereitschaft des Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP) Hochtaunus bedankt: Das ZSP Hochtaunus hat im Rahmen des hessischen Ausbildungspaktes zusätzlich eine Lehrstelle für eine künftige Bürokauffrau geschaffen. In dem vom IHK-Präsidenten Dr. Joachim von Harbou und dem IHK-Hauptgeschäftsführer Matthias Gräßle unterzeichneten Schriftstück heißt es: „Vielen Dank, dass Sie zum Erfolg des Ausbildungspaktes beitragen, der nun das zweite Jahr läuft. In Ihrem eigenen Unternehmen betrei-

ben Sie damit ‚Kapital-Bildung‘, unterstreichen aber auch deutlich die Ausbildungsbereitschaft der deutschen Wirtschaft.“

Mit großer Freude nahm der Geschäftsführer des ZSP Hochtaunus, Werner Bierschenk, die Auszeichnung entgegen. „Mit unseren 28 Auszubildenden liegen wir deutlich über den von der Bundesregierung geforderten sieben Prozent. Unsere Ausbildungstätigkeit findet nicht ausschließlich aus eigennützigen Motiven statt. Vielmehr wollen wir damit auch unserer gesellschaftlichen Verpflichtung gerecht werden.“

Dieter Becker/(rvk)



Ilona Bach, Auszubildende zur Bürokauffrau im ZSP Hochtaunus. Foto: Dieter Becker

Keine Umsatzsteuer für Leistungen des Betreuten Wohnens

Erleichterung bei den hessischen Sozialhilfeträgern: Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, die für das ambulante Betreute Wohnen gewährt werden, bleiben auch in Zukunft von der Umsatzsteuer befreit.

Diese Klarstellung hat jetzt das Hessische Ministerium der Finanzen in einem Erlass getroffen. Der ministeriellen Regelung waren unter Federführung des Hessischen Finanzministers Karlheinz Weimar Gespräche zwischen dem Hessischen Finanz- und Sozialministerium, der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, den Verbänden der privaten Anbieter und dem Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) als überörtlichem Sozialhilfeträger vorangegangen. Der LWV, von dem die Initiative ausging, vertrat bei dem Verfahren auch die Landkreise und kreisfreien Städte als örtliche Sozialhilfeträger. Zur Frage einer evtl. Umsatzsteuerpflicht dieser Leistungen entstand Klärungsbedarf, weil seit dem 1. Januar 2005 für das Betreute Wohnen neben Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege im Rahmen einer auf Landesebene ge-

schlossenen Vereinbarung auch private Anbieter zugelassen sind und eine landesweite Vergütung eingeführt wurde. Bei einer Umsatzsteuerpflicht hätten die hessischen Sozialhilfeträger, allen voran der LWV, eine zusätzliche Millionenlast zu tragen gehabt.

Ausbau nun gesichert

LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann zeigte sich mit der Regelung des Ministeriums sehr zufrieden: „Eine Umsatzsteuerpflicht hätte den zügigen Ausbau des Betreuten Wohnens in Hessen gefährdet und das Betreute Wohnen gegenüber anderen, stationären Hilfeformen in nicht nachvollziehbarer Weise benachteiligt.“ Der LWV-Chef hatte sich besonders für die nun erzielte Regelung eingesetzt, weil nur so der Vorrang ambulanten Hilfen gegenüber stationärer Hilfe durchgesetzt werden könne. Die Umsatzsteuerbefreiung sei erforderlich, um den Ausbau so energisch wie bisher fortsetzen zu können. Der LWV wolle bis 2008 jährlich mindestens 440 neue Plätze im Betreuten Wohnen einrichten und dabei Plätze

in stationären Wohnheimen abbauen, sagte Brückmann.

Die Arbeit der hessischen Sozialhilfeträger sieht der Hessische Finanzminister Karlheinz Weimar durch die Entscheidung auf eine sichere finanzielle Basis gestellt. Weimars Kabinettskollegin Silke Lautenschläger unterstrich, dass nun die Voraussetzung gegeben sei, ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe im Rahmen des Betreuten Wohnens in Hessen weiter ausbauen zu können: „Das Betreute Wohnen ermöglicht als Alternative zum Heim eine weiterhin selbstständige Lebensführung in einer barrierefreien Wohnung, da je nach Bedarf professionelle Betreuungs- und Pflegeleistungen in Anspruch genommen werden können.“ Erleichtert zeigte sich auch die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen: „Es wäre im Sinne des Betreuten Wohnens nicht zielführend“, so Liga-Vorsitzender Dr. Hejo Manderscheid, „wenn auf die öffentlich finanzierte Sozialhilfeleistung noch Umsatzsteuer gezahlt werden müsste.“ Der Erlass beende eine monatelange Verunsicherung. (jda)

Institutsambulanz in Hofgeismar eröffnet



Gute Stimmung: Gäste bei der Eröffnung der neuen Institutsambulanz in Hofgeismar.

Foto: ZSP Kurhessen

Drei Monate nach Eröffnung ihrer 4. Institutsambulanz in Witzenhausen (s. LWV-Info 03/05) eröffnete die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters (KPPKJ) Kassel im September in Hofgeismar ihre 5. Ambulanz. Damit verbessert sich maßgeblich die ambulante Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher im nördlichen Teil des Landkreises Kassel. „Mit dieser fünften Institutsambulanz der Kasseler Kinder- und Jugendpsychiatrie können wir die Behandlungssituation in der Region deutlich verbessern und können damit der steigenden Nachfrage ortsnah begegnen“, so LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann bei der offiziellen Eröffnung der Institutsambulanz in Hofgeismar.

Weit verzweigtes Angebot

Die KPPKJ Kassel ist eine von fünf LWV-Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Sie verfügt über 38 stationäre Plätze. Darin enthalten ist eine im Aufbau befindliche Station für den

niederschweligen Drogenentzug für Kinder und Jugendliche. Diese Station soll für drei Jahre erprobt werden. Darüber hinaus gehören zur KPPKJ am Standort Kassel eine Tagesklinik mit 18 Plätzen und eine Institutsambulanz. Weitere Institutsambulanzen gibt es als Außenstellen der Klinik seit 1994 in Eschwege, seit 2002 in Korbach und seit Juni 2005 in Witzenhausen. In den vier genannten Institutsambulanzen werden jährlich rund 5.600 Behandlungen gezählt. Dabei haben sich die ambulanten Behandlungen in den fünf Jahren zwischen 1999 und 2004 mehr als verdoppelt. Es ist gerade für junge Menschen wichtig, solche ambulanten Behandlungsangebote frühzeitig wahrzunehmen, um einer Verfestigung psychiatrischer Störungen und Erkrankungen entgegen zu wirken und damit auch eventuell nötige stationäre Krankenhausbehandlungen vermeiden zu können.

In den Ambulanzen kümmern sich multiprofessionelle Behandlungsteams um die jungen Patienten. In der neuen Institutsambulanz in Hof-

geismar sind seit Mai dieses Jahres eine Ärztin, ein Psychologe und eine Sekretärin tätig. Hier werden, wie in den 20 anderen hessenweit bereits bestehenden Institutsambulanzen des LWV, alle bei Kindern und Jugendlichen auftretenden psychiatrischen Erkrankungen behandelt. (rvk)

Haushalt 2005: Budgetverbesserung zeichnet sich ab

Der LWV erwartet für das Geschäftsjahr 2005 gegenüber dem Haushaltsplan eine deutliche Budgetverbesserung. Sie belief sich zum Ende des zweiten Quartals auf rund 10,53 Mio. € und ist vor allem auf wirksamere Steuerungsinstrumente in den Leistungsbereichen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen zurückzuführen. Diese wichtige Information enthält der Controllingbericht, der im August im Verwaltungsausschuss beraten wurde. Die Controllinginstrumente erbringen einen wachsenden Beitrag zur Kostendämpfung. Mit den detaillierten Analysen, die das Controlling liefert, wächst auch das Kostenbewusstsein in den Zielgruppenmanagements, hieß es in dem Gremium. Sollte sich dieser Trend zum Jahresende verfestigen, könnte dies die im Dezember anlaufenden Haushaltsberatungen für 2006 erleichtern, da Budgetverbesserungen positive Folgewirkungen für das kommende Haushaltsjahr haben. Auch ein vergleichsweise bescheidener Beitrag ist wichtig, da im kommenden Jahr aufgrund ungebrochener demografischer Trends mit einem weiteren Anstieg bei den Fallzahlen in der Eingliederungshilfe zu rechnen sei. Gerade um dem Anstieg bei den Leistungsfällen, der mindestens noch bis zum Jahr 2010 anhalten wird, begegnen zu können, ist der LWV gehalten, weitere Kostendämpfungspotentiale zu erschließen. (jda)

Erster Spatenstich für neues Idsteiner Gesundheitszentrum

Einen engen Zeitplan haben sich die Bauherren von der Wittgensteiner Kliniken AG (WKA) verordnet: Ende Oktober setzten Dr. Rainer Brase, Vorstand der WKA, und LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann gemeinsam mit Landrat Burkhard Albers und Bürgermeister Gerhard Krum in Idstein zum feierlichen ersten Spatenstich an, Anfang 2008 soll das neue Gesundheitszentrum in Betrieb gehen. In dem modernen Gebäudekomplex „Am Auroffer Weg“ wird dann neben dem Kreiskrankenhaus als Herzstück auch der LWV mit der Außenstelle seiner kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik Rheinhöhe, Eltville, einziehen. Weitere Räume wollen das Gesundheitsamt des Rheingau-Taunus-Kreises und das DRK belegen. Mit diesem Konzept aus einem Guss kann sich die Taunusstadt als wichtiger regionaler Gesundheitsstandort profilieren, von dem Bürgerinnen und Bürger in vielerlei Hinsicht profitieren.

18 Betten zur stationären Behandlung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen soll die Idsteiner Außenstelle im Gesundheitszentrum erhalten, darüber hinaus werden zahlreiche Funktionsräume für die Behandlung der jungen Patienten zur Verfügung stehen. Die Vorteile einer Zusammenarbeit zwischen den WKA und dem LWV liegen für Landesdirektor Uwe Brückmann auf der Hand: Zum einen sei die Vernetzung der Psychiatrie mit somatischen Disziplinen vorteilhaft, die im Sinne der gemeindepsychiatrischen Integration gewünscht wird. Zum anderen könnten Synergieeffekte durch die Mitnutzung geplanter ambulanter, physiotherapeutischer Angebote und sonstiger Versorgungsdienste erzielt werden, sagte der LWV-Chef. Innerhalb der „kommunalen Familie“ habe man bei der Projektplanung vertrauensvoll zusammengearbeitet.

Der Neubau wird auf einem rund 21.000 Quadratmeter großen Grundstück errichtet, das der LWV aus dem Hospitalfonds Hofheim an die WKA veräußert hatte.



Bald kein Acker mehr (v.l.): Dr. Rainer Brase, Vorstand der Wittgensteiner Kliniken AG; Gerhard Krum, Bürgermeister von Idstein; LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann; Landrat Burkhard Albers und Helmut Weigel, Wittgensteiner Kliniken AG, beim symbolischen Spatenstich.

Foto: Udo Mallmann

Eine weitere Fläche erhielt die Stadt Idstein, um dort die „Südtangente“ zu errichten, die auch zur Verkehrsanbindung des Gesundheitszentrum dienen wird.

Zur dauerhaften Absicherung der kinder- und jugendpsychiatrischen Außenstelle hatten WKA und LWV bereits eine vertragliche Regelung un-

terzeichnet, die u. a. die Weitergabe von Krankenhausinvestitionsmitteln vorsieht. Diese werden für den Neubau verwandt. Das neue Kreiskrankenhaus wird wie bisher über eine Kapazität von 80 Betten verfügen, lediglich die Verteilung innerhalb der einzelnen Abteilungen soll geändert werden. (jda)

2,2 Mio. € für PSKB

48 Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen (PSKB) in Hessen werden auch im Jahr 2005 durch den LWV gefördert. 2,19 Mio. € stellt der Verband dafür bereit, beschloss der Verwaltungsausschuss im September. LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann zeigte sich erfreut darüber, dass die präventive und nachsorgende Arbeit in den über das ganze Land verteilten Anlaufstellen für psychisch kranke Menschen auch in 2005 habe fortgesetzt werden können: „Die Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen sind ein emi-

nent wichtiger Bestandteil des Netzes psychiatrischer Versorgungsdienstleistungen, da sie als niedrigschwelliges Angebot viele Menschen erreichen, bevor oder nachdem eine akute Krankheit einsetzt.“ Trotz knapper Kassen sei es dem LWV dabei gelungen, die Förderhöhe des vergangenen Jahres beizubehalten. In allen Regionen Hessens stünden betroffenen Bürgerinnen und Bürgern professionell arbeitende Anlaufstellen in kommunaler Trägerschaft oder in Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung. (jda)

Frühberatungsstelle in Frankfurt eingeweiht

Wenige Monate nach der Einweihung des Neubaus der Schule am Sommerhoffpark, der LWV-Schule für Hörgeschädigte in Frankfurt (s. LWV-Info 03/05), weihte Anfang Oktober die Frühförderungs- und Beratungsstelle der Schule ihre neuen Räume ein. „Erstmals sind die Schule und die Beratungsstelle unter einem Dach untergebracht. Wir hoffen, dass beide Institutionen davon profitieren, ohne ihren eigenständigen Auftrag aufzugeben“, so erläuterte LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann bei der Feierstunde.

Die neuen Räume der Frühförderungs- und Beratungsstelle sind im Obergeschoss des Schulneubaus an der Gutleutstraße untergebracht. Die Frühberatungsstelle betreut und fördert fast 200 hörgeschädigte Kinder und ihre Eltern aus dem südhessischen Raum. Für die Förderung ste-



Landesdirektor Uwe Brückmann spricht zu den Gästen der Frühförderstelle.

Foto: Frühförderstelle

hen knapp 8 Personalstellen zur Verfügung, dazu gehören eine Lehrer-

stelle sowie eine halbe Stelle für einen Begleitenden Fachdienst.

Nordhessische Werkstatträte tagten im Bathildisheim



Hauptsächlich um die seit vier Jahren geltende Werkstättenmitwirkungsverordnung ging es bei einer Tagung von Werkstatträten aus den nordhessischen Werkstätten für behinderte Menschen, die im September in Bad Arolsen stattfand. Werkstatträte fungieren als Interessenvertreter für Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten tätig sind. Sie nehmen Mitwirkungs- und Mitspracherechte wahr und helfen in Streitfragen. Ende November wurden die Werkstatträte durch Wahlen für vier Jahre neu bestimmt. (jda)

Foto: Rehazentrum Bathildisheim e. V.

Frühförderung in Hessen

In Hessen wird die Frühförderung hörgeschädigter Kinder im Vorschulalter und die Beratung ihrer Eltern von den pädoaudiologischen Frühberatungsstellen an den LWV-Schulen für Hörgeschädigte in Frankfurt, Friedberg, Bad Camberg und Homberg wahrgenommen. Die Zahl der betreuten Kinder stieg von Beginn der Frühförderung in Hessen 1986 mit 134 zunächst stetig auf 445 im Jahr 2004 an. Seither ist die Zahl fast konstant. Ziel der Frühförderung ist, Hörschädigungen möglichst früh zu erkennen und individuelle Hilfen für die Kinder einzuleiten. Der überwiegende Teil der Frühförderangebote findet als mobile Hausfrühförderung in der Familie statt. Diagnostikangebote, spezielle Einzelförderung, aber auch verschiedene Gruppenangebote werden in den Räumen der Frühförderstelle angeboten.

Finanziert wird das Frühförderungs- und Beratungsangebot einzelfallbezogen über den örtlichen Sozialhilfeträger sowie über eine sog. Sockelförderung durch das Land Hessen und den LWV Hessen. (rvk)

Gemeinsam mehr erreichen



Auf dem Podium des Fachforums (v. l.): Prof. Dr. Petra Gromann, Fachhochschule Fulda; Thomas Eisenreich, Fa. Contec; Hans Peter Gniss, LAG Wohnen; Günther Cröbmann, Hessisches Amt für Versorgung und Soziales; Thomas Kaczmarek, Fa. Contec; Winfried Kron, Hessisches Sozialministerium, und Gerhard Kronenberger, LWV.
Foto: LAG Wohnen

Ressourcensteuerung und Entbürokratisierung in der Behindertenhilfe waren die Schwerpunktthemen des ersten Fachforums der hessischen LAG Wohnen, bei dem im Oktober rund 100 Fachleute in Bad Nauheim zusammenkamen. Mit Vorträgen, einer Podiumsdiskussion und in mehreren Workshops begaben sich die Teilnehmer des Fachforums auf die Suche nach Auswegen aus einem wachsenden Kostendruck, den Träger von Wohnstätten und Eingliederungshilfen in Hessen verspüren. Die Position des LWV als wichtigem hessischen Kostenträger trug Gerhard Kronenberger, Zielgruppenmanager für Menschen mit seelischen Behinderungen und Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen, vor: Der LWV sei bestrebt, die Leistungsanbieter bei den notwendigen Reformprozessen zu unterstützen und Innovationen zu fördern. Für die Leistungsanbieter gelte dabei, wie für den LWV selbst auch, interne Ressourcen besser zu nutzen. Als Forderung aus dem Kreis der Teilnehmer hieß es, die Dokumentationspflicht müsse vereinheitlicht und deutlich reduziert werden. Bisher gebe es jeweils eigene Vorga-

ben bei Kostenträgern und der Heimaufsicht, die mit internen Systemen, wie zum Beispiel für solche zur Qualitätssicherung, nicht kompatibel seien. Hier sprachen sich die Beteiligten für Vereinheitlichungen aus. Als besondere Anerkennung werteten es die Veranstalter, dass der neue Landesdirektor des LWV Hessen, Uwe Brückmann, das Forum besuchte. Veranstalter und LWV-Chef verständigten sich am Rande der Tagung über eine Studie, die die LAG Wohnen und die Fachhochschule Wiesbaden mit Unterstützung des LWV durchführen wollen. In der Untersuchung soll es um die Abmeldungen hilfebedürftiger Menschen aus dem Betreuten Wohnen gehen. Aufgrund veränderter rechtlicher Grundlagen muss der LWV mit Wirkung vom 1. Juli 2005 prüfen, ob die Leistungsbezieher bei entsprechendem Einkommen und Vermögen zu einem Kostenbeitrag herangezogen werden müssen. Die Studie soll Informationen über die Lebenssituation dieses Personenkreises liefern, auch, ob die Abmeldungen möglicherweise später zu erhöhten Hilfebedarfen führen. LAG Wohnen/(jda)

Couragierter Pförtner überwältigt Dieb

Reinhard Althaus, Pförtner im ZSP Mittlere Lahn, hat Ende September zwei Diebe auf dem Klinikgelände der KPP Gießen gestellt, einen sofort festgehalten und der Polizei übergeben. Den zweiten Täter beschrieb er der Polizei so genau, dass sie ihn kurze Zeit später festnehmen konnte. Zuvor waren die beiden Männer in den Klinikkomplex eingedrungen und stahlen einer Krankenhausmitarbeiterin die Handtasche samt Geldbeutel, Papieren und Handy. Bemerkenswert war das beherzte und couragierte Vorgehen des Pförtners, das die



Mutiger Einsatz: Reinhard Althaus, Pförtner im ZSP Mittlere Lahn. Foto: Andrea Weiland

Festnahme der Täter ermöglichte. Althaus verfolgte ohne zu zögern die Diebe, hielt einen der beiden fest, informierte per Mobiltelefon die Polizei und brachte den Mann zur Pforte zurück. Dort bat er einen Kollegen, den Dieb festzuhalten, während er im nahe gelegenen Waldstück die gestohlene Handtasche sicherstellte. Anschließend übergab er sie der Polizei und beschrieb ihr den zweiten Täter. Dank und Anerkennung sind dem couragierten Kollegen gewiss: In einem persönlichen Schreiben hat sich die Gießener Klinikleitung bereits bei Althaus für seinen enormen Einsatz, seine Unerschrockenheit und seine Zivilcourage bedankt. (cgy)

„Worauf du dich verlassen kannst!“



Für eine verbesserte Patientenversorgung: Das Plenum der APK. Foto: Aktion Psychisch Kranke

... lautete das Motto, unter dem die bundesweite Aktion Psychisch Kranke (APK) im September in der Kasseler Stadthalle tagte. Besonders erfreut waren die Veranstalter über die große Teilnehmerzahl: 500 Gäste aus Politik, Verwaltung wie auch natürlich professionell und ehrenamtlich im Feld der Psychiatrie Tätige folgten den zahlreichen Vorträgen, die allesamt Beiträge zum Oberthema „Gute Praxis und Ökonomie verbinden“ lieferten. Doch nicht nur als Hinweis auf die Bedeutung der APK-Tagung kann die riesige Teilnehmerschar gewertet werden, auch deutet sich möglicherweise ein wachsendes öffentliches Interesse an psychischen Erkrankungen an. Und das nicht ohne Grund: Aktuellen Zahlen zufolge durchlebt jede/r Dritte im Laufe ihres oder seines Leben eine behandlungsbedürftige psychische Krise.

Eine ganze Reihe ausgewiesener Fachleute stellten während der Tagung ihre Konzepte für effizientere und gleichzeitig bezahlbare Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen vor: Neben Regina Schmid-Zadel, der Bundesvorsitzenden des Verbandes, und Karl-Hermann Haack, dem scheidenden Beauftragten der

Bundesregierung für die Belange Behinderter, ergriff auch Prof. Dr. Heinrich Kunze, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im ZSP Kurhessen, das Wort. In seinem Beitrag ging er auf die Versorgung chronisch psychisch Kranker und ihren Bedarf nach langfristig angelegten Hilfekonzepten ein. Auch diese Patienten wollen, so skizzierte Kunze, ihr Leben selbst bestimmen und in einem Umfeld ihrer Wahl leben. Da das derzeitige Hilfesystem noch immer in vielen Fällen institutionell gegliedert sei (Krankenhäuser, Pflegeheime, Betreutes Wohnen etc.), müssten die Patienten ihr Lebensumfeld ändern und bestehende therapeutische Beziehungen abbrechen, wenn sich der Hilfebedarf über die Jahre ändere. Deshalb sollte künftig auch komplexe Hilfe ambulant organisiert sein, so dass bei einem Wechsel im Hilfebedarf man nur die Art der ambulanten Hilfe verändert, die Wohnsituation und das vertraute soziale Umfeld aber erhalten bleiben. Dieses ambulante System sei auch kostengünstiger als das bisherige und führe eher zur Eingliederung. (cgy)

KuZ mit neuem Programm

Der Freizeitspaß im Kulturzentrum Eichberg im ZSP Rheinblick geht in die nächste Runde: Das bis in den kommenden Mai reichende Halbjahresprogramm liegt nun vor. Neben Kabarett und einer A-cappella-Show tritt auf der Kleinkunsthöhle auch ein Improvisationstheater auf: Das ist Theater ohne Netz und doppelten Boden, einfach ganz spontan. Gespielt werden Szenen auf Zuruf. Ein Stichwort und das Spiel beginnt. Damit ist wieder einmal gute Unterhaltung und viel Spaß vorprogrammiert. (cgy)



Das komplette Programmheft kann angefordert werden bei: KuZ-Eichberg, Kloster-Eberbach-Str. 4, 65346 Eltville (bitte frankierten Rückumschlag beifügen). Weitere Infos gibt es im Internet unter www.kuz-eichberg.de.

Teil der Stadtgeschichte



In Gießen informieren seit kurzem 50 Infotafeln über stadthistorisch bedeutsame Orte. Eine davon wurde am Haupteingang der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie angebracht und stellt die Entwicklung der einstigen Heil- und Pflegeanstalt dar. Unser Foto zeigt den Ärztlichen Direktor der Klinik, Prof. Dr. Helmut Woelk, vor der Tafel.

Foto: Andrea Weiland

Futuristisch: Neues Holzschnitzellager in Haina



Im Bau: Das neue Holzschnitzellager in Haina.

Foto: Manfred Albus

Die sinnvolle Verbindung von Ökologie und Ökonomie steht als Leitgedanke über vielen Projekten der Stiftungsforsten Kloster Haina. Ein weiteres Beispiel dafür ist in den vergangenen Wochen auf dem ehemaligen Sportplatz zwischen Haina-Kloster und Altenhaina entstanden: eine 36 mal 14 Meter große und zehn Meter hohe Hackschnitzel-Lagerhalle. Das Besondere daran ist, dass sie komplett aus Holz besteht – aus 110 bis 133 Jahre alten Douglasien, die im Wald der LWV-Stiftungsforsten geschlagen wurden. 21 dieser – ursprünglich in Nordamerika beheimateten – Nadelbäume wurden für das ungewöhnliche Projekt gefällt.

Widerstandsfähig und witterungsbeständig

„Douglasien“, so Manfred Albus, Leitender Forstdirektor der Stiftungsforsten Kloster Haina, „zeichnen sich durch eine gute Widerstandsfähigkeit gegen holzerstörende Pilze und Insekten sowie durch eine gute und lange Witterungsbeständigkeit aus“. Die Bäume wurden mit Wasserhochdruck zunächst entrinde. Ein Teil der

Rundholzstämmen sind 80 Zentimeter tief in Köcherfundamenten als Stützpfeiler in den Boden eingelassen. Der unterirdische Teil wurde mit Borsalz imprägniert, der oberirdische erhielt keine Imprägnierung. Andere Stämme wurden zugeschnitten für die Dachquerverbindungen verwendet.

Albus bereitet es eine besondere Freude, diese beeindruckende Halle für die Stiftungsforsten kostengünstig mit eigenem Holz ohne Stahlkonstruktion zu errichten und damit eine gute Werbung für heimisches Holz zu machen. Die neue Halle wird sich, so ist sich Albus sicher, sowohl aus ökologischer als auch ökonomischer Sicht rechnen: Die „Holzenergie Haina – HEH“, der Energiedienstleister der Stiftungsforsten, wird mit der neuen Halle in der Lage sein, 3.000 Kubikmeter Hackschnitzel vor Regen und Schnee zu schützen. Damit können die Hackschnitzel trockener verheizt werden, was die Energieausbeute wesentlich verbessert und bei gleichem Holzeinsatz einen höheren Gewinn erlaubt.

Die HEH beliefert derzeit die drei

LWV-Zentren für Soziale Psychiatrie in Haina, Merxhausen und Marburg sowie die Energiegesellschaft Waldeck-Frankenberg in Bad Wildungen mit Hackschnitzeln. (rvk)

Neue Rahmenvereinbarung unterzeichnet

Integrationsvereinbarungen sind betriebliche Instrumente, um Menschen mit Behinderungen in ihrer beruflichen Eingliederung zu fördern und zu unterstützen. Sie werden zwischen Unternehmensleitung, Betriebs- bzw. Personalrat und Schwerbehindertenvertretung vereinbart und enthalten Regelungen zu den betrieblichen Rahmenbedingungen wie auch zur Förderpolitik des Unternehmens. Mitte des Jahres haben Behördenleitung und Gesamtschwerbehindertenvertretung eine Rahmenvereinbarung zur Integration schwerbehinderter Menschen beim LWV Hessen abgeschlossen. Die Rahmenvereinbarung unterstreicht den Wunsch des Verbandes nach örtlichen Integrationsvereinbarungen, die sich an den Besonderheiten des jeweiligen Standortes orientieren sollen. In der Rahmenvereinbarung wird auch die Selbstverpflichtung des Verbandes bekräftigt, mindestens 6 % schwerbehinderte Mitarbeiter zu beschäftigen. Diese Quote kann aber durch die örtlichen Vereinbarungen nach oben korrigiert werden: So nennen die örtlichen Vereinbarungen für die Hauptverwaltung Kassel sowie die Regionalverwaltungen in Darmstadt und Wiesbaden einen Anteil von mindestens 10 %, der anzustreben ist. Somit bleiben die örtlichen Integrationsvereinbarungen offen für günstigere Regelungen, jeweilige Spezifika wie auch für besonders innovative Ansätze: Die Integrationsvereinbarung für das ZSP Kurhessen sieht beispielsweise vor, dass ein Integrationsteam gebildet wird, um die dauerhafte Umsetzung der Vereinbarung zu überwachen. (jda)

Ethik – Brücke und Grenze der LWV-Klinikführungskräfte berieten zu Grundfragen

Standen im vergangenen Jahr überwiegend betriebswirtschaftliche und unternehmensstrategische Themen auf der Agenda, beschäftigten sich die Klinikführungskräfte des LWV in ihrer diesjährigen Jahrestagung mit der anderen Seite derselben Medaille: Welche ethischen Dimensionen bestimmen das Handeln in den Kliniken? Wird der Patient angesichts

Ungewohnte Klänge

Musikalisch begrüßt wurden die LWV-Klinikführungskräfte während einer Führung durch das Klinikgelände des ZSP Am Mönchberg vom Gospelchor der Klinik für forensische Psychiatrie, der seit einigen Monaten von Martin Buschmann, Kantor der Evangelischen Kirche, geleitet wird und ausnahmslos aus Patienten des Maßregelvollzuges besteht, die sich dort zu einer Therapie aufhalten. Der Chor, zunächst als „Projekt“ angelegt, hat inzwischen schon einige Auftritte, überwiegend bei hausinternen Anlässen, hinter sich. Sein Repertoire entspricht dem klassischer Gospelgruppen: Die Lieder sind meist religiösen Inhalts und amerikanischer Herkunft. Mit den gesanglichen Fortschritten ist der Chorleiter durchaus zufrieden und lobt den Einsatz seiner Mitglieder: „Immerhin kommen die Patienten zu den Proben freiwillig und mit hoher Motivation. Das ist bei Konfirmanden nicht immer der Fall“. Sozialarbeiter Klaus Hohnel sah bereits bei der Gründung des Chores positive Folgen für die Patienten: Sie würden lernen, ihre Stimmungen auszudrücken und mit konstruktiver Kritik und Lob umzugehen. Auch stärke das Singen im Chor das Selbstbewusstsein: „Die Patienten gewinnen den Mut, auch einmal auf positive Weise im Mittelpunkt zu stehen.“ Unterstützt wird der Chor durch die evangelische Krankenhauseelsorgerin Klaudia Ehmke-Pollex und Mitarbeiter des Krankenpflegeteams. Alexander Jung/(jda)

des Kostendrucks zum Objekt der Behandlung? Rund 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Septembertagung in Hadamar machten sich auf die Suche nach dieser wichtigen „Hilfestellung für das Tagesgeschäft“, wie es LWV-Fachbereichsleiter Peter Lutze eingangs formulierte.

Zu Beginn war zunächst ein wenig gegenseitiges Beschnuppern angesagt, schließlich wollten die Klinikführungskräfte ihren neuen Dienstvorgesetzten kennen lernen. Dieser Aufgabe stellte sich Landesdirektor Uwe Brückmann gern und erläuterte neben Persönlichem auch seine Vorstellungen zur Modernisierung der LWV-Einrichtungen, die sich an den durch die Verbandsversammlung im Juli gefassten Beschlüssen orientieren. So sollen die bisherigen Eigenbetriebe zu Beginn des kommenden Jahres als gemeinnützige GmbHs ihre Arbeit fortsetzen. Bis die GmbHs ins Handelsregister eingetragen seien, liege in den kommenden Wochen aber noch ein gutes Stück Arbeit vor allen Beteiligten, umriss der LWV-Chef die nächsten Schritte. Der Landesdirektor zeigte sich zuversichtlich, dass der für den Rechtsübergang ins Leben gerufene Umsetzungsbeirat seine Arbeit zügig fort-

setzen werde. Er hoffe, so Brückmann weiter, die Entscheidung der Verbandsversammlung habe das Privatisierungsgespenst endlich vertreiben können, welches in den vergangenen Monaten immer wieder aufgetaucht sei.

Ethik als Normen des Handelns

Dr. Bernhard Emunds vom Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik in Frankfurt machte die Konferenzteilnehmer zum Einstieg mit dem Ethikbegriff und unterschiedlichen Ethik-Traditionen vertraut, die jeweils moralische Begründungen lieferten, unter denen Institutionen wie auch Individuen handeln. In Organisationen, wie sie auch Kliniken darstellen, müsse die Würde des Einzelnen trotz asymmetrischer (ungleicher) Beziehungen geachtet werden. Den Faden, die Würde eines jeden Patienten zu achten und ihn nicht zum Objekt der Behandlung degenerieren zu lassen, nahm Prof. Dr. Hans-Ludwig Schreiber, früherer Staatssekretär im niedersächsischen Wissenschaftsministerium und ehemaliger Präsident der Uni Göttingen, auf. Das Stichwort für Schreiber hatte Lutze bereits geliefert: Seit rund 15 Jahren sind die Budgets der Krankenhäuser und auch die der



Dimensionen ethischen Handelns diskutiert: Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz von Klinikführungskräften im LWV.
Foto: Martin Neßhold

Heime „gedeckelt“, als Bestimmungsgröße für den Mittelzufluss dient nicht (ausschließlich) der Behandlungs- und Betreuungsbedarf, sondern die Einnahmesituation bei den Kostenträgern, allen voran bei den Krankenkassen. Aus ethischen Anschauungen „geronnene“ rechtliche Normen geböten es, so Schreiber, in der ärztlichen und pflegerischen Leistung am Patienten nicht lediglich eine Leistung um der Gegenleistung (Bezahlung) Willen, sondern um des Bedarfes Willen zu sehen: „Jedermann hat den gleichen Anspruch auf Gesundheit und Leben, ob arm oder reich, ob Nobelpreisträger oder Taugenichts.“ Zwar dürfe die Gesellschaft diesen Hilfebedarf nicht verweigern oder substanziell einschränken, jedoch bedürfe es eines „informed consent“, einer informierten Zustimmung des Patienten, da als ein weiteres ethisches Prinzip das Selbstbestimmungsrecht des betroffenen Menschen nicht außer Acht gelassen werden dürfe: „Der Arzt hat den Kranken, gerade den Schwachen, Behinderten und nicht mehr voll Handlungsfähigen als Person zu achten, den er grundsätzlich nicht gegen seinen Willen einfach behandeln darf.“ Das allerdings bedeute nicht, sagte Schreiber weiter, dass Autonomie und Selbstbestimmung alleinige Bestimmungsgrößen für eine medizinische oder therapeutische Behandlung seien: Zuerst käme die Sorge um das Wohl des Kranken, der Behandler aber sei verpflichtet, auch ein partnerschaftliches Verhältnis zum Patienten herzustellen. „Informed consent“ bedeute daher stets „Einwilligung nach Aufklärung“, was, falls erforderlich, auch die Einwilligung durch einen Betreuer einschließe.

Wohl und Wille des Patienten

Wie schwierig die Balance zwischen dem medizinisch Möglichen und dem Willen des Patienten zu halten ist, illustrierte Schreiber an der aktuellen Debatte um Sterbebegleitung und Sterbehilfe. Hier gäbe es den Trend, das Selbstbestimmungsrecht zunehmend in den Vordergrund zu rücken. Es sei nicht zu erwarten, dass in



Auftritt vor LWV-Führungskräften: Gospelchor der Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar

Foto: Martin Neßhold

Deutschland das strafrechtlich bewehrte Verbot der aktiven Sterbehilfe fallen werde. Jedoch müsse überdacht werden, mittels welcher Instrumente die Frage ethisch richtig beantwortet werden könne, wie lange eine kurative, lebensverlängernde Behandlung aufrechterhalten werden muss und wann zu palliativer Versorgung übergegangen werden darf. Schreiber sieht hier eine „Tendenz zu maximaler Versorgung als Folge der modernen Medizin“ mit der (fallweisen) Konsequenz, dass Leiden nicht geheilt oder gelindert, sondern Leben unter nicht zu ertragenden Bedingungen erhalten werde. Die Patientenverfügung könne ein Hilfsmittel gegen diese Entwicklung darstellen, durch

sie dürften jedoch nicht die konkreten Bedürfnisse des Kranken durch eine zuvor verschriftlichte, formelhafte Regelung vernachlässigt werden. Auch beim Vorliegen einer Patientenverfügung gelte das Prinzip der oft nicht einfachen, ethischen Synthese von Wohl und Wille des Patienten. (jda)



INFO

Die Beiträge der Führungskräftekonferenz sind in einem Tagungsband zusammengetragen. Er kann bei Interesse angefordert werden bei: Martin Neßhold, LWV Hessen, Hauptverwaltung, Fachbereich Einrichtungen, Tel.: 05 61 / 10 04 – 23 48, EMail: martin.nesshold@lww-hessen.de

Beteiligungsbericht 2004

Der Superindikator als wichtiges Bewertungskriterium der zur LWV-Unternehmensgruppe gehörenden ZSPs und Kliniken ist im vergangenen Jahr erneut nach oben geklettert: Für 2004 hat er einen Wert von 11,0 erreicht, nachdem er im Jahr davor noch bei 7,7 lag. In der Summe hat sich somit die Bestandsicherheit der Einrichtungen in den vergangenen Jahren deutlich verbessert, die Eigenbetriebe und gemeinnützigen GmbHs befinden sich ganz überwiegend auf einem erfolgreichen Konsolidierungskurs. Der Superindikator ist das aggregierte Ergebnis unterschiedlicher betriebswirtschaftlicher Kennzahlen wie Umsatzrendite, Finanzkraft und Eigenkapitalquo-

te. Auch krankenhausspezifische Indikatoren wie der Umsatz pro Bett und der Umsatz pro Mitarbeiter fließen in die Berechnung ein. Der Beteiligungsbericht, der den Gremien des LWV in jedem Jahr vorgelegt wird, enthält neben den globalen Daten viel Zahlenmaterial zu den Unternehmen, die der LWV als Eigenbetriebe oder Alleingesellschafter einer gGmbH führt. Auch die Minderheitsbeteiligungen sind dargestellt. Der Fachbereich Einrichtungen legt einen Beteiligungsbericht bereits seit 1997 vor, gesetzlich vorgeschrieben ist er hingegen erst durch die jüngste Novelle der Hessischen Gemeindeordnung und wird ab 2005 obligatorisch. (jda)

WORTMELDUNGEN

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

SPD



Foto: privat

Einsparungen müssen Trägern zu Gute kommen

Aufgrund der konsequenten Reformpolitik unter der Regie des ehemaligen SPD-Landesdirektors Lutz Bauer werden für das laufende Haushaltsjahr Einsparungen in Höhe von ca. 20 Mio. Euro erwartet. Damit wird deutlich, dass die Einführung von Budgets in der Sozialhilfe, neue Verwaltungs- und Führungsstrukturen, der erfolgreiche Ausbau des Betreuten Wohnens und nicht zuletzt die kompetente und engagierte Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offensichtlich auch in diesem Jahr ihre Früchte tragen.

Dank der Einführung eines modernen Controllingsystems werden wir als die politisch Verantwortlichen überhaupt in die Lage versetzt, die unterjährige Haushaltsentwicklung aktuell zu erfahren. Das ist deswegen von größter Bedeutung, weil so auf Fehlentwicklungen schon kurzfristig und zeitnah die erforderlichen politischen Reaktionen erfolgen können. Das gilt natürlich auch für positive Entwicklungen, wie sie sich für das laufende Haushaltsjahr abzeichnen.

Die SPD-Fraktion hat sich sehr eingehend mit der Frage beschäftigt, wie mit den zu erwartenden Budgetüberschüssen umzugehen ist. Eine Alternative wäre gewesen, die eingesparten Mittel einer Rücklage zuzuführen, um so ein gewisses Ausgleichsventil für eine Verstetigung der Umlage zu schaffen. Für die SPD gibt es jedoch überhaupt keinen Zweifel, dass angesichts der verheerenden wirtschaftlichen Lage unserer Träger, der Landkreise und kreisfreien Städte, kurzfristig gehandelt werden muss. Gemeinsam mit der FWG-Fraktion hat die SPD-Fraktion daher mit Antrag vom 19.10.2005 den Verwaltungsausschuss aufgefordert, die zu erwartenden Einsparungen unmittelbar für eine Absenkung der Verbandsumlage 2006 einzusetzen. Wir glauben, dass wir so nicht nur ein wichtiges Signal setzen, sondern auch einen Beitrag für eine spürbare Entlastung der Trägerhaushalte leisten können.

Reiner Emmerich,
Sprecher Arbeitskreis Haushalt

CDU



Foto: privat

Zukunft der Einrichtungen

Die künftige Entwicklung der Einrichtungen nimmt bei den Beratungen in der CDU-Fraktion weiterhin einen erheblichen Raum ein. Grundlage ist der Beschluss der Verbandsversammlung vom 6. Juli 2005, mit dem die Richtschnur für das weitere Handeln gelegt worden ist.

Der darin enthaltene Umsetzungsbeirat führt die unterschiedlichen Interessenlagen zusammen und bietet die Gewähr dafür, dass die Gedanken der dort Beteiligten in die Vorbereitung der notwendigen Entscheidungen zur Zukunft der Einrichtungen des LWV Hessen einfließen können.

An deren Notwendigkeit hat sich nichts verändert. Wer aufmerksam die aktuelle Presse verfolgt, erkennt, dass sich öffentlich-rechtlich geführte Krankenhäuser in zunehmendem Maße einem Veränderungsdruck ausgesetzt sehen, der mit Kostenstrukturen, aber auch mit internen Abläufen in Verbindung steht. In diesem Zusammenhang kommt der Feststellung der Verbandsversammlung, dass die Einrichtungen des LWV auch in Zukunft in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft geführt werden sollen, besondere Bedeutung zu.

Allerdings kann das nicht bedeuten, dass sich die Betriebsleitungen oder die in den Einrichtungen beschäftigten Mitarbeiter/-innen nur auf geringfügige Änderungen einzustellen haben. Der Konkurrenzdruck am Markt für Gesundheitsleistungen zwingt gerade die öffentlichen Träger, sich mit betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu beschäftigen. Abgesehen davon, dass das volkswirtschaftlich mehr denn je geboten ist, gilt verbandsintern eine Verhaltensregel: eine Subventionierung aus öffentlichen Kassen scheidet mit Blick auf die dramatische Finanzlage der Landkreise und kreisfreien Städte aus. Daher sind alle Beteiligten aufgerufen, ihre Ideen einzubringen, um die unzweifelhaft vorhandenen Qualitäten unserer Einrichtungen auch künftig angemessen zur Geltung zu bringen. Das Ziel muss sein, die Einrichtungen langfristig zu erhalten, weil sie sich im Wettbewerb behaupten.

Fritz Kramer, Fraktionsvorsitzender



Foto: Privat

200 Jahre Psychiatrie

1803 warb Johann Christian Reil mit seinem Traktat „Rhapsodien (= Vorträge) über die Anwendung der psychischen Curmethoden auf Geisteszerrütungen“ für die Abkehr von den damals üblichen gewaltsamen Behandlungsmethoden des Untertauchens, des Drehstuhls, des Ankettens und der Hungerkuren und der Hinwendung zu mehr psychotherapeutischen Behandlungsverfahren. Dabei führte er den Begriff Psychiatrie in den wissenschaftlichen Diskurs ein. Er ahnte damals nicht, dass er eine bis heute andauernde Entwicklung anstieß. Seit 200 Jahren pendeln immer neue Behandlungsmethoden zwischen Soma und Psyche hin und her.

Ähnlich wie der Psychiatrie selbst erging es auch den Psychiatrischen Krankenhäusern und Anstalten sowie ihren Trägern. Vor 30 Jahren sind Reformpsychiatern dafür angetreten, die großen, für ganze Regionen zuständigen Anstalten aufzulösen und durch kleine stadt- und landkreisbezogene Krankenhausabteilungen zu ersetzen. Derzeit geht der Trend wieder dahin, mit anderen gleichartigen Einrichtungen zu fusionieren und sich erneut zu großen Verbänden zusammenzuschließen, wenn möglich, sogar landesweite Verbände einzugehen. Dabei besteht die Gefahr, wieder in alte Strukturen der Heil- und Pflegeanstalt zurück zu fallen. Es wird der Versuch unternommen, sie wieder für alle Aufgaben zuständig zu machen, die sonst keiner haben will oder die anderen zu teuer sind. Die geschieht dann ohne Rücksicht auf die Steuerungsversuche einer Balanced Score Card im Gesundheitswesen und den allgemeinen Nutzen.

Wie auch in anderen Bereichen, z. B. der Sozialhilfe, treten die Bündnis90/DIEGRÜNEN in der Verbandsversammlung des LWV weiterhin für lokale und ökologisch überschaubare Krankenhausbündnisse in lokaler Anbindung ein. Sie hoffen, dass gerade diese bodenständigen Organisationsformen geeignet sind, überbordende Wachstumsphantasien auch im Gesundheits-, Sozial- und Krankenhausbereich einzugrenzen.

Holger Heupel, Fraktionsvorsitzender



Foto: Jörg Daniel

Augenmaß und Vernunft

... fordern wir als FDP-Fraktion für das Ausführungsgesetz zum SGB XII, das die Einzelheiten der Eingliederungshilfe und auch deren mögliche Übertragung auf die örtlichen Kommunen regeln soll. Zwar hat der Landtag sich dazu erst zum 1. Januar 2007 eine Frist gesetzt; das darf aber nicht im Basta-Stil des Altbundeskanzlers Schröders geschehen. Statt dessen müssen die behinderten Menschen, die Leistungserbringer und die Kostenträger ausführlich vorher darüber diskutieren können. Ein Hauruck-Verfahren analog dem in Baden-Württemberg darf es nicht geben, weil dies mehr Unruhe stiftet als nötig ist.

Natürlich hängt eine Änderung der Leistungszusagen und der Kostenaufteilung grundsätzlich mit dem kommunalen Finanzausgleich zusammen und muss diesen berücksichtigen. Gleichzeitig ist die effiziente Verwaltungsstruktur bei möglicher Nähe für die behinderten Menschen zu entwickeln, und es sollte mehr der bisher vernachlässigten Anreize zur wirtschaftlichen Leistungserbringung bei den Anbietern geben. Das, was die kommunalen Spitzenverbände und der Landeswohlfahrtsverband zum Betreuten Wohnen auch mit klaren Fristen unter Beteiligung des Landes vereinbaren konnten, muss auch für andere Hilfeformen erreicht werden, weil so am besten möglichst selbstständige Förderungs- und Lebensformen umfassend berücksichtigt werden können. Stärker als bisher sind flexibel veränderbare Angebote schon deshalb zu entwickeln, weil oft genug nur so mehr Selbstständigkeit und Teilhabe für die Bereiche Wohnen, Arbeit und Freizeit erreicht werden können.

Der Verwaltung muss genügend Spielraum gelassen werden, um anfänglich auch scheinbar teurere, beispielsweise stationäre, Hilfe anzubieten, um diese frühzeitiger als bisher in teilstationäre oder ambulante Angebote überführen zu können.

Ferdinand Walther, Fraktionsvorsitzender



Foto: privat

„Visionen sozialen Handelns“

... menschlich, fachlich und wirtschaftlich. Unter diesem Motto stand die Con-Sozial 2005 am 9. und 10. November 2005 im Messezentrum Nürnberg.

In den zurückliegenden Debatten hat sich die FWG-Fraktion oft die Frage gestellt: „Gibt es im LWV auf Grund der wachsenden Sparrwänge noch Visionen sozialen Handelns, oder werden Menschen, die krank und behindert sind, nur noch unter ökonomischen Gesichtspunkten beurteilt?“ Die Budgets der einzelnen Zielgruppenmanagements sind offensichtlich der entscheidende (womöglich der einzige) Maßstab sozialen Handelns. Es gibt viele Beispiele, die sich an dieser Stelle aufführen ließen.

Mit zwei Beispielen soll verdeutlicht werden, wo die FWG-Fraktion in der Verbandsversammlung des LWV den Konflikt sieht: In dem Maße, wie das Betreute Wohnen ausgebaut wird, sollen stationäre Plätze abgebaut werden. Zusätzliche Werkstattplätze für Menschen mit einer Behinderung sollen nur noch über eine Einzelentscheidung des Verwaltungsausschusses genehmigt werden. Dies, obwohl gemäß der aktuellen Statistik (31.12.2004) die Anzahl der Werkstattbeschäftigten bundesweit mit 245.798 schon deutlich über dem Wert der Consens-Studie liegt, die von einem Bedarf bis 2010 von 243.060 Plätzen ausging. Einziger Orientierungsmaßstab ist die Budgetentwicklung.

Wird die notwendige fachliche Diskussion mit der „Kommunalen Familie“ zur Zumutung? Wir meinen, der Landeswohlfahrtsverband muss stärker als Sachwalter für die Interessen behinderter Menschen auftreten und in der derzeitigen Diskussion auf allen Ebenen Menschlichkeit, Fachlichkeit und Wirtschaftlichkeit glaubwürdig verbinden. Dieses Know-how, das der LWV besitzt, muss stärker in die Diskussion eingebracht werden.

Die FWG-Fraktion in der Verbandsversammlung des LWV wird diesen Fokus in ihrer zukünftigen Arbeit noch stärker in den Mittelpunkt stellen, als es bisher ohnehin schon geschehen ist.

Albrecht Fritz, Fraktionsvorsitzender

„Wie zufrieden sind Sie?“ –

LWV stellte Ergebnisse einer Befragung zum „Stationär Begleiteten Wohnen“ vor



Experten in eigener Sache: Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung zum Stationär Begleiteten Wohnen. Foto: Jörg Daniel

Im Ständehaus des LWV sind im Oktober rund 150 Teilnehmer/innen zu einer Fachtagung zum „Stationär Begleiteten Wohnen“ (SBW) zusammengekommen – unter ihnen auch Nutzer/innen dieser Wohnform. Das SBW richtet sich vor allem an Menschen mit geistiger Behinderung, die eine Unterstützung beim Wohnen benötigen und (noch) nicht im Betreu-

ten Wohnen leben können, aber auch keine stationäre Vollversorgung brauchen. Das Stationär Begleitete Wohnen sei inzwischen ein unentbehrliches Bindeglied zwischen stationärer und ambulanter Wohnform, hob Evelin Schönhut-Keil, Erste Beigeordnete des LWV, zu Beginn der Veranstaltung hervor. Im Rahmen individueller Hilfepläne ermögliche es Schritt für Schritt mehr Eigenverantwortung und mehr Selbstbestimmung.

Für Stefan Göthling, Geschäftsführer der Selbsthilfeorganisation für Menschen mit Lernschwierigkeiten „Netzwerk People First Deutschland e. V.“, steht der Wunsch behinderter Menschen nach einem selbstbestimmten Leben im Vordergrund, und der sei durch Betreutes Wohnen besser als durch eine Heimunterbringung zu erreichen. „Deshalb finde ich es auch gut, dass der Landeswohlfahrtsverband in dieser Richtung verstärkt aktiv wird“, sagte Göthling in seinem Beitrag.

Ziel des LWV sei es, allen behinderten Menschen in Hessen die Hilfe zukommen zu lassen, die deren individuellen Wünschen und Möglichkeiten entspreche, unterstrich Schönhut-Keil. Um mehr über die Zufriedenheit von Nutzerinnen und Nutzern zu erfahren, habe der LWV mit einer Befragung – auch im Vergleich mit anderen Bundesländern – einen neuen Weg beschritten. Die Ergebnisse der Befragung zeigten, dass der LWV auf das richtige Instrument

Ergebnisse der Befragung

Mit einem Fragebogen in leichter Sprache hat der LWV 56 von 64 Nutzerinnen und Nutzer des SBW nach Einschätzungen, Wünschen und Bedürfnissen zu Wohnen und Freizeit befragt. 95 % der Befragten gaben an, mit ihrer Wohnsituation überwiegend zufrieden zu sein, 77 % erklärten, dass es ihnen in ihrer neuen Wohnform besser gefalle als vorher. Auch die größere Selbstständigkeit wird sehr positiv beurteilt: 80 % sagten: „Ich bin mein eigener Herr“. Fast 90 % der Nutzer fühlen sich im SBW sicher. Die Betreuung wird zu 75 % positiv bewertet. Durch den Fragebogen wurden auch Verbesserungsvorschläge und Wünsche erfragt. (jda)

setze: „Die Nutzerinnen und Nutzer sind mit ihren Wohnbedingungen ganz überwiegend zufrieden. Das Stationär Begleitete Wohnen trägt dazu bei, die Lebensqualität der dort lebenden Menschen spürbar zu verbessern“, so die Erste Beigeordnete weiter.

Jeder Mensch sei Experte in eigener Sache. Die Nutzerbefragung des LWV mache sich diese Erkenntnis zu Nutze, meinte Ralf Schetzkes von der Hessischen Heimaufsichtsbehörde im Regierungspräsidium Gießen, der Möglichkeiten der Mitsprache und Mitbestimmung beleuchtete. Das Heimgesetz vollziehe hier nach, was in der Fachwelt diskutiert werde und weise dem Heimbeirat wichtige Aufgaben der Mitwirkung zu. Die Tätigkeit der Heimbeiräte habe in vielen Fällen zur Änderung allzu rigider Regeln der Hausordnung in den Wohnheimen geführt. Mit der Ausdifferenzierung der Wohnformen müssten sich jedoch auch die Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung ändern. Wichtiger würden daher in Zukunft die Instrumente der Förder- und Hilfeplanung. (jda)

Stationär Begleitetes Wohnen

Stationär Begleitetes Wohnen ist ein stationäres Wohnangebot für Menschen mit geistiger Behinderung außerhalb, aber meist in der Nähe eines Wohnheimes. Die Nutzer/innen wohnen in trügereigenen bzw. vom Träger angemieteten Wohnungen für Einzelpersonen und Wohngemeinschaften. Das SBW fördert gezielt Selbstständigkeit und Selbstbestimmung seiner Nutzerinnen und Nutzer, die beraten und unterstützt werden. Personal ist aber nicht ständig anwesend. Ziel des SBW ist es, vorhandene Fähigkeiten und Ressourcen der Bewohner zu stärken, zu aktivieren und auszubauen, um eine weitestgehende Unabhängigkeit von professionellen Hilfen zu ermöglichen. Soweit möglich, soll ein Übergang in das ambulante Betreute Wohnen vorbereitet werden.



Zur Tagung erscheint in Kürze eine Dokumentation, die ab Februar 2006 bei Christa Schelbert, LWV-Hauptverwaltung, Zielgruppenmanagement für Menschen mit einer geistigen Behinderung, Tel.: 05 61 / 10 04 – 26 99, EMail: christa.schelbert@lwv-hessen.de angefordert werden kann.



Applaus von zahlreichen Weggefährten: Verabschiedung im gefüllten Ständehaus.



Dank und Anerkennung: Erster Beigeordneter Uwe Brückmann (l.) und Präsident Kurt-Wilhelm Sauerwein (r.) zeichnen Lutz Bauer mit dem Ehrenring, der höchsten Auszeichnung des LWV, aus. Fotos: Jörg Lantelmé

Eine Ära ging zu Ende – Lutz Bauer zur Verabschiedung mit Ehrenring ausgezeichnet

Ein Garant der sozialen Absicherung behinderter und kranker Menschen sei er gewesen, sagte Kurt-Wilhelm Sauerwein, Präsident der Verbandsversammlung, bei der Verabschiedung von Landesdirektor Lutz Bauer vor rund 250 Gästen, die sich am 31. August im Kasseler Ständehaus versammelt hatten. Der LWV sei in der „Ära Bauer“ in der kommunalen Familie fest verankert gewesen, auch sei die Akzeptanz bei den Trägern der freien Wohlfahrtspflege in dieser Zeit gewachsen. Für seinen insgesamt 28-jährigen Einsatz um den Verband – Bauer war vor seiner Amtszeit als Landesdirektor mehrere Wahlperioden Mitglied der Verbandsversammlung – zeichneten Sauerwein und Erster Beigeordneter Uwe Brückmann den LWV-Chef, der mit Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand wechselte, mit dem Ehrenring des LWV aus.

Lob kam auch von der Hessischen Landesregierung, für die Staatsminister Stefan Grütner, Chef der Staatskanzlei, sprach, und vom bisherigen Ersten Beigeordneten des LWV, Uwe Brückmann, der am 1. September Bauer im Amt als Landesdirektor nachfolgte. Bauer habe, stets mit bemerkenswertem Einsatz, gemeinsam mit den Selbstverwaltungsgremien die Voraussetzung dafür geschaffen, dass der LWV heute auch für die

Zukunft für gestaltbar gehalten werde, sagte Brückmann.

Sauerwein skizzierte den Lebensweg des „Sozial- und Kommunalpolitikers aus Profession und Leidenschaft“, der in seiner Amtszeit als Landesdirektor den LWV zu einem modernen, sozialen Dienstleistungsunternehmen für behinderte und kranke Menschen in Hessen gemacht und dabei wichtige Ziele der Behindertenhilfe umgesetzt habe. Als Beispiele führte der Präsident den Grundsatz des Vorranges ambulanter Hilfen, darunter das Betreute Wohnen, die Enthospitalisierung und den Ausbau der gemeindenahen Psychiatrie an. Dabei habe er trotz Strebens nach mehr Wirtschaftlichkeit die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LWV nie aus den Augen verloren: „Mit Arbeitsplätzen hat er nie gespielt!“.

Der Parlamentspräsident dankte dem scheidenden LWV-Chef für seine kooperative und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Hessischen Sozialparlament. Der Umgang mit den 75 Abgeordneten sei stets von Achtung, Wertschätzung und Fairness geprägt gewesen: „Sie waren nie für die Neigung anfällig, das Parlament beherrschen zu wollen“, Bauer habe die Rolle der Verbandsversammlung als oberstem Souverän immer ernst genommen. In schrift-

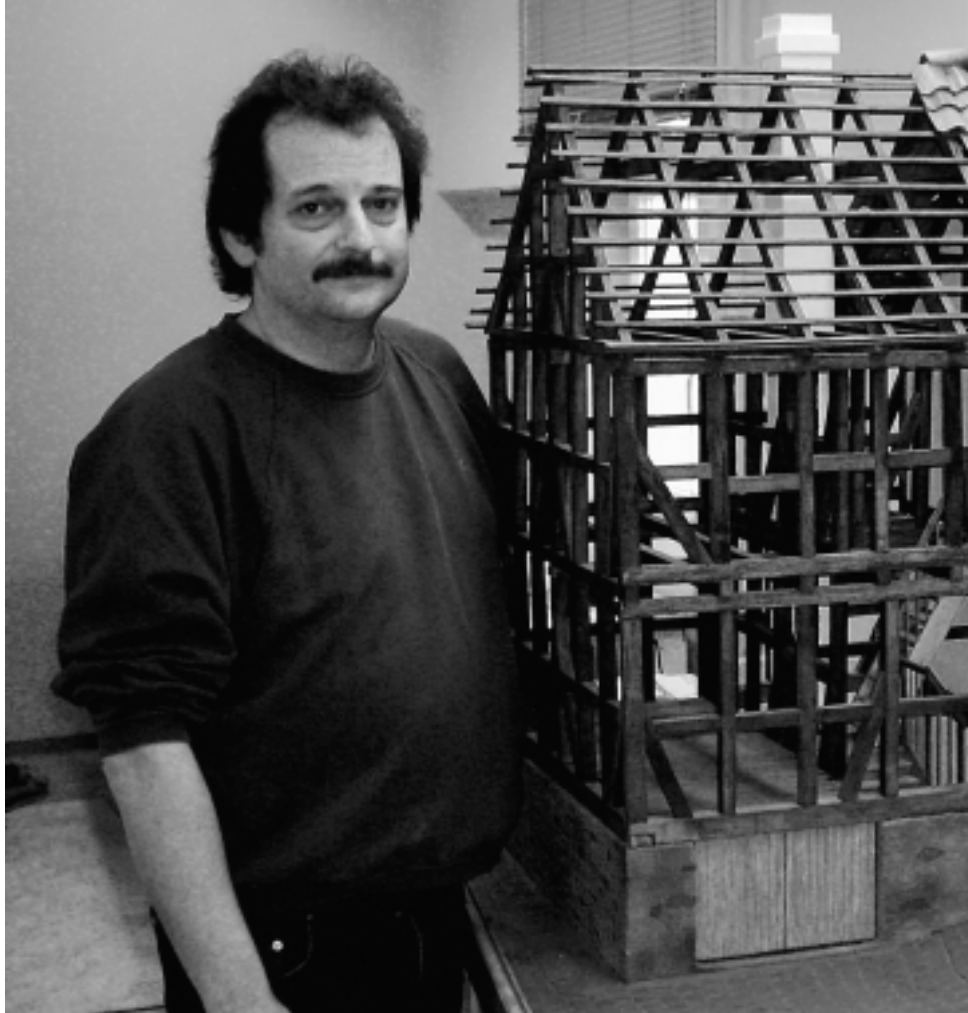
lichen Grußworten drückten Deutscher und Hessischer Landkreistag, die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen, der Sozialverband VdK Hessen-Thüringen und andere Organisationen ihren Respekt vor der beruflichen Lebensleistung Bauers aus. (jda)

Ausgewiesener Sozialexperte

Mit Lutz Bauer trat 1995 ein Landesdirektor an die Spitze des LWV, der durch seine vielfältigen Funktionen sowohl in der Sozialpolitik wie auch in der Kommunalen Selbstverwaltung ein ausgewiesener und geschätzter Fachmann ist. Der Jurist war vor seiner Zeit beim LWV im Hessischen Sozialministerium tätig und später Geschäftsführender Direktor des Hessischen Landkreistages. Lange Jahre wirkte Bauer auch als Kommunalpolitiker. Während seiner zehnjährigen Amtszeit als Landesdirektor trieb er gemeinsam mit den Gremien des LWV die Modernisierung des Verbandes und seiner Einrichtungen voran. Am 25. August vollendete Lutz Bauer sein 65. Lebensjahr und trat daher mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand. Der verheiratete Vater zweier erwachsener Töchter ist ins heimische Raunheim im Kreis Groß-Gerau zurückgekehrt und will dort auch weiterhin politisch aktiv bleiben. (jda)

Wenn sich schwerbehinderte Menschen selbstständig machen wollen, greift das Integrationsamt des Landeswohlfahrtsverbandes nicht nur mit Rat, sondern auch mit Zuschüssen oder Darlehen unter die Arme. Einer, der mit Hilfe des Integrationsamtes eine berufliche Existenz aufgebaut hat, ist Andreas Pockrandt. Der 45-jährige gelernte Krankenpfleger und Rettungsanwiter ist heute Inhaber der Firma „Architektur & Modelldesign“ mit Sitz im Gründerzentrum im Bahnhof von Bad Wildungen. Das junge Unternehmen boomt.

Schmucke Fachwerkhäuser hat er schon gebaut, barocke Wohnhäuser oder Klostergebäude, mittelalterliche Burgtürme, Reithallen, Sportanlagen, Wassermühlen – und Kirchen. Aus Holz und Pappe, maßstabgetreu, mit allen Details und liebevoll bemalt: „Mit unseren Architekturmodellen schaffen wir etwas Vorzeigbares, etwas, das über die Computersimulation hinaus geht“, erklärt Andreas Pockrandt, während er mit streichholzdünnen Stäbchen Verzierungen an den Säulen eines Kirchenschiffes formt: Es handelt sich um die gotische Hallenkirche St. Marien und Bartholomäi, die Pockrandt im Auftrag der Evangelischen Landeskirche Niedersachsen im Maßstab 1 : 50 nachbaut. Das Original steht in Harsefeld im Landkreis Stade. „Bauherren, die bei uns bestellen, bekommen Modelle auf den Tisch, die ihre Fragen beantworten“, schmunzelt der erfolgreiche Existenzgründer, „das ist eine ganz traditionelle, altmodische Methode, aber wirkungsvoll, denn viele haben gegenüber Computeranimationen immer noch das Gefühl, die sind nicht echt – und wenn man den Stecker rauszieht, ist alles weg“. Die Einzigartigkeit seines jungen Unternehmens, das er mit Unterstützung des Integrationsamtes des LWV gegründet hat, sei „bewusst das Altmodische“, fügt Pockrandt nicht ohne Stolz hinzu. „Unsere Modelle sind im Gegensatz zur Zeichnung, zum guten Foto oder zur virtuellen Vorführung im wahrsten Sinne des



Vom Hobby zur Existenz Das Integrationsamt des LWV hat Andreas Pockrandt, sich selbstst

Wortes begreifbar und sprechen die Sinne des Betrachters an“.

Vom Hobby zum Beruf

Modellbau ist seine große Leidenschaft: Schon als Schüler und Auszubildender hat Andreas Pockrandt filigrane Modelle aus Streichhölzern gefertigt – zunächst Segelschiffe und Dampfer: „In den Mittagspausen am Küchentisch sind viele meiner Schiffsmodelle entstanden“, lächelt der 45-Jährige. Durch eine Ausstellung dieser Modelle wurde ein Bauunternehmer auf ihn aufmerksam: „Der kam auf mich zu und fragte, ob ich auch Häuser bauen könnte“. Pockrandt, damals Krankenpfleger im Stadtkrankenhaus von Bad Wildungen, sagte zu und konstruierte schließlich auch für andere Bauträger nebenberuflich

Modelle von Einfamilienhäusern: „Das war ein guter Ausgleich zu dem anstrengenden Job, mehr nicht“. Denn dass er Jahre später das Hobby zum Beruf machen und sich eine selbstständige Existenz als Modelldesigner aufbauen würde, das war zunächst nicht geplant.

Fast 23 Jahre hatte Pockrandt auf Intensivstationen verschiedener Krankenhäuser gearbeitet – bis er 1997 Beschwerden an der Bandscheibe bekam. Anfangs versuchte er es mit Krankengymnastik, „doch nach und nach“, erinnert sich Pockrandt, „haben sich die Wirbelkörper so verschoben, dass man mir sagte, eine Operation sei unausweichlich.“ Nicht eine, sondern zwei Operationen musste er über sich ergehen lassen, „das war ganz schön lehrreich, mal die Intensivstation von der anderen Seite



Erfolgreicher Existenzgründer: Andreas Pockrandt neben einem seiner Modellhäuser.

Fotos: Gundula Zeitz

wieder in seinen erlernten Berufen arbeiten können. „Naja, da habe ich gesagt, ich will Modellbauer werden“, erinnert sich Pockrandt, „und der Sachbearbeiter war auch ganz froh, weil da mal jemand genau wusste, was er wollte.“ Die Ernüchterung folgte auf dem Fuße: „Der BfA-Mitarbeiter hat dann in seinem PC bei den offiziellen Beschreibungen nachgesehen, wie denn das körperliche Belastungsprofil für Modellbauer aussieht – und siehe da, es entsprach dem des Krankenpflegers.“ Das könne er vergessen, habe der Sachbearbeiter gesagt: „Damals war ich sehr wütend“, sagt Pockrandt, „dann mach´ ich´s eben ohne Ausbildung“, hab´ ich geantwortet“.

Ein Darlehen vom Integrationsamt

Pockrandt gab nicht auf. Er konsultierte einen Unternehmensberater, der ihm Mut machte und mit ihm ein Konzept für eine Existenzgründung erstellte. Was fehlte, war freilich Geld für die notwendigen Investitionen, und die Banken zögerten zunächst, Pockrandt Kredite zu geben.

Da sprang das Integrationsamt des LWV ein: „Für die zur Existenzgründung notwendigen Investitionen wurde Herr Pockrandt im Jahr 2001 vom Integrationsamt, damals hieß es noch Hauptfürsorgestelle, aus Mitteln der Ausgleichsabgabe ein Darlehen in Höhe von 25.000 Mark, also rund 12.700 Euro bewilligt“, erinnert sich Matthias Schluz, Mitarbeiter im Integrationsamt und dort unter anderem zuständig für die Förderung von Exi-

gründung – If ändig zu

kennen zu lernen“, schmunzelt der 45-Jährige. Und als er im März 2000 im Stützkorsett entlassen wurde, hieß die Diagnose: 50 Prozent schwerbehindert. „Das war schon ein Schock“, erinnert sich Pockrandt: „Da stand ich nun mit Anfang 40, sitzen konnte ich nämlich tatsächlich nicht, in meiner Ritterrüstung, so stand ich also in meiner Küche, habe Modelle gebaut zum Zeitvertreib und mich gefragt, was nun werden soll.“

Ein Frage, die ihm dann auch der zuständige Mitarbeiter der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) stellte, als es darum ging, eine passende Rehabilitations- oder Umschulungsmaßnahme zu finden, denn es war klar: Pockrandt würde nie

Mit einem Kirchenmodell fing's an: Der Bad Wildunger Jungunternehmer am Arbeitsplatz.



stanzgründungen schwerbehinderter Menschen. „Herr Pockrandt hat von dem Geld einen Transporter angeschafft und seinen Arbeitsplatz eingerichtet.“ Das Darlehen habe der Modelldesigner inzwischen restlos getilgt.

Zirka 30 solcher Darlehen jährlich habe das Integrationsamt hessenweit in den letzten Jahren vergeben, sagt Schluz. Die Tendenz sei steigend. Überdies seien Zinszuschüsse gewährt worden. Insgesamt seien aus Mitteln der Ausgleichsabgabe, die Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern zahlen müssen, wenn sie nicht mindestens fünf Prozent schwerbehinderte Arbeitnehmer einstellen, rund 223.000 € an behinderte Existenzgründer geflossen. Dazu kamen noch Zuschüsse für diejenigen, die zwar kein Darlehen in Anspruch genommen haben, jedoch einen Anspruch auf Erstattung der Kosten für eine behinderungsbedingte notwendige Zusatzausstattung ihres Arbeitsplatzes haben. „Das können höhenverstellbare Tische ebenso sein wie spezielles Werkzeug oder besondere Stühle“, erklärt Schluz. „Auch die Kosten für eine wegen der Behinderung notwendige Arbeitsassistenz, wie etwa für eine Vorlesekraft für Blinde und Sehbehinderte können übernommen werden.“

Auch Pockrandts Arbeitsplatz musste mit besonderen Hilfsmitteln ausgestattet werden: Der Modellbauer benötigte einen höhenverstellbaren Werk Tisch und einen behinderungsgerechten Werk- und Bürostuhl. Die Kosten in Höhe von insgesamt rund 2.000 € übernahm das Integrationsamt in voller Höhe.

Werkstatt im Gründerzentrum

Und so konnte Pockrandt ab März 2001 eine Werkstatt im Gründerzentrum Bad Wildungen anmieten und loslegen. An Aufträgen fehlte es von Anfang an nicht: Unter den Kunden waren beispielsweise Ämter für Denkmalpflege aber auch andere Bauherren: „Architekturmodelle von Altbauten beispielsweise leisten Überzeugungsarbeit bei Behörden, vermitteln Geldgebern realistische Eindrücke von geplanten Bauänderungen, es erleichtert die Vermarktung“, sagt Pockrandt.

Doch der Existenzgründer baut auch moderne Ein- und Mehrfamilienhäu-

Hintergrund

Das Integrationsamt fördert jährlich ungefähr 20 bis 30 schwerbehinderte Menschen mit Darlehen und Zinszuschüssen bei Gründung und Erhalt einer selbstständigen beruflichen Existenz, wenn sie

1. die erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen für die Ausübung der Tätigkeit erfüllen,
2. ihren Lebensunterhalt durch die Tätigkeit voraussichtlich auf Dauer im Wesentlichen sicherstellen können und
3. die Tätigkeit unter Berücksichtigung von Lage und Entwicklung des Arbeitsmarkts zweckmäßig ist.

Wie das Beispiel zeigt, lassen sich durchaus auch berufs- und lebenserfahrenere schwerbehinderte Menschen über diese Förderung auf dem ersten Arbeitsmarkt integrieren und gewinnen so nicht nur wirtschaftliche Autonomie, sondern auch Selbstbewusstsein

als selbstständiger Unternehmer, der nicht oder nicht mehr auf fremde Unterstützung angewiesen ist. Zuvor muss der jeweilige Antragsteller Nachweise über seine berufliche Qualifikation und die erwartete Rentabilität seines Unternehmens vorlegen, damit das Integrationsamt in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit entscheiden kann, ob die Markteinschätzung ausreichende Erfolge verspricht. Das Integrationsamt fördert in diesem Rahmen Existenzgründer mit einer jährlichen Gesamtleistungssumme von ca. 250.000 €. Das Instrument der Förderung einer selbstständigen Existenz schwerbehinderter Menschen ist aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage oft die einzige aussichtsreiche Möglichkeit, diesen Personenkreis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einzugliedern. Das Integrationsamt leistet somit einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Arbeitslosigkeit. (Integrationsamt)

ser: Einer der wichtigsten Kunden war alsbald der größte deutsche Massivhausbauer „Viebrockhaus“ aus Niedersachsen. „Die Idee der Firma war, dass jeder Kunde bei Vertragsabschluss ein Modell seines Hauses bekommt.“ Weil plötzlich allein für Viebrockhaus bis zu 1.000 Häuser im Jahr zu bauen waren, stellte Pockrandt sechs Mitarbeiter ein. Doch dann änderte der Fertighaushersteller sein Konzept, die Aufträge gingen zurück, und der Jungunternehmer musste ab März 2003 wieder Personal abbauen. „Das war schon eine schwierige Zeit damals“, erinnert sich Pockrandt. Inzwischen gewann er wieder neue Kunden und beschäftigt mit Thomas Dressler inzwischen wieder einen Mitarbeiter. Überdies arbeitet er mit dem „Bad Wildunger Treffpunkt“ zusammen, einer psychosozialen Betreuungseinrichtung, deren Klienten in der Beschäftigungstherapie für seine Firma kleine Bäumchen aus Bürsten herstellen und bemalen. So fällt die Bilanz Pockrandts unter dem Strich positiv aus: „Das vergan-

gene Jahr ist so gelaufen, dass ich wirklich das Gefühl habe: Es hat eine Perspektive“, sagt Pockrandt. „Im Übrigen will ich immer noch mit jedem Hausmodell, das ich baue, besser werden – und nach mehr als zweitausend Bauten ist das eine bewährte Motivation.“ Gundula Zeitz



INFO Weitere Informationen:

Landeswohlfahrtsverband Hessen – Integrationsamt-,

34117 Kassel, Kölnische Straße 30,
Tel.: 05 61 / 10 04 - 0,

Fax: 05 61 / 10 04- 26 50,

64293 Darmstadt, Steubenplatz 16,
Tel.: 0 61 51 / 8 01 - 0,

Fax: 0 61 51 / 8 01 - 2 34

65189 Wiesbaden, Frankfurter Straße 44,

Tel.: 06 11 / 1 56 - 0,

Fax: 06 11 / 1 56 - 2 09

E-Mail: kontakt-integrationsamt@lwv-hessen.de

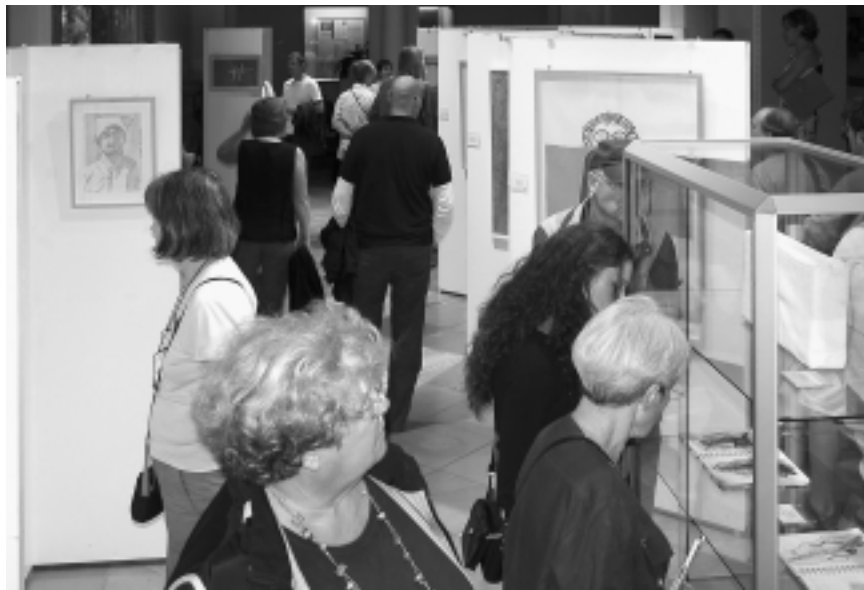
www.integrationsamt-hessen.de

„GEGEN UNVERSTÄNDNIS UND AUSGRENZUNG“ – AUSSTELLUNG IM STÄNDEHAUS ZEIGTE KUNST PSYCHIATRIEREFABRENER MENSCHEN

Die Reaktionen im Gästebuch waren vielfältig: Anerkennung über die künstlerische Ausdruckskraft, Respekt, mit welcher Energie der Krankheit begegnet wird, Erstaunen über einen nicht alltäglichen Ausstellungsort. „Zeige Deine Wunde – Befreiende Kunst. Psychiatrieerfabrene stellen aus“ führte rund 1.200 Menschen ins Kasseler Ständehaus, mehr als 800 davon waren am 3. September, während der Kasseler Museumsnacht, zu Gast.

AUSDRUCKSMITTEL UND KOMMUNIKATION

Ausgangspunkt war ein Kunstwettbewerb, der von Karl-Hermann Haack, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, im „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung“ 2003 ausgeschrieben wurde. Überrascht seien Jury und Organisatoren von der Resonanz gewesen, so Haack während der Ausstellungseröffnung. 1.200 Künstlerinnen und Künstler reichten über 5.000 Werke ein. Damit habe die Jury eine Mammutaufgabe vor sich gehabt. Schließlich wählte sie 123 Künstler mit 200 Arbeiten für die Wanderausstellung aus, die nach dem Startschuss in Berlin eine bundesweite Reise angetreten habe. Bis Ende 2006 seien insgesamt 38 Ausstellungseröffnungen geplant, erläuterte Haack. „Die Bilder kamen zu einem großen Teil aus dem stationären psychiatrischen Bereich, sie sollten aber nicht einfach dorthin wieder zurück, denn damit wäre die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit nur schwer zu erreichen.“ Daher habe es „guter Konzepte der Umsetzung vor Ort“ bedurft. Kurt-Wilhelm Sauerwein, Präsident



Großes Interesse an der Ausstellung: Besucher/innen während der Kasseler Museumsnacht.

Foto: Jörg Daniel

der Verbandsversammlung, bestätigte gern, dass mit dem Ständehaus ein attraktiver Ausstellungsort zur Verfügung stehe. Jedes der 60 Exponate sei eingehende Betrachtung wert. Sauerwein hob hervor, was Kunst für kranke Menschen bedeuten könne: Individuelles Ausdrucksmittel und Kommunikation mit anderen Menschen, beides sei unverzichtbar.

VOLLES STÄNDEHAUS

Früh habe sich der LWV um die Ausstellung bemüht, so LWV-Landesdirektor Lutz Bauer. Auch, weil gleich sieben Künstlerinnen und Künstler aus den Ateliers der ZSPs in Eltville und Bad Emstal nominiert wurden. Dieser Erfolg sei natürlich zuerst einmal das Ergebnis ganz persönlicher, individueller Anstrengungen. Die Ausstellung liefere aber auch einen Beleg für gewandelte Rahmenbedingungen und

therapeutische Konzepte. Hier habe der LWV – mit dem Psychiatriereformer Walter Picard an seiner Seite – für das Land Hessen einen wichtigen und vorausschauenden Beitrag geliefert, war sich der scheidende LWV-Chef an einem seiner letzten Arbeitstage sicher. Bei der Museumsnacht wurde es dann eng vor den Bildern: Wer wollte, konnte sich bei stündlichen Führungen ausführliche Erläuterungen von Andrea Schwarzkopf, die an Konzeption von Wettbewerb und Ausstellung beteiligt war, geben lassen. Und zwischen den Führungen zu den Bildern gab es für die Besucher keinen Leerlauf, sondern informative Rundgänge durch das Ständehaus, angeboten durch LWV-Archivarin Dr. Christina Vanja und Kunsthistoriker Gerd Fenner. Untermalt durch Vitrinensexponate aus der langen und ereignisreichen Geschichte wiesen die beiden Historiker auf das 170-jährige Bestehen des Gebäudes im kommenden Jahr hin. Das Ständehaus verkörpere wie wenige andere Bauwerke die demokratische Tradition Hessens, hieß es in den Führungen. (jda)

Für eine stimmungsvolle Begleitung zur Ausstellungseröffnung sorgte die Jazzband „Blind Foundation“ der Stiftung Blindenanstalt Frankfurt am Main. In der ersten Reihe (v. l.): Norbert Witte, Baustadtrat der Stadt Kassel; LWV-Landesdirektor Lutz Bauer; Kurt-Wilhelm Sauerwein, Präsident der Verbandsversammlung, und Karl-Hermann Haack, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. Foto: Jörg Daniel



Menschen ohne Wohnung:

LWV fördert Anlaufstellen mit fast 9 Mio. Euro

Der LWV fördert in 2005 42 Fachberatungsstellen und Tagesaufenthaltsstätten für Nichtsesshafte/Alleinstehende Wohnungslose mit insgesamt 8,95 Mio. Euro. „Nach jüngsten Schätzungen nimmt die Zahl nicht nur vorübergehend obdachloser Menschen wieder zu. Mit den Einrichtungen, die von der freien Wohlfahrtspflege getragen werden, verfügen wir in Hessen über ein wirksames und bundesweit vorbildliches Netz an Hilfeangeboten“, erläuterte Landesdirektor Uwe Brückmann den im September gefassten Beschluss des LWV-Verwaltungsausschusses. In vielen Fällen sei es durch die Arbeit dieser Anlaufstellen gelungen, sozial aus dem Gleichgewicht geratenen Menschen wieder zu einer Wohnung zu verhelfen. Durch die Wohnung werde die wichtigste Voraussetzung für deren soziale Reintegration, auch für eine Wiedereingliederung in eine berufliche Tätigkeit, geschaffen, ergänzte der LWV-Chef. Nach einer seit 1991 geltenden Verwaltungsvereinbarung ist der LWV verpflichtet, den Bestand der Hilfeangebote zu sichern. Er trägt damit – im Auftrag der hessischen Landkreise



Hilfe für Menschen ohne Wohnung: Die ökumenische Wohnungslosenhilfe des Franziskus-Hauses in Hanau. Foto: Franziskus-Haus

und kreisfreien Städte – rund 87 % der Gesamtkosten dieser wichtigen Anlaufstellen für obdachlose Menschen. Die Fachberatungsstellen bieten den Betroffenen schnelle und vor allem unbürokratische Hilfe. Sie verfügen über Aufenthaltsplätze für den Tag und vermitteln – zum Teil über regelmäßige Sprechstunden – ärztli-

che Hilfen und Übernachtungsmöglichkeiten. Nichtsesshafte/Alleinstehende Wohnungslose können in den Tagesaufenthaltsstätten duschen, Wäsche waschen und Mahlzeiten zu sich nehmen. Ziel der Hilfen ist die „Sesshaftmachung“ dieser Menschen. Dazu erhalten sie dort Unterstützung und Beratung. (jda)

Von der „Platte“ zurück ins normale Leben

Zum Netz der LWV-geförderten Anlaufstellen gehört die ökumenische Wohnungslosenhilfe Franziskus-Haus in Hanau. Im Mai 2002 kommt es zum ersten Kontakt zwischen einer Straßensozialarbeiterin des Franziskus-Hauses und Claus Müller (Name geändert), der damals ohne festen Wohnsitz ist. Er übernachtet in der Gartenhütte von Bekannten. Die Sozialarbeiterin bietet Müller eine Übernachtungsmöglichkeit im Franziskus-Haus an, er erhält dort Essen und wird intensiv beraten. Nachdem er Vertrauen zu den Mitarbeitern des Franziskus-Hauses gefasst hat, erzählt er seine Geschichte: Bis zum Tod seiner Mutter lebt Claus Müller mit ihr in einer gemeinsamen Wohnung. Als sie stirbt, ist er 49 Jahre alt und gerade arbeitslos. Müller ist Analphabet und kennt Niemanden, der

ihm beim Ausfüllen der Formulare helfen kann. So beantragt er keine Sozialleistungen und lebt stattdessen etwa vier Jahre vom Erbe seiner Mutter. Als ihm das Geld ausgeht, wird seine Wohnung zwangsgeräumt. Er gerät auf die Straße, sucht lediglich nachts eine Gartenhütte auf. Im Franziskus-Haus erhält Müller zunächst eine Unterkunft in der Herberge des Hauses. Sie ist ganzjährig geöffnet, bietet wohnungslosen Menschen ein Quartier mit vergleichsweise intensiver Betreuung. Nach etwa sieben Wochen wechselt er in das Übergangwohnheim, wo Wohnungslose leben, die sich für ein neues Leben entschieden haben. In der Tagesstätte entwickelt er soziale Kontakte, übernimmt gemeinnützige Tätigkeiten, denn, vor dem Verlust seines Arbeitsplatzes, war er 27 Jahre lang berufs-

tätig. Die Schuldnerberatung hilft ihm schließlich auch bei der Regulierung seiner Verbindlichkeiten. Bereits vier Monate später kann Claus Müller eine Arbeit in einer Hanauer Metallbaufirma aufnehmen. Müller erweist sich als zuverlässig und erhält, nach Ablauf eines Zeitvertrages, eine Festanstellung. Innerhalb von zwei Jahren kann er seine gesamten Schulden von 12.500 Euro begleichen. Anfang 2004 ist es endlich so weit: Müller zieht in eine eigene Wohnung, die ihm durch einen ehrenamtlichen Mitarbeiter des Franziskus-Hauses vermittelt wurde. Das erste Mal, dass er in einer eigenen Wohnung lebt. Da er vermutlich weiterhin Analphabet bleiben wird, ist er auch in Zukunft auf Hilfe beim Schriftverkehr angewiesen. Ansonsten führt er aber ein normales Leben. (cgy)/(jda)

Alois Alzheimer:

Die lange Karriere eines Namens

Wie heißen Sie?“ „Auguste“; „Familiennamen?“ „Auguste“ – So befragte der Frankfurter Psychiater und Neurologe Alois Alzheimer im Jahr 1901 seine Patientin Auguste D. und beschreibt an ihrem Beispiel zum ersten Mal die Alzheimer'sche Demenz.

Ende des Jahrhunderts ist der Name Alzheimer weltbekannt und steht für eine Krankheit, die unser Gesundheitssystem in Zukunft auf eine ernste Probe stellen wird. Alzheimers Todestag jährt sich am 19. Dezember zum 90. Mal. Dies und die Nähe Alzheimers zum Waldkrankenhaus Köppern waren für LWV-Info Anlass, einmal dem Lebenslauf Alzheimers und der nach ihm benannten Krankheit nachzugehen.

Vom Schuljungen bis zum Oberarzt

1864 erblickt Alois Alzheimer das Licht der Welt im unterfränkischen Marktbreit, wo er die Grundschule besucht und sein Vater die notable Stelle eines „Königlichen Notars“ ausübt. Die fränkische Provinz reicht dem nach Bildung strebenden Jungen nicht aus: Um eine bessere Schulausbildung zu erhalten, zieht der zehnjährige Alois nach Aschaffenburg und besucht dort das humanistische Gymnasium. Seine Familie soll ihm später nachfolgen. Nach dem Ende seiner Schulausbildung strebt er ein Studium an, doch die



Alois Alzheimer (1864 – 1915)

Foto: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main

Wahl des Faches und der Universität machen ihm zunächst zu schaffen. Berlin ist im ausgehenden 19. Jahrhundert das Mekka der Medizin und so beginnt Alzheimer 1884 dort ein Medizinstudium. Später wechselt er nach Würzburg und Tübingen und wieder zurück nach Würzburg. Schon früh entdeckt er seine Leidenschaft für das Mikroskopieren. Das Mikroskop wird später für ihn das entscheidende Instrument seiner Promotion: In einer mikroskopisch-anatomischen Arbeit untersucht er die

Ohrenschmalzdrüsen. Sein Staatsexamen beschließt er schließlich mit der Note „Sehr gut“.

Doch nicht nur die Anatomie reizt Alzheimer: Auf einer Reise lernt der junge Mediziner eine Dame näher kennen, die eine psychische Erkrankung hat. Für Alzheimer ein nachhaltiges Erlebnis: Er wird 1888 Assi-



Front der früheren „Frankfurter Anstalt für Irre und Epileptiker“.

Foto: LWV-Archiv

stanzarzt an der „Frankfurter Anstalt für Irre und Epileptiker“, die von dem bekannten Psychiater Emil Sioli geleitet wird. Dort arbeitet er - nachdem er bereits einen harten Arbeitstag in der Klinik hinter sich gebracht hat - mit seinem Freund und Kollegen Franz Nissl oft bis tief in die Nacht an mikroskopischen Untersuchungen des zentralen Nervensystems. Sein Fleiß wird belohnt: 1895 erfolgt die Beförderung zum Oberarzt an derselben Klinik.

Das Jahr 1901 und die Konzentration auf die Wissenschaft

1901 ist Alzheimers Schicksalsjahr: Seine geliebte Frau Cecilie stirbt. Trotz seiner Kinder wird er nie wieder heiraten. Noch im selben Jahr untersucht er Auguste D., die Patientin, an der er erstmals die „eigenartige Erkrankung der Hirnrinde“ beschreibt, seine größte Entdeckung. Auf sein und Siolis Betreiben hin wird außerdem das Waldkrankenhaus Köppern als Zweigstelle der Frankfurter Anstalt gegründet. Ob Alzheimer selbst in der damaligen Zweigstelle Köppern tätig war, ist gut möglich, aber nicht

belegt. In Köppern werden zu dieser Zeit Alkoholranke aus Frankfurt mit landwirtschaftlicher Arbeit beschäftigt und mit „kräftiger Kost“ ernährt, wovon man sich eine Besserung ihres Gesundheitszustands verspricht. Bewusst verzichtet Sioli auf die damals üblichen Fenstergitter und Zäune. Dass Alzheimer ein großer Kenner der Alkoholabhängigkeit ist und sie häufig behandelt hat, kann als gesichert gelten. 1902 folgt Alzheimer seinem Interesse an der Forschung und wird wissenschaftlicher Assistent in Heidelberg bei Emil Kraepelin, damals Deutschlands bedeutendster Psychiater. Im darauffolgenden Jahr geht Alzheimer mit Kraepelin nach München an die dortige Psychiatrische Klinik und übernimmt das Hirnanatomische Laboratorium. Ein Jahr später habilitiert er sich. Mit seinem bekannten Vortrag „Über eine eigenartige Erkrankung der Hirnrinde“ macht er 1906 erstmals die von ihm entdeckte Demenz einem Fachpublikum bekannt. Später erhält sie auf Vorschlag Kraepelins die Bezeichnung Alzheimersche Krankheit. Der Vortrag selbst stößt damals jedoch kaum über den engen fachlichen Kreis hinaus auf Interesse.

1912 erhält Alzheimer einen Ruf als ordentlicher Professor für Psychiatrie an die Friedrich-Wilhelm-Universität in Breslau. Doch steht seine Professur in Breslau unter einem unglücklichen Stern: Schon bei Dienstantritt ist er krank und leidet bei geringsten Anstrengungen unter Atemnot und Herzbeklemmungen. Sein ehemaliger Chef Kraepelin erkennt bei ihm eine infektiöse Angina mit Nephritis und Gelenkentzündung. Auch ein Kuraufenthalt in Wiesbaden 1913 bringt keine dauerhafte Besserung. Im Jahr 1915 leidet er unter qualvollen Herzbeschwerden und verstirbt schließlich am 19. Dezember desselben Jahres im Kreise seiner Familie. Seine letzte Ruhe findet Alzheimer neben seiner Frau Cecilie auf dem Frankfurter Hauptfriedhof. Erst nach dem Tod des Mediziners und Wissenschaftlers beginnt die lange Karriere seines Namens. (cgy)/(jda)



Eine informative und gut lesbare Biografie Alzheimers enthält das Buch von Konrad und Ulrike Maurer: Alzheimer – Das Leben eines Arztes und die Karriere einer Krankheit, München 1998.

Alzheimer:

Ursachen und mögliche Gegenmittel

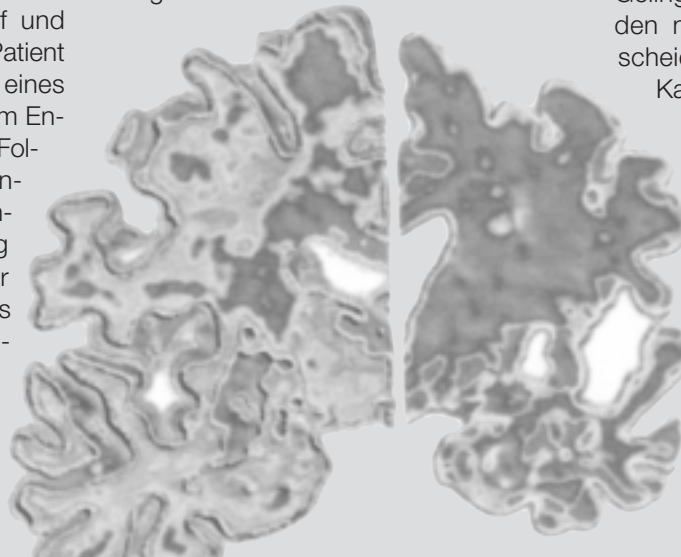
Rita Hayworth litt daran, ebenso wie Ronald Reagan und Herbert Wehner: Alzheimer. Ihr Schicksal machte auf eine Krankheit aufmerksam, die eine große und offenkundig weiter wachsende Zahl von Menschen trifft: „Rund 1 Million Menschen leiden in Deutschland an dieser Demenzerkrankung, die meist im hohen Alter ausbricht, aber auch schon 50-Jährige treffen kann“, sagt Dr. Burkhard Struwe. Er leitet die gerontopsychiatrische Abteilung an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Bad Emstal-Merxhausen. Unauffällig fängt es an. Die Patienten können sich keine Zahlen mehr merken und wiederholen gerade gesprochene Sätze. Wenn die Patienten Glück haben, bleibt es bei dieser „mild cognitive impairment“ (leichte kognitive Beeinträchtigung), der Vorstufe von Alzheimer. Wenn sie kein Glück haben, kommen in der ersten Phase der Alzheimer-Demenz noch nachlassende Urteilsfähigkeit, Orientierungsschwierigkeiten und häufige Geistesabwesenheit hinzu. In der zweiten Phase der Demenz beginnt der „Abschied vom Ich“. Die Patienten erkennen ihre Angehörigen nicht mehr, können nicht mehr selbstständig essen und trinken, werden inkontinent und können ihren Stuhlgang nicht mehr kontrollieren. Jetzt ist der geistige und körperliche Verfall offensichtlich. Die dritte Phase kann fünf und mehr Jahre andauern. Der Patient ist dann auf die Intelligenz eines Säuglings zurückgefallen. Am Ende sterben die Patienten an Folgeerkrankungen wie Lungenentzündung oder anderen Infektionen. Mit dem Fortgang der Krankheit wächst der notwendige Hilfebedarf bis hin zur permanenten Betreuung. Pflegende Angehörige können dies, auch bei Unterstützung durch ambulante Dienste und Selbsthilfegruppen, kaum noch leisten.

Behandlung und Diagnose von Alzheimer heute

Wirksame Medikamente gibt es bis heute nicht. Alzheimer ist nicht heilbar, man kann lediglich den weiteren Krankheitsfortschritt verzögern. Dies erreicht man durch „Rund-um-die-Uhr-Betreuung“, geistige Betätigung und mit einigen Medikamenten, die allerdings nicht die eigentliche Krankheitsursache bekämpfen. Dies sind sogenannte Acetylcholinesterase-Hemmer, die den Abbau eines Botenstoffs im Gehirn verzögern. „Die Symptome der Erkrankung kann man damit etwa zwei Jahre hinauschieben“, so Struwe. Ein weiteres Problem ist die Diagnose. Meist wird Alzheimer erst erkannt, wenn die Krankheit schon relativ weit fortgeschritten ist. „Die Erkrankung dauert etwa 30 Jahre, wird aber erst nach ca. 20 Jahren auffällig“, sagt der Kasseler Gerontopsychiater. Als gut zu handhabende Untersuchungsverfahren gibt es den Uhrentest und den „mini-mental-state“-Test. Mit ihnen kann auch der Hausarzt eine erste Diagnose stellen. Wird er fündig, überweist er an den Neurologen, der dann nach dem Ausschlussprinzip arbeitet. Können Schlaganfälle, Durchblutungsstörungen oder Parkinson ausgeschlossen werden, stellt der Facharzt die Diagnose Alzheimer.

Hoffnung auf neue Medikamente und Impfstoffe

So verzweifelt die Lage für die Patienten und Angehörigen heute noch ist, so viel besser könnte ihre Situation in Zukunft sein, denn die Neurobiologie und mit ihr die Alzheimer-Forschung machen Fortschritte. Immer deutlicher zeichnet sich das Bild von den Krankheitsursachen ab: Auslöser für den Tod der Nervenzellen ist wahrscheinlich eine biochemische Kaskade, die außerhalb der Nervenzellen beginnt und in ihrem Inneren endet. Im Verlauf dieser Kaskade bilden sich die „Plaques“ (Ansammlung abgestorbener Nervenzellen), die schon Alois Alzheimer in der Hirnrinde seiner Patienten fand. Seitdem die Wissenschaftler die am Krankheitsprozess beteiligten Enzyme kennen, haben sie mit der Suche nach Medikamenten begonnen, die möglichst frühzeitig die krankmachende Kaskade stoppen sollen. Gleichzeitig arbeiten Forscher an einem neuen Impfstoff, der bei Patienten die Demenz schon ein Jahr gestoppt hat. Problematisch sind allerdings die Nebenwirkungen, weshalb die Impfstudie gegenwärtig gestoppt ist. An der Verbesserung dieses Impfstoffs wird momentan gearbeitet. Wann man dieser tückischen Erkrankung medikamentös den Kampf ansagen kann, bleibt deshalb auf absehbare Zeit offen. Gelingt den Wissenschaftlern in den nächsten Jahren kein entscheidender Durchbruch im Kampf gegen Alzheimer, droht dem Gesundheitssystem eine weitere Schiefelage: Mit der Alterung der Gesellschaft nimmt die Zahl der Alzheimer-Patienten seit Jahren dramatisch zu: „In zehn bis fünfzehn Jahren haben sich die Fallzahlen verdoppelt“, weiß Struwe. (cgy)/(jda)



Erster Spat



Beim ersten Spatenstich (v. l.): Bürgermeister Eckhard Bräutigam; Betriebsleiter Herbert Dreisbach; Ingeburg Gründer-Schäfer, Vorsitzende der Betriebskommission; Lutz Bauer, damaliger LWV-Landesdirektor; Staatssekretär Gerd Krämer; Landtagsabgeordneter Dr. Walter Lübcke und Gerald Herber, Vorsitzender des Kreistages Landkreis Kassel.

Foto: Carolin Rössler, CBP Projektmanagement

Mit dem ersten Spatenstich haben Gerd Krämer, Staatssekretär im Hessischen Sozialministerium, und der damalige LWV-Landesdirektor Lutz Bauer im August die Bauarbeiten für den Neubau der forensischen Klinik Merxhausen in Bad Emstal offiziell gestartet.

Für den Neubau hatte das Land Hessen im Juli dieses Jahres rd. 10,8

Mio. € bewilligt. Die Errichtung des Neubaus wurde an einen Generalunternehmer vergeben. Die Abwicklung der Bauarbeiten wird von einem Projektmanager kontrolliert. Der Zeitplan sieht vor, dass im April 2007 die ersten Patienten einziehen. Mit der Fertigstellung der forensischen Klinik Merxhausen werde die Situation bei der Therapie und gesi-

cherten Unterbringung suchtkranker Rechtsbrecher in Hessen spürbar verbessert, waren sich die Vertreter von Land und LWV einig.

Wechselvolle Geschichte

Die Klinik für forensische Psychiatrie in Bad Emstal als Betriebszweig des ZSP Kurhessen plant der Landeswohlfahrtsverband Hessen als Träger der Einrichtung seit dem Jahr 2000. Das Land Hessen stimmte den LWV-Planungen mit einem Kabinettsbeschluss im Jahr 2001 zu. Ein von einer örtlichen Bürgerinitiative initiiertes Bürgerbegehren gegen den Bau der forensischen Klinik scheiterte im März 2002, denn die Mehrheit der Bürgerschaft stimmte den Planungen

Der Neubau

Der Neubau der forensischen Klinik entsteht auf dem Gelände der alten Gärtnerei des Zentrums für Soziale Psychiatrie Kurhessen. Der Bau ist ein Gebäudekomplex aus fünf Bauteilen, deren Anordnung zwei gesicherte Innenhöfe ergeben. Auf rd. 3.700 m² entstehen insgesamt 69 Therapieplätze für suchtkranke Rechtsbrecher. Abgesehen vom Eingang und der Pfortnerloge wird die Klinik die verschiedenen Abschnitte des Neubaus in zwei unterschiedlichen Sicherheitsstufen betreiben. Im gesicherten Bereich befinden sich die Räume der Wohngruppen, der Klinikleitung sowie die Besucherräume und der therapeutische Funktionsbereich. Hier ist Platz für 48 Patienten. Im hoch gesicherten Bereich befindet sich die Aufnahme- und Rückverlegerstation für 21 Patienten.

Die Sicherungsanlagen der Klinik

Da es sich bei den suchtkranken Patienten um Rechtsbrecher handelt, hat eine zuverlässige Sicherung des Gebäudes eine große Bedeu-

tung. Sie erfolgt vor allem durch die Außenfassade der Klinik. Hier sind alle Fenster durch zerstörungssichere Verglasung verschlossen, im hochgesicherten Bereich zusätzlich durch Stahlgitter. Die Zaunanlage bildet die zweite Sicherungslinie gegen Ausbrüche und verhindert, dass fremde Personen sich dem Gebäude nähern können. Abgesehen vom Eingangsbereich, zu dem Patienten keinen Zutritt haben, umfasst der Zaun den gesamten Neubau, ist 3,5 Meter hoch und wird von Videokameras überwacht. Die Sicherung der Klinikmitarbeiter übernehmen Personennotrufgeräte, mit der viele Mitarbeiter ausgestattet sind. Mit diesen Notrufgeräten können sich die Mitarbeiter untereinander verständigen und im Notfall Hilfe herbeirufen. In solchen Fällen orten die Pfortner den Hilferufenden über Funk. Ein ausgeklügeltes Schließsystem ergänzt die vorhandenen Sicherungseinrichtungen. Entstanden ist dieses differenzierte und umfangreiche Sicherheitskonzept in enger Abstimmung mit dem Landeskriminalamt. (cgy)

Nach dem ersten Spatenstich: Die Baugrube wächst.

Foto: Carolin Rössler, CBP Projektmanagement



entstich für neue forensische Klinik

So funktioniert die Klinik

Die neue Forensik gliedert sich in drei Schwerpunkte: den therapeutischen Funktionsbereich, den Wohnsektor und das Besuchsareal. Im therapeutischen Funktionsbereich sind die Arbeitstherapie, die Ergotherapie sowie die schulische Weiterbildung und die Physiotherapie angesiedelt. In der Klinik können die Patienten ihren Hauptschulabschluss nachholen, Deutschkenntnisse erwerben oder vertiefen sowie Teile von Berufsabschlüssen

absolvieren, die sie sich nach der Entlassung auf eine Berufsausbildung anrechnen lassen können.

Im Wohnsektor leben die Patienten in verschiedenen Wohngruppen. Hier werden auch die in der Verhaltenstherapie erworbenen sozialen Fertigkeiten angewandt und gefestigt. Zudem werden lebenspraktische Dinge wie Kochen und Putzen trainiert. Im Besucherareal ist nicht nur der Kontakt zu Rechtsanwälten und Richtern möglich,

sondern ebenso das Treffen mit Angehörigen und Freunden. Der Erhalt der privaten Kontakte ist wichtig, denn ein intaktes soziales Umfeld hat eine große Bedeutung für eine günstige Prognose der Patienten.

Therapeutische Angebote an zentraler Stelle, das schulische Angebot und die Arbeitstherapie sollen den suchtkranken Rechtsbrechern eine Rückkehr in ein Leben außerhalb des geschützten Bereichs der Einrichtung ermöglichen. (cgy)

zu. Der erste von zwei Bauabschnitten für die forensische Klinik startete im November 2004 mit dem Beginn der Umbau- und Sanierungsarbeiten der „Alten Schule“ in Bad Emstal, wo auf drei Ebenen 15 Plätze in einem offenen Therapiebereich entstehen (s. LWV-Info 01/05). Die Kosten für den Umbau der „Alten Schule“, einem denkmalgeschützten Gebäude, belaufen sich auf rund 3 Mio. €, von denen das Land Hessen rd. 2,2 Mio. € finanziert. Die Errichtung eines Forensikstandortes in Merxhausen wird seit Anfang 2002 von einem Forensikbeirat begleitet. Der Beirat ist Bindeglied zwischen der Klinik und der Emstaler Bürgerschaft. (rvk)



Das Haus 4 der Forensik in Gießen.

Foto: Außenstelle Gießen

Erweiterungsbau der Forensik in Gießen bezogen

Drei Gebäude hat die Außenstelle der Klinik für forensische Psychiatrie Haina in Gießen von der Klinik für Psychotherapie und Psychiatrie Gießen übernommen und kann so insgesamt 60 neue Plätze für die Behandlung psychisch kranker Rechtsbrecher schaffen. Nach zwischenzeitlichem Abschluss der Umbauarbeiten konnte das Haus 4 mit einer Kapazität von 30 Betten zum 1.11.2005 vollständig in Betrieb genommen werden, so dass die überbelegten Stationen etwas entlastet werden. Mit dem Abschluss der Umbauarbeiten in den Häusern 1 und 3 ist im Jahr 2007 zu rechnen, womit 30 weitere Maßregelvollzugsplätze (Haus 3) zur Verfügung stehen werden.

Die vorgesehene Nutzung der neuen Gebäude stellte der Ärztliche Direktor Rüdiger Müller-Isberner im Forensik-

beirat vor: In Haus 4 werden auf einer sog. Schnellläufer-Station Patienten mit einem gut behandelbaren Krankheitsbild sowie Schizophrenie-Patienten behandelt. In Haus 3 sollen minderbegabte Menschen mit geistiger Behinderung untergebracht und in Haus 1 sollen die Räume für die Ambulanz, Ergotherapie und Rehabilitation genutzt werden. Insgesamt hat das Land Hessen für den bedarfsgerechten Umbau rd. 5,9 Mio. € bewilligt. Einen hohen Stellenwert hat auch an diesem Forensikstandort die Sicherheit. So gibt es neben Sicherheitsglas und Vergitterung automatisch gesteuerte Tür-Schleusen sowie 4,30 Meter hohe Zäune mit Untergrabungsschutz. 38 neue Stellen in unterschiedlichen Berufsfeldern wurden für die Behandlung der psychisch kranken Rechtsbrecher geschaffen. (rvk)



STATIONÄR UND AMB UNTER EINEM DACH

Wohnen im Verbund – das Beispiel der Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg



Mit Unterstützung hoch hinaus: Britta Mehler (l.) nutzt für sich die unterschiedlichen Wohnformen in Korbach. Hier ist sie mit Betreuer Harald Teppe im Garten.

Foto: Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg

Ein Fachwerkhaus mit einer grünen Tür fordert den Besucher in der Straße Hinter dem Kloster 6 in Korbach zum Eintreten auf. Hinter dem Gebäude erstreckt sich ein Garten, das Grün reicht bis an die Rückseite eines milchkafee-farbenen Fachwerkhauses. Das Ensemble liegt im Herzen der Stadt mit 25.000 Einwohnern. Einkaufsmöglichkeiten, Apotheken, Ärzte – all das ist für Anna M. und ihre Mitbewohner bequem zu Fuß zu erreichen. Das Haus Hinter dem Kloster 8 bietet vier Menschen ein Zuhause, die Eines gemeinsam haben: Sie sind geistig be-

hindert und benötigen deshalb Hilfe, um ihren Alltag zu meistern. Aber: Sie sind selbstständig genug, um nicht im Wohnheim des Lebenshilfe-Werks Kreis Waldeck-Frankenberg zu leben. Deshalb werden sie in ihrem Zuhause stationär begleitet, wie es in der Fachsprache heißt. Zwischen vier und sieben Stunden täglich steht den Bewohnern Fachpersonal zur Verfügung, das ihnen bei der Bewältigung des Alltags hilft. „Oft geht es dabei um lebenspraktische Dinge, wie zum Beispiel das

Kochen. Sehr häufig geht es aber auch um das soziale Miteinander, den Umgang mit anderen Menschen“, sagt Theo Brömmelhaus, Fachbereichsleiter Wohnen der Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg.

Freiheit und Privatheit – ohne Sicherheit aufzugeben

„Wohnen im Verbund“ heißt das Konzept des LWV, auf das die Lebenshilfe hier setzt. In Zusammenarbeit mit dem LWV Hessen als Kostenträger, den Nutzern, also Menschen mit einer geistigen Behinderung und ihren Eltern, sowie anderen Organisationen haben es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lebenshilfe für die regionale Umsetzung weiterentwickelt und Schritt für Schritt Wirklichkeit

werden lassen. Ob in Frankenberg oder Korbach, Bad Wildungen oder Twistetal – an all diesen Standorten bietet die Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg unterschiedliche Wohnformen inmitten der Gemeinden für die insgesamt 228 geistig behinderten Menschen an: In den Wohnheimen und Außenwohngruppen leben 131 Menschen, das Stationär Begleitete Wohnen bietet 17 Bewohnern ein Zuhause und im Betreuten Wohnen leben 80 Bewohner in kleineren Wohngemeinschaften oder auch einzeln. „Nur so können wir den unterschiedlichen Anforderungen und Wünschen der Bewohner gerecht werden“, unterstreicht Brömmelhaus. Frank P. hat nach der Arbeit Lust auf einen Kaffee. Vom Wohnheim in der Bunsenstr. 1 in Korbach geht er schräg gegenüber in die Spielothek. Auch wenn der 53-Jährige nur sehr undeutlich spricht, wissen die Angestellten dort, was der Gast möchte: eine Tasse Kaffee und einen Keks. Danach geht er wieder nach Hause, sein Betreuer begleicht ein paar Tage später die Rechnung. „Für ihn, der lange Zeit in einer Psychiatrie faktisch eingeschlossen war und vor etwa 15 Jahren zu uns gekommen ist, ist das vermutlich das höchste Maß an persönlicher Freiheit, das er erreichen kann“, erläutert Brömmelhaus. Doch diese kleine Normalität ist für Frank P. eine enorme Steigerung seiner Lebensqualität, ein Stück persönliche Freiheit.

Persönliche Freiheit und Normalität – das sind die beiden wichtigsten Begriffe für die Verantwortlichen der Lebenshilfe hier. Denn mit den Jahren sind nicht nur die Bewohner der Einrichtung älter geworden, sondern auch ihre Bedürfnisse gewachsen. „Wir möchten sie nicht unterbringen, wir möchten ihnen ein Zuhause bieten“, sagt der Fachbereichsleiter Wohnen.

Ein Zuhause entsteht da, wo sich der Einzelne wohl fühlt. Doch wer sich im Wohnheim eingengt und überver-

sorgt vorkommt, der kommt oft noch nicht in einer Gruppe im Betreuten Wohnen zurecht. „Die Anforderungen, die im Betreuten Wohnen gestellt werden, sind sehr hoch“, begründet Brömmelhaus. Und er fügt als Beispiel an: „Welcher Student kann kochen, wenn er in seine eigene Bude zieht? Oder welcher junge Erwachsene hat schon selbst eine Waschmaschine bedient, wenn er bei den Eltern auszieht?“ Das aber sind Dinge, die geistig behinderte Menschen im Betreuten Wohnen meistern müssen.

Nähe zu den Betreuern

„Deshalb ist der Schritt vom Wohnheim hin zum Betreuten Wohnen für viele der Betroffenen zu groß, den können sie nicht auf ein Mal schaffen“, unterstreicht Brömmelhaus. Darum wurde in Frankenberg eine Art Zwischenschritt etabliert: das Stationär Begleitete Wohnen. Eine solche Einrichtung hat die Lebenshilfe unter anderem in der Ritterstraße 9 in Frankenberg eingerichtet. In drei Wohnungen leben hier fünf Menschen. Im Erdgeschoss wohnt ein Paar, in der

Wohnen im Verbund

- Das Konzept „Wohnen im Verbund“ beschloss die Versammlung des LWV im Juli dieses Jahres, um stationäre und ambulante Betreuungsangebote stärker zu vernetzen und durchlässiger zu machen. Das Konzept soll außerdem bedarfsgerechter, auf den individuellen Hilfebedarf zugeschnittene Leistungen beim Wohnen von Menschen mit Behinderungen ermöglichen.
- „Wohnen im Verbund“ verfolgt das Ziel, behinderten Menschen bei der Eingliederung in die Gesellschaft größtmögliche Selbstbestimmung und Selbstständigkeit zu gewährleisten.
- Der Träger des Wohnverbundes muss sicherstellen, dass Betreuung und Wohnbedingungen an die jeweiligen individuellen Erfordernisse unter Erhalt des Lebensmittelpunktes angepasst werden.
- „Wohnen im Verbund“ soll dazu beitragen, den Anteil des Betreuten Wohnens und anderer ambulanter Leistungsangebote in den kommenden Jahren deutlich zu steigern. Das Konzept soll die Leistungserbringer in ihrer Entscheidungsfähigkeit stärken, den Verwaltungsaufwand minimieren und zur Kostendämpfung beitragen. (jda)

zweiten Etage haben sich zwei junge Frauen zu einer Wohngemeinschaft zusammengetan und unter dem Dach lebt ein einzelner junger Mann. Zudem sind im Haus ein Besprechungsraum und die Büros der Betreuer untergebracht. Sie leisten Hilfe zur Selbsthilfe. Und sie unterstützen die fünf Bewohner dabei, Schritt für Schritt all die Fähigkeiten zu lernen, die sie für ein selbstbestimmtes Leben benötigen. Nachmittags und

an den Wochenenden ist fast immer jemand da, der offen ist für die Probleme der Bewohner und ihnen bei der Suche nach Lösungen hilft, der aber auch darauf achtet, dass es mit den Mahlzeiten klappt und der körperlichen Hygiene. So lernen die geistig behinderten Menschen in einem betreuten Umfeld Schritt für Schritt, wie sie die Anforderungen des Alltags meistern können. „Bei optimalem Verlauf wechseln die Bewohner irgendwann vom Wohnheim in eine Einrichtung des Stationär Begleiteten Wohnens, wagen dann den Schritt zum Betreuten Wohnen, um möglicherweise irgendwann ganz ohne Betreuung zurecht zu kommen“, schildert Brömmelhaus. So hat der 34-jährige Martin H. nach etwa einem Jahr im Wohnheim in Frankenberg in das Stationär Begleitete Wohnen wechseln können. „Jetzt, nach weiteren 18 Monaten, sehen wir für ihn die Perspektive, dass er vielleicht schon im kommenden Jahr ins Betreute Wohnen wechseln kann“, erzählt Brömmelhaus. In Korbach gibt es gar eine komplette Wohngemeinschaft, die seit etwas mehr als zwei Jahren stationär begleitet wird. „Im kommenden Jahr wird diese Gemeinschaft fast komplett ins Betreute Wohnen wechseln. Denn in dieser Gruppe fühlen sie sich sicher“, schildert Brömmelhaus. Ein, zwei, manchmal auch drei Jahre dauert dieser Lernprozess in den meisten Fällen. Doch nicht alle Betroffenen können diesen Weg so gehen. „Es wird immer Menschen geben, die in einer Wohnform bleiben und den nächsten



Das Haus „Hinter dem Kloster“ in Korbach bietet Platz für vier Personen, die dort im Stationär Begleiteten Wohnen leben.
Foto: Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg



Den Alltag meistern: Helmut Rennert (l.) und Britta Mehler in der Küche. Die beiden leben zur Zeit im Wohnheim der Lebenshilfe in Korbach.

Foto: Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg

Schritt nicht schaffen“, räumt Brömmelhaus ein. Auch ihnen bietet das breite Spektrum des Wohnverbundes einen großen Vorteil, denn auch sie können entsprechend ihren Vorstellungen und Fähigkeiten ein hohes Maß an Eigenständigkeit und Normalität erreichen. „Und damit verbunden ist immer auch ein Stück mehr Privatheit“, unterstreicht Brömmelhaus. Das wiederum trägt dazu bei, dass sich die Menschen wohl fühlen. Wichtig für den Erfolg dieses Wohnkonzepts ist, dass der Betroffene sich bewusst für eine Wohnform entscheidet. „Er muss sich die nächste Stufe zutrauen, dann meistert er sie in aller Regel auch.“ Diese Beobachtung machen die Betreuer immer wieder. Denn natürlich gibt es Fälle, in denen sie ein bisschen Bauchschmerzen haben bei dem Gedanken, jemanden ins Betreute Wohnen wechseln zu lassen. „Wenn sich aber der Bewohner dieses Ziel selbst gesetzt hat, dann lernt er im Stationär Begleiteten Wohnen meist ganz schnell die Dinge, die für den weiteren Schritt

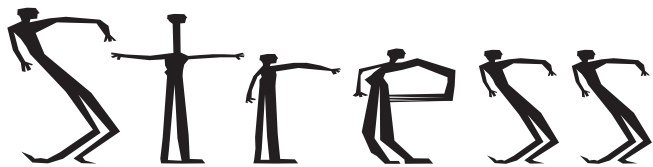
noch fehlen“, haben Brömmelhaus und seine Mitarbeiter immer wieder beobachtet. Bislang habe noch keiner den Schritt vom Stationär Begleiteten Wohnen wieder zurück ins Wohnheim machen müssen.

In die Gesellschaft integriert

Dennoch brauchen diese Menschen mit geistiger Behinderung immer ein gewisses Maß an Unterstützung. So bilden ein sicheres Zuhause und ein Arbeitsplatz in einer der Werkstätten den wichtigen Rahmen. Hinzu kommen weitere Angebote, die den Tagesablauf strukturieren, beispielsweise gemeinsames Singen oder Malen, aber auch Sport. „Auch hier ermutigen wir unsere Bewohner, nach draußen zu gehen“, so Brömmelhaus. Das Konzept geht auf: Einige sind im Tischtennisverein aktiv, andere nutzen das Veranstaltungsangebot kultureller Vereine. „Und wenn es darum geht, Straßenfeste zu feiern, werden wir immer gefragt, ob wir uns beteiligen“, schildert Brömmelhaus.

Wer außerhalb des Wohnheims lebt, der ist auch integriert in die Gesellschaft. „Denn die Bewohner erledigen einen Teil der Einkäufe selbst, werden unterstützt bei Behördengängen, engagieren sich in Vereinen“, schildert Brömmelhaus. Für Karin S. aus der Neuen Gasse 1 ist es selbstverständlich, dass sie sich einen Arzt ihres Vertrauens wählt und zu ihm in die Sprechstunde geht. Auch die kleinen Besorgungen, die sie für sich und ihre Mitbewohnerin erledigt, oder das gemeinsame Kochen und Essen tragen dazu bei, dass sie trotz ihrer Behinderung Alltag erfahren kann. Wohnen im Verbund bietet für den Träger ebenso Vorteile wie für die Betroffenen. Denn die Betreuung funktioniert nach dem Prinzip von Maria Montessori: Den Menschen wird geholfen, es selbst zu tun, die Hilfen beschränken sich auf das notwendige Maß. Das stärkt das Selbstvertrauen der behinderten Menschen und vermittelt ihnen das Gefühl, geschätzt zu werden. Es hilft ihnen, dazu zu lernen und sich weiter zu entwickeln. Es eröffnet ihnen die Möglichkeit, sich ihre Freunde und Bekannten selbst zu suchen, sich nach ihren Fähigkeiten in der Öffentlichkeit zu bewegen, sich aber auch zurückzuziehen, wenn sie das Bedürfnis nach mehr Privatsphäre haben. Auch wenn es darum geht, wer mit ihnen die Wohnung teilt, haben sie ein Mitspracherecht. „Wir als Träger können den Bewohnern die Wohnform anbieten, die sie sich für ihr Leben wünschen“, betont Brömmelhaus. Denn die behinderten Menschen bleiben auch dann in ihrem gewohnten sozialen Umfeld, wenn sie sich für eine andere Wohnform entscheiden. „Und bei eventuellen Krisen können wir flexibel reagieren, jemanden doch wieder stärker in unsere Obhut zu nehmen“, unterstreicht Brömmelhaus. All das ist möglich, ohne erneute Verhandlungen mit dem Kostenträger und langwierige bürokratische Vorgänge. Und all das spart sogar Kosten. Das Fazit des Fachbereichsleiters für das Wohnen im Verbund in der Lebenshilfe Waldeck-Frankenberg ist eindeutig: „Die geistig behinderten Menschen selbst, deren Betreuer und wir als Träger sind damit rundum zufriedener. Bisher sehen wir nur Vorteile.“

Stella Dammbach



– der alltägliche Begleiter!

Freitag Morgen, gerade an der Arbeit angekommen und Sie merken gleich: Irgend etwas ist anders! Da kommt auch gleich Ihr Chef auf Sie zugestürmt. Und da wissen Sie es: Er geht in Urlaub und will vorher auf seinem Schreibtisch Ordnung machen! Wie die Lemminge ins Wasser, stürzen Akten auf Ihren Schreibtisch, Ihr Chef gleicht einem Wirbelwind! „Das könnte wohl ein stressiger Tag werden“ denken Sie sich. Aber was ist „Stress“ überhaupt, und was kann man dagegen tun? Im Mai sagte die sancura BKK dem Übeltäter Stress in einer Aktionswoche den Kampf an.



Kristin Bücking, Inspektorin:
„Wenn ich im Stress bin, merkt man das bei mir meistens daran, dass ich nervös und leichter reizbar bin. Dann strecke ich mich eine Runde oder rede mit Freunden. Belastungen wie Zeitdruck, Lernstress sowie die Angst, nicht übernommen zu werden, erzeugen bei mir eine innere Unruhe. Mein großes Hobby und zugleich eine Möglichkeit, mich davon vollkommen abzulenken, ist das Malen. Dabei vergesse ich alles um mich herum und kann wieder neue Energie tanken!“

Ein Zusammenspiel aus Belastungen

Erst einmal: Stress ist die Fähigkeit eines Organismus, sich an körperliche und seelische Belastungen anzupassen. Das kann positiv oder negativ sein. Die Auslöser, die Stress hervorrufen, werden als „Stressoren“ bezeichnet. Die Reaktion auf Stress ist immer ähnlich: Der Körper bereitet sich z. B. durch die Produktion von Adrenalin, beschleunigte Atmung und erhöhtem Ausstoß von Energiereserven auf bevorstehende Belastungen



Martin Neßhold, Fachbereich Einrichtungen:

„Stress tritt bei mir vor allem dann auf, wenn viele unvorhergesehene Dinge auf einmal eintreten. Am besten hilft es mir, in solchen Situationen gezielt vorzugehen, Prioritäten zu setzen und nichts vor mir herzuschieben. Mein Tipp als Ausgleich in der Freizeit: Musik hören - das erzeugt bei mir sofort gute Laune und bedeutet Entspannung pur!“

oder Herausforderungen vor. Hinterher sind die Symptome verschwunden – der Organismus erholt sich wieder. Halten die unterschiedlichen Stressoren stetig an oder treten neue hinzu, kann der Körper nicht mehr genügend Energie aufbringen, um sich anzupassen. Ab diesem Zeitpunkt spricht man von negativem Stress („Distress“). Im Laufe der Zeit kann das zu körperlichen Beschwerden wie Herzproblemen, Migräne oder Bluthochdruck führen. Aber auch die Psyche wird von anhaltendem Stress in Mitleidenschaft gezogen – das Ergebnis: Frustration und sogar Depressionen. Ereignisse wie ein schöner Urlaub oder ein Geschenk sind Stressoren, die positiven Stress („Eustress“) auslösen. Die Freude daran bewirkt, dass bereits erschöpfte Energiequellen wieder „aufgetankt“ werden – der Körper kann nun neue Kräfte sammeln. Diese Art von Stress ist deshalb so wichtig, weil er von anderen Belastungen ablenkt und dem negativen Stress entgegenwirkt.

Der richtige Umgang mit Stress

Immer mehr Menschen leiden an den Folgen von Stress, vielfach durch Druck und wachsende Anforderungen

am Arbeitsplatz. Mit dem Stress besser umgehen zu lernen – dazu können Entspannungstechniken beitragen, die LWV-Mitarbeiter/innen in Schnupperkursen während einer Aktionswoche „Aktiv gegen Stress“ der sancura BKK im Mai ausprobieren konnten. Ob autogenes Training, progressive Muskelentspannung oder Yoga – all diese Techniken können helfen, Stress abzubauen und die persönlichen Stressoren klein zu halten. Gesunde Ernährung, Ausdauersport, ausreichend Schlaf sowie Abwechslung in der Freizeit minimieren den Belastungsgrad ebenfalls erheblich.



Monika Brauns, Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit:

„Tief durchatmen und konzentrieren – dazu zwingt mich, wenn ich gestresst bin und mal eine Auszeit brauche. Danach kann ich am ehesten Schritt für Schritt meine Arbeit erledigen. Um Stress entgegenzuwirken mache ich zur Zeit Pilates und Nordic Walking, denn die Kombination aus Sport, Konzentrations- und Entspannungsübungen hat sich für mich als am wirkungsvollsten herausgestellt.“

Fotos: Svenja Emde

Und wer hätte das gedacht: Auch der Konsum einer ausreichenden Menge Flüssigkeit wirkt stressdämpfend. Daher gehört die tägliche Wasserflasche durchaus auf den Schreibtisch! Svenja Emde/(jda)



Nähere Informationen zum Thema erhalten Sie bei der Gesundheitsberatung Ihrer Krankenkasse. Auch im Fortbildungsprogramm des LWV finden Sie Seminarangebote zum Stressabbau.

Schulphobie

viel mehr als nur „Schule sc

In der Serie „Was ist das?“ erklärt LWV-Info leicht verständlich wichtige psychiatrische Krankheitsbilder und Themen aus einem psychiatrischen Kontext. Zuletzt erschien im Heft Nr. 2/2005 ein Artikel zum Thema „Neuroleptika“.

„Bei schulphobischen Kindern müssen wir die Nabelschnur oft ein zweites Mal durchtrennen“, sagt Dr. Dieter Becker-Heinen. Er leitet die Ambulanz der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters in Kassel. Schulphobische Kinder wollen, können aber nicht zur Schule gehen. Doch Schulverweigerung kann verschiedene Ursachen haben, kann nicht immer als psychische Krankheit behandelt werden: Oft haben Kinder und Jugendliche, die den Schulbesuch verweigern, einfach keine Lust auf Schule, spielen lieber mit dem „game-boy“ im Kaufhaus und geben damit einer lustbetonten Tätigkeit den Vorzug vor der Schule, meist in Unwissenheit der Eltern. Dann gibt es noch die Schulangst, die den Schulgang erschwert. Diese hat meist einen konkreten Grund: Überforderung, Mobbing, Probleme mit einem bestimmten Lehrer und Vieles mehr. Häufig kann die Schulangst durch einen Wechsel der Schule behoben werden. Problematisch wird sie dann, wenn die betroffenen Kinder durch ihr Verhalten von der „Norm“ abweichen, so dass sich ihre Umgebung grundsätzlich an ihnen stört und auch ein Wechsel der Schule keine Besserung bringt.



Der Krankheit entgegneten: Junge Patienten der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Kassel bei der Hausaufgabenbetreuung.

Foto: Dr. Constantin Gora

Schulphobie ist Trennungsangst

Schulphobie ist die dritte Möglichkeit und ihre Ursachen liegen tiefer: Trennungsangst. „Diese Kinder haben grundsätzlich Probleme, das Elternhaus zu verlassen, sei es, um in die Schule zu gehen, sei es, um bei Freunden zu übernachten. Manche Kinder sind sogar nur noch zu Hause“, erklärt Dr. Christian Wolf, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Lahnhöhe. Der Name Schulphobie ist deshalb irreführend, weil die Kinder keine Angst vorm Lernen haben, im Gegenteil: Meist sind die Kinder durchschnittlich bis überdurchschnittlich intelligent und haben eine

hohe Lernmotivation. Die Bezeichnung Trennungsangst wäre deshalb passender. „Doch nicht nur die Kinder können sich nicht von den Eltern trennen, häufig gilt das auch umgekehrt“, sagt der Marburger Kinderpsychiater. Deshalb muss man die Eltern in die Therapie mit einbeziehen, nicht nur mit intensiver Beratung, sondern oft auch durch Familientherapie.

Doch ist es häufig nicht leicht, eine solche Phobie zu diagnostizieren: Oft werden zunächst lediglich somatische Symptome wie Bauch- und Kopfschmerzen oder sogar Fieber festgestellt. Dies alles verschwindet plötzlich, wenn den Kindern der Gang zur Schule erspart wird. Gerade diese körperlichen Symptome

— hwänzen“

sind es auch, die eine korrekte und frühzeitige Diagnose erschweren. Meist vermuten die behandelnden Ärzte zunächst eine „normale“ Erkrankung und schicken die Kinder erst sehr spät zum Psychiater. Dabei ist eine frühzeitige Behandlung wichtig für eine erfolgreiche Therapie.

Ist nach einer oft langen Odyssee bei verschiedenen Fachärzten die Diagnose Schulphobie endlich gestellt, kann die Therapie beginnen. Voraussetzung dafür ist jedoch die Kooperation der Eltern mit dem Therapeuten. Diese ist nicht selbstverständlich, denn häufig fehlt die Akzeptanz, dass eine psychische Erkrankung vorliegt und es kommt deshalb immer wieder zu Therapieabbrüchen. Die Behandlung selbst beruht auf klassischer Konfrontationstherapie, d. h. die Kinder werden genau mit ihrer Trennungsangst konfrontiert. Sind sie von ihren Eltern getrennt, stellen sie fest, dass eigentlich gar nichts passiert und die Angst nachlässt, wenn sie am größten ist. Diese altbewährte Konfrontationstherapie wird durch Psychotherapie und eventuell durch Antidepressiva unterstützt und kann je nach Schwere der Erkrankung ambulant, teilstationär oder vollstationär erfolgen.

Bei einer ambulanten Therapie ist es wichtig, dass die Kinder weiter zur Schule gehen und nicht den ganzen Tag im Elternhaus verbleiben. Dies wäre ein Behandlungsfehler, denn jeder Tag, den die Kinder nicht zur Schule gehen, macht die Schulphobie nur noch größer. Die Kinder dazu zu bringen, das schützende Elternhaus zu verlassen, ist das Hauptproblem bei der Behandlung. Begegnen kann man diesem Problem, indem die Mutter das Kind zur Schule bringt und dort mit ihm verbleibt, um es dann schrittweise immer früher allein zu lassen. Auch ist es möglich, das Kind zum Beispiel bei den Großeltern

übernachten zu lassen, um es von dort den Schulgang antreten zu lassen.

Wenn die Angst unüberwindbar scheint

Sind die Kinder überhaupt nicht mehr dazu zu bewegen, zur Schule zu gehen, kann die Behandlung auch teilstationär, also in einer Tagesklinik, oder sogar vollstationär erfolgen. Hier ist eine vollstationäre Behandlung zunächst oft die bessere Alternative, denn bei einer teilstationären Behandlung haben die Kinder jeden Morgen erneut die Trennungsängste zu überwinden. Doch vor der Aufnahme auf die Station spielen sich häufig kleine und große Dramen ab. Häufig erscheint zum Aufnahmeterrain nur ein Elternteil, während der andere zu Hause bei dem kleinen Patienten ist und ihn tröstet. „Manchmal gibt es heftige Abwehrreaktionen der jungen Patienten“, erklärt Becker-Heinen. Ist die Aufnahme schließlich geschafft, müssen auch die Eltern stark bleiben und die Station verlassen. Jetzt wird eine zeitlich befristete Kontaktsperre zwischen Kind und Eltern verhängt und schrittweise durch kurze und gelegentliche Telefonkontakte unterbrochen. Damit die Kinder nicht den Anschluss an die Schule verlieren und um die Behandlung zu unterstützen, stehen für die

Behandlungsdauer Klinikschulen zur Verfügung, die mit den Heimatschulen kooperieren. Von der Klinikschule aus zur Heimatschule zu gehen, ist für die Kinder dann oft kein Problem mehr. Wenn sich aber dieser Schritt als (noch) zu groß erweist, könne von der Klinik aus zunächst eine öffentliche Schule als Zwischenstation besucht werden. Ist die stationäre Behandlung erfolgreich verlaufen, kann sich noch eine teilstationäre Phase anschließen, in der Eltern und Kind stufenweise wieder stärker belastet werden.

Die eigentliche Nagelprobe ist die Rückkehr in den Alltag, denn es besteht Rückfallgefahr. Besonders häufig sind Rückfälle bei einem Schulwechsel, aber auch nach den langen Ferien. Insgesamt ist die Prognose der Kinder jedoch günstig, vorausgesetzt die Erkrankung wurde rechtzeitig erkannt. Es gilt also hier wie für viele andere psychische Erkrankungen: Richtig behandelt ist die Schulphobie nur eine punktuelle Krise, die im späteren Leben keine Rolle mehr spielen muss. Ursache der Schulphobie ist oft ein überfürsorglicher Erziehungsstil, aber auch eine ängstlich, unsichere Familienstruktur kann der Ausgangspunkt sein. „Die Auslöser sind oft geringfügig, oft ist es einfach eine verhaute Mathe-Arbeit“, meint Becker-Heinen.



Ursachen von Schulängsten können vielfältig sein: Dr. Dieter Becker-Heinen, Leiter der Ambulanz in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Kassel. Foto: privat



Trennungssängste gibt es auf beiden Seiten:
Dr. Christian Wolf, Ärztlicher Direktor der Klinik
für Psychiatrie und Psychotherapie des Kin-
des- und Jugendalters Lahnhöhe, Marburg.

Foto: privat

Betroffen von der Schulphobie, die eine Form der Angsterkrankung im Kindesalter ist, sind etwa ein bis zwei Prozent der Schulkinder. Die Häufigkeitsgipfel liegen hier bei den Neun- bis Zehnjährigen und den 13- bis 15-Jährigen. „Immerhin ein Drittel der Patienten auf der Warteliste der Kinderpsychiatrie in Kassel sind Schulverweigerer“, so der Kasseler Oberarzt. Das ist auch gleichzeitig der Wermutstropfen in der Behandlung psychiatrischer Erkrankungen beim LWV: Noch immer gibt es in der Kinder- und Jugendpsychiatrie Wartelisten für stationäre und tagesklinische Behandlungen. (cgy)/(jda)

Nicht viel darüber nachdenken

Der folgende Brief einer kleinen Patientin richtet sich an ihre behandelnde Ärztin und ist als Aufmunterung für Kinder und Jugendliche gedacht, die ebenfalls unter einer Schulphobie leiden:

Hallo !!!

Ich bin Simone*, 12 Jahre alt und bin 1,64 m groß. Ich möchte Dir gerne erzählen, wie es mir während der Schulphobie gegangen ist und was ich dagegen mache und gemacht habe. Bei mir ist sie noch nicht ganz weg, es fehlt der sogenannte Feinschliff. Dann fange ich mal an, Dir alles zu erzählen:

Bei mir hat es so angefangen, dass ich am Dienstag in der 6. Stunde 20 Minuten früher nach Hause gegangen bin (natürlich hat der Lehrer mir das erlaubt). Auf diesem Schulweg musste ich weinen, warum weiß ich nicht. Als ich zu Hause ankam, fragten mich meine Eltern, was los ist und ich wusste es ja nicht. Mir war einfach nur schlecht. Dann meinte meine Mutter, dass es was mit der Pubertät zu tun hat oder ich hatte Streit in der Schule usw. Dann machten meine Mutter und ich etwas aus: Sie besorgt mir einen Arzttermin und ich versuche, in die Schule zu gehen. Ich dachte mir nämlich, ich habe die Schule mal so gemocht und das kann nicht sein, dass ich sie jetzt nicht mehr mag. Am Dienstag mach-

te meine Mutter einen Arzttermin für Freitag aus. Und ich bemühte mich, in die Schule zu gehen. Mittwoch kam ich zur 4. Stunde nach Hause, obwohl ich 6. Stunde hatte. Am Donnerstag war ich nur 3 Stunden da. Am Freitag bin ich zwar in die Schule, aber gleich wieder nach Hause. Am Freitag sind wir dann auch noch zu der Ärztin gefahren. Sie untersuchte mich und nahm mir Blut ab usw. Aber sie wusste nicht, was es war (weil sie ja auch meine Kinderärztin ist). Ich sollte erst mal eine Woche zu Hause bleiben. Nach der Woche ging es mir auch nicht besser. Also sollte ich noch eine Woche zu Hause bleiben. Dann fingen gleich die Ferien an. Also war ich zusammen 5 Wochen nicht in der Schule. In den 5 Wochen hatte ich nichts gegen die Angst getan, also wurde es nicht besser.

Dann fuhren wir in die Ambulanz der Kinderpsychiatrie nach Eltville. Die Ärztin dort lernte mich kennen und erklärte mir Einiges. Dann fanden wir gemeinsam eine Lösung: Meine Mutter ging eine Woche mit in die Schule und blieb den ganzen Schultag und ging dann wieder nach Hause mit mir. Und dann ist sie immer früher nach Hause gegangen. Ich gehe zwar jetzt alleine in die Schule, aber die Angst ist ab und zu da. Aber Du darfst nicht viel darüber nachdenken, sondern einfach in die Schule gehen. Du meinst bestimmt, dass die Kinderpsychiatrie Dir nichts Gutes möchte, aber das stimmt nicht. Sie hat mir und bestimmt auch Anderen geholfen, warum dann auch nicht Dir? Noch was, Du musst immer denken: Nach dem Regen kommt auch Sonnenschein!

Tschüss und viel Glück
Simone

*Name geändert

Zur Verfügung gestellt von Klinik Rheinhöhe, Eltville

Ängste und Depressionen

Rund 127 Millionen Bürgerinnen und Bürger in der EU-25* leiden an psychischen und neurologischen Erkrankungen



Quelle: European Brain Council

*sowie Island, Norwegen, Schweiz

Stand 2005

© Globus

Soziale Phobien, Angst- und Panikerkrankungen betreffen Millionen von Menschen in Europa

LEICHTE SPRACHE:

DAS EINFACHE, DAS (GAR NICHT) SO SCHWER ZU MACHEN IST!

Wer kennt sie nicht: Unverständliche Bedienungsanleitungen, Behördenformulare im Paragrafendeutsch oder Schlangensätze, wo man am Ende nicht mehr weiß, wie sie anfangen. Oft schon für „Normalverbraucher“ ein unüberwindbares Hindernis, weil sich der Inhalt auch nach mehrmaligem Lesen nicht erschließen lässt. Ein prominenter Zeuge darf hier bemüht werden: Selbst Altbundeskanzler Helmut Schmidt klagte einmal darüber, dass er seine Wasserrechnung nicht mehr verstehe. Wenn schon Durchschnittsbürger und sogar hohe Würdenträger bei manchem Text die Geduld verlieren, wie unüberwindbar mögen diese Hürden dann für Menschen mit geistigen Behinderungen, die sich selbst lieber als Menschen mit Lernschwierigkeiten bezeichnen, sein?

ENTTÄUSCHUNG UND MISSVERSTEHEN VERMEIDEN

Doch auch hier gibt es ein Gegenmittel: die leichte Sprache. Sie hilft besonders Menschen mit Lernschwierigkeiten, ist aber eigentlich auch für andere Personengruppen gedacht und hilft generell, schwierige Texte besser zu verstehen. Besonders wichtig ist leichte Sprache dort, wo die Interessen von Menschen mit Lernschwierigkeiten betroffen sind. Formulare, Infoblätter und Rundschreiben aller öffentlichen und privaten Stellen, die mit geistig behinderten Menschen in Kontakt stehen, sollten so abgefasst sein, dass auch diese Zielgruppe sie versteht. So können Enttäuschung, Frust und Missverstehen auf der einen Seite vermieden werden, und auch auf der anderen Seite muss weniger nachgefragt und nachgearbeitet werden. Die Regeln der leichten Sprache sind einfach zu erlernen. Mittlerweile steht auch ein „Wörterbuch“ mit „Übersetzungsratschlägen“ zur Verfügung. Schon nach einer kurzen Einarbeitungszeit und einer wachsenden Praxis gelingt es den meisten Autoren, die Texte lesefreundlicher zu gestalten, wobei auch hier der Weg das Ziel markiert: Es gibt keine absolute Unterscheidung zwischen einem „leichten“ und einem

„nicht-leichten“ Text, aber es gibt viele gelungene Beispiele, die als Vorlage dienen können.

Auf diesem Weg befindet sich auch der LWV bei Texten, die von Menschen mit geistigen Behinderungen gelesen und verstanden werden sollen.



BEISPIELE

Beispiel Internet: Die ersten Seiten von www.lwv-hessen.de, der LWV-Internet-Präsentation, orientieren sich an den Belangen von Menschen mit Lernschwierigkeiten. Zumindest versucht Dieter Mühlhausen, beim LWV für den Internetauftritt verantwortlich, sich der leichten Sprache anzunähern, wo immer dies möglich ist: „Ich bemühe mich, so verständlich wie möglich zu schreiben, Abkürzungen zu erläutern und Fremdwörter zu vermeiden. Grenzen werden zum Beispiel bei Gesetzestexten erreicht. Wer darauf zugreifen will, muss mehr in den Hintergrund der Webseite gehen – die Startseiten der Menüpunkte sollen einfach und verständlich bleiben,“ sagt der LWV-Internetverantwortliche.

Beispiel Gedenkstätte Hadamar: Kürzlich entstand ein 120 Seiten starker, in leichter Sprache geschriebener Katalog zur Dauerausstellung der Gedenkstätte Hadamar. Der Katalog ist ein Gemeinschaftswerk von Mitgliedern des Netzwerks „Mensch zuerst Deutschland e. V.“ (früher: People First), der die Interessen von Menschen mit Lernschwierigkeiten vertritt, und dem „Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar e. V.“. Der Katalog wird durch ein Faltblatt ergänzt, natürlich ebenfalls leicht verständlich.

Beispiel „Stationär Begleitetes Wohnen“: Auch die kürzlich vom LWV Hessen durchgeführte Nutzerbefragung zum „Stationär Begleiteten Wohnen“ wurde in leichter Sprache geschrieben.

Trotz erster Erfolge ist leichte Sprache in Formularen und Briefen für Menschen mit Lernschwierigkeiten noch nicht die Regel. Im Internet hat sich bei vielen Anbietern bereits eine barrierefreie Seitengestaltung durchgesetzt. Auch bei der Gestaltung von Texten sollten alle Beteiligten darauf achten, dass unnötige Barrieren beiseite geräumt werden. (cgy)/(jda)



Das Netzwerk „Mensch zuerst Deutschland e. V.“ berät gern in Sachen „leichte Sprache“. Der Verein bietet auch einen Übersetzungsservice gegen ein angemessenes Honorar an. Kontakt per EMail ist über info@people1.de möglich.

AUSGEWÄHLTE TIPPS ZUR LEICHTEN SPRACHE:

- Benutzen Sie kurze Sätze
- Schreiben Sie möglichst nur eine Information in jeden Satz
- Benutzen Sie so wenig Nebensätze wie möglich
- Benutzen Sie so wenig Fremdwörter wie möglich
- Benutzen Sie aktive Tunwörter (Verben)
- Benutzen Sie so wenig Abkürzungen wie möglich
- Schreiben Sie alle Zahlen in Ziffern und nicht in Worten
- Texte sollten möglichst getippt sein
- Benutzen Sie Bilder und grafische Symbole zum Verdeutlichen

Diese und viele andere Anregungen zur leichten Sprache finden Sie im „Wörterbuch für leichte Sprache“. Das Wörterbuch ist erhältlich beim Netzwerk „Mensch zuerst Deutschland e. V.“, Kölnische Str. 99, 34119 Kassel und kostet 16 €.

LWV zahlt keine Löhne und Gehälter mehr!

■ ■ ■ ■ ■ **den Ende Oktober erhielten die rund 10.000 Tarifbeschäftigten des Kommunalverbandes zum ersten Mal ein „Entgelt“. Eine von zahlreichen Änderungen des zum 1. Oktober 2005 in Kraft getretenen „Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD)“, der die bewährten, aber etwas in die Jahre gekommenen Tarifwerke BAT für die Angestellten und BMT-G für die Arbeiter ablöst.**

Wenig Zeit für betriebliche Umsetzung

Die Personalabteilungen stehen unter Volldampf: Erst am 13. September setzen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter ihre Unterschriften

Der neue TVöD

- ▶ Gegenüber dem bisherigen System gilt eine stark vereinfachte Entgelttabelle, die aus 15 Entgeltgruppen einschließlich einer Niedriglohngruppe 1 und sechs Grund- bzw. Entwicklungsstufen besteht. Altersabhängige Stufenanstiege und Bewährungsaufstiege gibt es nicht mehr. Ebenso fallen familienbezogene Bestandteile weg.
- ▶ Ein gesonderter Tarifvertrag regelt die Überleitung der bisherigen Löhne und Gehälter in die neue Entgelttabelle. Für alle Tarifbeschäftigten wurde ein Vergleichsentgelt ermittelt. Weicht dieses vom neuen tariflichen Entgelt ab, wird für einen Übergangszeitraum eine individuelle Zwischenstufe errechnet, die das bisher gezahlte Entgelt sichert.
- ▶ Vereinfachung und Neustrukturierung der Entwicklungsstufen führen dazu, dass die Entgelte in den frühen Berufsjahren schneller steigen und in den späten Berufsjahren weniger schnell bzw. gar nicht mehr. Dies soll den Wegfall familienbezogener Bestandteile ausgleichen.
- ▶ Abstriche müssen die Beschäftigten in unterschiedlicher Höhe bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld hinnehmen. Die künftige „Jahressonderzahlung“ fasst die beiden Gratifikationen zusammen und beläuft sich ab 2007 auf 90 % für die Entgeltgruppen 1 bis 8. Mitarbeiter der Entgeltgruppen 9 bis 12 erhalten 80, Mitarbeiter der Entgeltgruppen 13 bis 15 60 %. Die hier eingesparten Beträge sollen als leistungsbezogener Anteil verwandt werden.



Der neue TVöD gilt auch für die psychiatrische Krankenpflege.

Foto: Dieter Becker

unter das Vertragswerk eines neuen Tarifes für den öffentlichen Dienst. Noch in den letzten Verhandlungstagen ergeben sich Änderungen, bereits wenige Wochen später soll der Tarif in Kraft treten und für alle Dienststellen des Bundes und der Kommunen gelten. Für die betriebliche Umsetzung bleibt nicht viel Zeit, doch beim LWV läuft alles reibungslos: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden aktuell über die Veränderungen informiert, die Entgeltzahlungen am Monatsende erfolgen pünktlich. Durch eine Überleitungsberechnung wird jeder Mitarbeiter individuell über Höhe und Zusammensetzung seines neuen Entgeltes aufgeklärt. Die Berechnungen – für alle Beschäftigten muss ein „Vergleichsentgelt“ ermittelt werden – laufen DV-unterstützt durch neu entwickelte Zusatzmodule zu den Abrechnungsprogrammen, mitunter müssen fehlende Daten manuell ergänzt werden.

Auch wenn Manches mit heißer Nadel gestrickt wurde – der neue Tarif erfuhr aus fast allen Lagern Lob: Die Tarifparteien hätten eindrucksvoll ihre Reformbereitschaft bewiesen, mit dem TVöD werde das inzwischen undurchschaubare Tarifgestrüpp erfolgreich gelichtet. Der TVöD als Rahmentarif werde flexibler und käme stärker betrieblichen Erfordernissen entgegen. Auch, so betonten die Arbeitgeber, stelle er nun öffentliche mit privaten Arbeitgebern gleich und entfalte – wenn auch gemäßigt – kosten-

dämpfende Wirkung. Letzteres allerdings nicht genug, hieß es aus Sicht der Bundesländer, die vorerst beim alten BAT bleiben und weiterverhandeln wollen.

Leistung soll sich lohnen

War der BAT bei Festsetzung der Gehaltshöhe stark an Lebensalter und Familienstand ausgerichtet, wird im neuen TVöD gleich an mehreren Stellen auf den Maßstab Leistung gesetzt: So kann die Höhe des Entgeltes künftig über die Entwicklungsstufen gesteuert werden, ein Höherrücken erfolgt nicht mehr automatisch. Ab 2007 gelten zusätzlich leistungsbezogene Kriterien für einen Teil des Entgeltes: Dann steht zunächst 1 % der Entgeltsumme eines Unternehmens als leistungs- bzw. ertragsorientierter Anteil zur Verfügung, der in den Folgejahren bis auf 8 % wachsen soll. Das System der betrieblichen Leistungsbewertung muss in den kommenden Monaten zwischen Arbeitgeberseite und Mitarbeitervertretung ausgehandelt werden. Auch soll das bisherige System der Eingruppierungen vereinfacht werden. Dazu muss aber noch weiterverhandelt werden, ebenso wie bei der strittigen Frage der wöchentlichen Arbeitszeit: Der TVöD sieht hier eine landesbezirkliche Öffnungsklausel vor, die Arbeitnehmervertreter müssen sich auf Forderungen nach einer Arbeitszeitverlängerung einstellen. (jda)

„Beispielhaft“: Waldkrankenhaus Köppern mit Qualitätszertifikat ausgezeichnet

Das Waldkrankenhaus Köppern ist als zweite Fachklinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Hessen – nach der LWV-Klinik in Haina (s. LWV-Info 03/05) – mit dem Qualitätszertifikat der Gesellschaft „Kooperation für Transparenz und Qualität im Gesundheitswesen“ (KTQ) ausgezeichnet worden. „Mit dem Zertifikat wird bestätigt, dass das Waldkrankenhaus Köppern über ein hervorragendes Qualitätsmanagementsystem verfügt und in allen Belangen der Patientenversorgung beispielhaft ist“, betonte Dr. Hanns Dierk Scheinert, der Ehrenvorsitzende der KTQ, anlässlich der feierlichen Zertifikatübergabe im August im Klinikfestsaal.

Beitrag zur Zukunftssicherung

ZSP-Geschäftsführer Werner Bierschenk betrachtete die Übergabe des KTQ-Zertifikates als einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftssicherung des ZSP Hochtaunus und nannte die Auszeichnung einen „Erfolg, auf den alle Mitarbeiterinnen des Waldkrankenhauses Köppern zu Recht stolz sein können“. Lange vor Inkrafttreten entsprechender gesetzlicher Vorschriften im Jahr 2000 habe das ZSP Hochtaunus bereits 1998 die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems beschlossen. „Mit ihrem klaren Bekenntnis zum Qualitätsmanagement haben unsere Beschäftigten und die Krankenhausleitung nicht primär das Ziel einer Zertifizierung verfolgt. Vielmehr ging es uns darum, bestehende Probleme zu erkennen und im Sinne der Kundenorientierung zu beheben. Die jährliche Fortentwicklung wurde aufmerksam in Qualitätsberichten dokumentiert“, erläuterte Bierschenk. Der kontinuierliche Verbesserungsprozess im Interesse der Patienten sei mit der Übergabe des KTQ-Zertifikates jedoch keineswegs abgeschlossen.



Übergabe des KTQ-Zertifikats an das Waldkrankenhaus Köppern (v. r.): Qualitätsmanagementbeauftragter Karl Georg Jung-Seibel, Kaufmännischer Direktor Edwin Kaiser, KTQ-Ehrenvorsitzender Dr. Hanns Dierk Scheinert, Geschäftsführer Werner Bierschenk, Mitarbeiter im QM-Team Matthias Flora und Christine Sojka, Stellv. Ärztlicher Direktor Dr. Wolfgang Ganter und Krankenpflegedirektor Bernd Kuschel.

Foto: Dieter Becker

Großes Engagement der Mitarbeiter

Die Glückwünsche des LWV Hessen, als Träger der Einrichtung, überbrachte der Leiter des Fachbereichs Einrichtungen, Peter Lutze. „Hier in Köppern wird schon lange Wert auf Patienten- und Mitarbeiterorientierung sowie berufsübergreifendes Qualitätsmanagement gelegt“, lobte er. Auch hob er das große Engagement der Klinikmitarbeiter besonders hervor, die in vielen Arbeitsprojekten aktiv an dem Zertifizierungsprozess teilgenommen hätten. Abschließend wandte sich der Beauftragte für das Qua-

litätsmanagement im Waldkrankenhaus Köppern, Karl Georg Jung-Seibel, an die Klinikbeschäftigten. „Mit der Übergabe des KTQ-Zertifikats heute wird uns bescheinigt, dass wir in der Lage sind, unsere Bemühungen um eine angemessene und qualitativ hochwertige Behandlung psychisch kranker Menschen erfolgreich zu gestalten. Uns werden die Voraussetzungen für gute Qualität bescheinigt. Dazu möchte ich allen Mitarbeitern sehr herzlich gratulieren, besonders weil ich weiß, wie anstrengend ihre tägliche Arbeit sein kann“, bedankte er sich. Dieter Becker/(rvk)

Neue Wohngruppen im Bathildisheim



Mit vereinten Kräften (v. l.): Heinz Gerlach, Vorsitzender Aufsichtsrat Bathildisheim e. V.; Klaus Winger, Vorstand Bathildisheim e. V.; Architekt Gerhard Muntinga; Horst-Wilhelm Hensel, Vorstand Bathildisheim e. V.; Jutta Siebert, Regionalmanagerin im LWV-ZGM für Menschen mit geistiger Behinderung; Bärbel Seeger-Christiaans, Wohnheimleiterin Bathildisheim e. V.; Herbert Weygandt, Vorsitzender der Mitgliederversammlung des Bathildisheim e. V., und Florian Mendes, einer der künftigen Bewohner, beim ersten Spatenstich. Foto: Bathildisheim Bad Arolsen

Mit einem symbolischen Spatenstich hat das Rehaszentrum Bathildisheim e. V. im Oktober den Startschuss zum Baubeginn von zwei neuen Wohngruppen im Bad Arolser Stadtzentrum gegeben. Im Herbst 2006 können dann 24 Menschen mit Behinderung, die zurzeit noch in den Heilpädagogischen Wohnheimen im Ortsteil Neu Berich leben, die neuen Räume beziehen. Zusätzlich werden zwei Kurzzeitplätze eingerichtet. Der LWV fördert das Bauvorhaben, das insgesamt 1,83 Mio. € kosten wird, mit 750.000 €. Vom Land Hessen kommen 350.000 €. Darüber hinaus sind Zuschüsse von der Aktion Mensch und der Evangelischen Landeskirche beantragt. Auch setzt der Träger Eigenmittel ein.

„In früheren Zeiten waren Menschen mit Behinderung am Rande der Dörfer untergebracht. Längst hat es ein

Umdenken dahingehend gegeben, dass Menschen mit Behinderung ihr Leben so weit wie möglich selbstbestimmt inmitten der Gesellschaft leben“, betonte Vorstandsmitglied Horst-Wilhelm Hensel. Mit dem Bau der neuen Wohngruppen im Herzen Bad Arolsens könnten die Bewohner von der guten Infrastruktur und dem Freizeitangebot der Residenzstadt profitieren. „Eine gute Infrastruktur und gute Nachbarschaft sind für ein solches Projekt unabdingbar“, bekräftigte LWV-Regionalmanagerin Jutta Siebert. Florian Mendes, Bewohner der Heilpädagogischen Wohnheime, weiß bereits jetzt, dass er im nächsten Jahr in eine der neuen Wohngruppen einziehen wird. Er kann es gar nicht abwarten, seine „Zelte“ in Bad Arolsen aufzuschlagen. Bathildisheim/(jda)

Viele Kinder und Jugendliche waren Opfer

An die gezielte Ermordung mehr als 5.000 kranker und behinderter Kinder und Jugendlicher während der NS-Zeit erinnerte am 1. September eine Gedenkveranstaltung in der Hospitalkirche des ZSP Philipppshospital, Riedstadt. 66 Jahre zuvor war in Berlin der sog. „Euthanasie-Erlass“ durch das NS-Regime in Kraft gesetzt worden, durch den scheinbar wissenschaftlich begründete Anschauungen zu „Eugenik“ und „Rassenhygiene“ zur Staatsdoktrin avancierten. Der Erlass ebnete den Weg zur grausamen Vernichtungspolitik der Nazis, der bis 1945 insgesamt 300.000 kranke und sozial unangepasste Menschen zum Opfer fielen. Durch ihre Teilnahme unterstrichen 100 in der Hospitalkirche versammelte Patienten und Mitarbeiter des Philipppshospitals – auch viele Riedstädter Bürger waren dabei –, dass der Opfer und der Ereignisse immer wieder neu gedacht werden müsse. Heute bedeute dies eine „Aufforderung zur Zivilcourage“, zur respektvollen Begegnung zwischen behinderten und nicht-behinderten Menschen, betonte Dr. Thomas Doepfmer, stellvertretender Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Riedstadt. Dafür stehe das im Philipppshospital errichtete Mahnmal.

Details der schrecklichen Verbrechen, die nicht hätten stattfinden können, wenn die Nazis nicht viele willige Unterstützer auch in Krankenpflege und Verwaltungsdienststellen gefunden hätten, nannte Dr. Georg Lilienthal, Leiter der Gedenkstätte Hadamar, in seinem Vortrag: „Am 5. Juni 1941 verließ ein besonderer Transport Goddelau mit dem Ziel Eichberg. Er bestand aus 14 Kindern im Alter von zwei bis dreizehn Jahren. Nach 14 Monaten waren sie alle tot.“ Kinder und Jugendliche mit angeborenen Behinderungen und Missbildungen wurden seit 1939 nach den Vorgaben eines „Reichsausschusses“ von den Gesundheitsämtern erfasst



und sog. Kinderfachabteilungen zugewiesen, wo sie – häufig auf einem Umweg über Zwischenanstalten – gezielt getötet oder – in der zweiten Phase der Mordaktionen ab 1941 – durch Mangelernährung, überdosierte Medikamente oder vorenthaltene medizinische Versorgung starben. Den Vortrag Lilienthals illustrierten Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Gernsheim. Sie trugen Auszüge aus Pflegeberichten vor, um den Opfern Gesichter und Namen zu geben. (jda)

Schreckliche Ereignisse in Erinnerung rufen: Dr. Thomas Doepfmer eröffnet die Gedenkveranstaltung in der Hospitalkirche des ZSP Philippshospital. Foto: ZSP Philippshospital

„Euthanasie“-Verbrechen in Hadamar: Opfer identifiziert

„Weil die Opfer nie ein friedliches Grab fanden, auf dem ihr Name verzeichnet ist, soll ihr Name wenigstens in einem Gedenkbuch stehen.“ 2002 beschloss die LWV-Verbandsversammlung, zu den NS-„Euthanasie“-Verbrechen in Hadamar eine Opferliste und ein Gedenkbuch zu erstellen, um die vielen Opfer der Anonymität zu entreißen, in die sie von den Nationalsozialisten gestoßen wurden. Nachdem die Recherche nun weitgehend abgeschlossen ist, liegen seit Kurzem erstmals für eine „Euthanasie“-Gedenkstätte die Daten sämtlicher Opfer der nationalsozialistischen Mordaktionen vor. Die Gedenkstätte sei bei der Erfassung der Daten in zwei Schritten vorgegangen, erläutert deren Leiter Dr. Georg Lilienthal: Zunächst seien die Daten der Opfer aus der Gasmordphase in 1941 erhoben worden. Diese Dokumentation liege inzwischen vollständig vor. Danach erfassten die Gedenkstättenmitarbeiter die Namen der Opfer der zweiten Tötungsphase von 1942 bis 1945. Seit November sind auch hier alle Namen bekannt, allerdings bedürfe es noch abschließender Arbeiten. Für die Opferliste seien Patientenakten, standesamtliche Sterbebücher, Krankenbücher und andere Archivalien ausgewertet worden.

Die Liste bildet die Grundlage für ein

Gedenkbuch, das in öffentlich zugänglicher Weise alle Namen der Opfer dokumentieren soll. Im Januar

soll das Gedenkbuch in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt werden. (cgy)/(jda)

Phil Hubbe IV



Achim Pex ist neuer Krankenpflagedirektor an der KPP Gießen

Seit dem 1. September 2005 ist Achim Pex neuer Krankenpflagedirektor und Mitglied der Klinikleitung der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen.

Nach seiner Ausbildung zum Krankenpfleger am damaligen PKH Hadamar absolvierte er 1988 bis 1990 die Weiterbildung zum Fachkrankpfleger am Fortbildungszentrum des LWV, damals in Mammolshain. Daran schloss sich 1992 bis 1994 eine Weiterbildung zum Pflegedienstleiter beim Berufsbildungswerk des DGB in Frankfurt an. 1994 wechselte Achim Pex dann als pflegerischer Abteilungsleiter zum damaligen PKH Gießen, wo er bereits ein Jahr später die Funktion des stellvertretenden Krankenpflagedirektors übernahm. Von 2000 bis 2003 studierte er Krankenhausbetriebswirtschaft an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Eichstätt in Ingolstadt. Achim Pex ist 1961 in Hadamar

geboren, verheiratet und hat ein Kind. Die Veränderungen im Gesundheitswesen und in der Krankenhauslandschaft erfordern laut Pex neue Denkweisen und Handlungsstrategien.

An erster Stelle seiner Arbeitsschwerpunkte steht für ihn die Patientenzufriedenheit. Hierfür geeignete Maßnahmen zu entwickeln und die Pflege in der Klinik auch weiterhin so zu positionieren, dass Patienten und Angehörige in die Behandlung immer stärker mit einbezogen werden ist eines seiner Hauptziele. Bei der Personaleinsatzplanung will er einen Schwerpunkt bei der Entwicklung und Einführung neuer Instrumente legen. Einen weiteren Schwerpunkt sieht Pex in der institutionellen Zusammenarbeit in den Versorgungsregionen der Klinik.

Um all den künftigen Anforderungen gewachsen zu sein, bedürfe es einer effizienten Personalentwicklung. Kern sei hier die Durchführung systemati-

scher Mitarbeitergespräche. Ab Januar 2006 sollen nicht nur in der Krankenpflege sondern auch in der Verwaltung und im ärztlichen Dienst Mitarbeitergespräche geführt werden.

Andrea Weiland/(rvk)



Foto: KPP Gießen

Förderschulen statt Sonderschulen



Bieten Förderung und Unterstützung: Unterricht in einer Förderschule des LWV.

Foto: Hermann-Schafft-Schule

Das am 1. August in Kraft getretene neue Hessische Schulgesetz macht aus Sonderschulen Förderschulen. Mit der Umbenennung geht keine durchgreifende Änderung der Arbeit in den Schulen einher, dennoch soll die neue Bezeichnung unterstreichen, dass die Schulen für Kinder und Jugendliche, die einer sonderpädagogischen

Förderung bedürfen, keine vom übrigen Schulwesen isolierte Einrichtungen, sondern vielmehr integraler Bestandteil sind. So gibt es vielfältige Verschränkungen und Vernetzungen mit den allgemeinen Schulen, weiterhin beraten die Förderschulen die allgemeinen Schulen in sonderpädagogischen Fragen. Mit der Gesetzesnovelle sind auch aus den bisherigen Sonderschulen in Trägerschaft des LWV Förderschulen geworden.

Damit ist der LWV Träger von fünf Förderschulen mit überregionaler Bedeutung, in denen sinnesgeschädigte Kinder und Jugendliche unterrichtet und gefördert werden: Vier Förderschulen richten ihr Angebot an hörgeschädigte Kinder und Jugendliche. Die Johann-Peter-Schäfer-Schule in Friedberg unterrichtet blinde und sehbehinderte Kinder. In sämtlichen Schulen gibt es Zentren für die pädagogische Frühförderung,

in denen auch Eltern beraten und angeleitet werden. Im Schuljahr 2005/2006 besuchen 1.025 sinnesgeschädigte Kinder die LWV-Förderschulen, 709 Kinder werden zurzeit durch die Frühförderstellen des LWV betreut.

Ebenfalls sind aus den drei Schulen für Erziehungshilfe und Kranke, die an den jeweiligen Standorten der Sozialpädagogischen Zentren in Homberg und Idstein angesiedelt sind, Förderschulen geworden. Dort werden gegenwärtig insgesamt 407 Jungen und Mädchen aus den Sozialpädagogischen Zentren, der jeweiligen Region und den umliegenden Landkreisen unterrichtet.

Die Förderung selbst wird weiterhin als sonderpädagogische Förderung bezeichnet. Namensänderungen bei den Schulen selbst gibt es nicht, da sie den Begriff Sonderschule nicht im Titel führten. (jda)

Fußball-Team des SPZ Kalmenhof siegte



Zum Siegerfoto auf der Bühne des FestsaaIs versammelten sich die Mannschaftsführer und Organisatoren (hintere Reihe stehend, v. l.): Fatih Yildirim, Klinikum Weilmünster gGmbH; Frank-Michael Beer, Spielgemeinschaft Darmstadt/Wiesbaden; Jens Ringsdorf, ZSP Rehbergpark gGmbH; Michael Todisco, ZSP Phillipshospital; Pierre Giesselmann, ZSP Kurhessen; (mittlere Reihe sitzend, v. l.): Schiedsrichter Peter Gawinski, ZSP Mittlere Lahn/Gießen; Ulli Rompf, ZSP Hochtaunus gGmbH; Michael Maiwald, Spielgemeinschaft ZSP Mittlere Lahn/Gießen und KfP Haina/Ast.Gießen; Jens Metz, ZSP Am Mönchberg; Michael Butzbach, SPZ Kalmenhof; Marcel Jablonski, HV Kassel; (vordere Reihe sitzend, v. l.): Frank Theobald, ZSP Haina; Michael Grahmann, ZSP Rheinblick; Christian Schmeller, ZSP Mittlere Lahn/Gießen; Georg Burk, KfP Haina/Ast. Gießen.

Foto: ZSP Mittlere Lahn/Gießen

Nach längerer Pause liefen sie wieder mal auf und trugen gleich den Sieg davon: Die Fußballer des SPZ Kalmenhof aus Idstein gewannen das diesjährige LWV-Fußballturnier um den Pokal des Landesdirektors Mitte September im ZSP Mittlere Lahn in Gießen. Organisiert hatten diesen traditionellen fußballerischen Wettstreit die Spielgemeinschaft der Mannschaften des ZSP Mittlere Lahn/Gießen und der KfP Haina/Außenstelle Gießen.

13 Teams traten an

Angemeldet hatten sich in diesem Jahr 13 Teams aus den verschiedenen LWV-Einrichtungen in ganz Hessen. Um Allen eine Teilnahme zu ermöglichen, hatten die Organisatoren entschieden, erstmalig ein Kleinfeldturnier durchzuführen, was bei allen Beteiligten auf positive Resonanz stieß. Gespielt wurde mit einem Torwart und sechs Feldspielern.

Nachdem die Spielerinnen und Spieler durch den GPR-Vorsitzenden Manfred Huberti und den Ärztlichen Direktor der KPP Gießen im ZSP Mittlere Lahn Prof. Dr. Helmut Woelk begrüßt und entsprechend eingestimmt waren, konnte das Turnier bei herrlichem Wetter beginnen.

In fairen und spannenden Spielen qualifizierten sich in der Gruppe A die Mannschaften vom SPZ Kalmenhof, Idstein und der Hauptverwaltung Kassel und in der Gruppe B das Team des ZSP Haina und die Spielgemeinschaft der Regionalverwaltungen Darmstadt und Wiesbaden für das Halbfinale. Im ersten Halbfinale gewann die Hauptverwaltung Kassel gegen ZSP Haina mit 2 : 1, im 2. Halbfinale behielt das SPZ Kalmenhof gegen Darmstadt/Wiesbaden mit 1 : 0 nach Verlängerung die Oberhand. Das kleine Finale um den 3. Platz wurde direkt per Achtmeterschießen ausgetragen, es gewann

Darmstadt/Wiesbaden mit 5 : 4.

In dem hochklassigen Finale hatte am Ende das SPZ Kalmenhof das Glück auf seiner Seite. Erst nach Achtmeterschießen gewann das Team aus Idstein gegen die HV Kassel mit 4 : 3.

Siegerehrung und Abendessen

Im Anschluss an den sportlichen Wettkampf trafen sich die Teilnehmer im Festsaal des ZSP Mittlere Lahn in Gießen zur Siegerehrung und anschließendem Abendessen.

Hans-Günther Tiggemann, Persönlicher Referent der Ersten Beigeordneten Evelin Schönhut-Keil, überreichte den Pokal des Landesdirektors und gratulierte im Namen der Verbandsspitze. Unter großem Beifall der Anwesenden überreichten Hans-Günther Tiggemann und Christian Schmeller, Personalratsvorsitzender im ZSP Mittlere Lahn/Gießen, die Urkunden und den Fairnesspokal an das Team des ZSP Am Mönchberg aus Hadamar. Tiggemann dankte der Spielgemeinschaft des ZSP Mittlere Lahn, Gießen und der KfP Haina/Außenstelle Gießen für die hervorragende Organisation der Veranstaltung. Christian Schmeller und Georg Burk, Trainer der Spielgemeinschaft Gießen und Mitorganisator des Turniers, gaben den Dank weiter an die Kolleginnen und Kollegen aus den Servicebereichen des Krankenhauses, die mit ihrer tatkräftigen Unterstützung maßgeblich zum Gelingen dieses Tages beigetragen haben. Christian Schmeller/(rvk)

Ergebnis

1. SPZ Kalmenhof, Idstein
2. Hauptverwaltung Kassel
3. Spielgemeinschaft der Regionalverwaltungen Darmstadt/Wiesbaden
4. ZSP Haina (Kloster)
5. ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn
6. Klinikum Weilmünster gGmbH
7. ZSP Kurhessen, Bad Emstal
8. Orthopädische Klinik Kassel gGmbH
9. ZSP Phillipshospital, Riedstadt
10. ZSP Rheinblick, Eltville
11. Spielgemeinschaft ZSP Mittlere Lahn/Gießen und KfP Haina/Außenstelle Gießen
12. ZSP Am Mönchberg, Hadamar
13. ZSP Hochtaunus gGmbH, Friedrichsdorf

Mehr Wissenstransfer, mehr Praxisnähe: Erste Absolventen mit Diplom-Arbeit

Ein wenig interessanter, wahrscheinlich auch ein wenig anstrengender als in den Jahren zuvor müsse die Prüfungsphase wohl ausgefallen sein, vermutete LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann bei der Diplomierungsfeier von Absolventinnen und Absolventen der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden, Abteilung Kassel, die Ende September im Ständehaus stattfand. Zum ersten Mal hatten die Nachwuchskräfte in ganz Hessen nicht nur Klausuren und mündliche Prüfungen zu durchleiden, sondern auch die Aufgabe, eine Diplomarbeit zu verfassen, um ihr in einer dreijährigen Ausbildung erworbenes Fach- und Methodenwissen anzuwenden. Für die jungen Damen und Herren, die künftig für den LWV tätig sein werden, konnte der LWV-Chef ein positives Fazit ziehen: In den Diplomarbeiten seien erfolgreich Lösungsideen zu aktuellen, praxisrelevanten Problemstellungen entwickelt worden, auch könnten die Dienststellen des LWV von den unverbrauchten, innovativen Ideen profitieren. So entstanden, jeweils angebunden an Betreuer in Kassel, Darmstadt und Wiesbaden insgesamt 13 Beiträge aus einem aktuellen Themenspektrum, das von der Weiterentwicklung der Telearbeit bis zum Kriterienkatalog für den Wechsel vom Wohnheim in das Betreute Wohnen reichte. Tanja Meyer-Hermann hat in ihrer Diplomarbeit die Zufriedenheit mittelständischer Arbeitgeber mit den Dienstleistungen des LWV-Integrationsamtes untersucht. LWV-Info hat sie befragt. (jda)



Tanja Meyer-Hermann, frisch gebackene Diplom-Verwaltungswirtin. Foto: Monika Brauns

„Kundenzufriedenheit verbessern“

Nun liegt die Prüfungsphase schon ein paar Wochen hinter Ihnen – war sie sehr stressig?

Ja, das kann man wirklich sagen. Vor allem wegen des fließenden Übergangs von der VFH zur Tätigkeit beim LWV. Ein paar Tage Urlaub wären sicher für alle Diplomanden hilfreich gewesen, um sich voller Elan den neuen Aufgaben zu widmen.

Wie haben Sie sich Ihrem Thema, der Zufriedenheit mittelständischer Arbeitgeber mit den Dienstleistungen des LWV-Integrationsamtes, genähert?

Da ich persönliche Befragungen

durchgeführt habe, war es notwendig, einen Fragebogen zu erarbeiten. Dieser sollte verschiedene Segmente abdecken und dazu habe ich Hypothesen aufgestellt, die entweder bekräftigt oder entkräftet werden sollten.

Und zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen?

Meine repräsentative Befragung unter mittelständischen Unternehmen hat ergeben, dass das Integrationsamt bereits sehr kundenorientiert handelt. Die Unternehmen sind mit den gewährten Leistungen zufrieden. Es ist aber zu unterscheiden zwischen der Leistungsgewährung im Ganzen und dem Weg zur Leistungserfüllung. Bei der Leistungserfüllung gibt es noch ein wenig Verbesserungsbedarf, zum Beispiel bei der Erreichbarkeit der Sachbearbeiter/innen und beim Download von Formularen.

Haben Sie den Eindruck, dass die Ergebnisse Ihrer Arbeit auch zu Veränderungen im Integrationsamt geführt haben oder führen werden?

Es besteht ein reges Interesse im Zielgruppenmanagement, die Kundenzufriedenheit zu verbessern. Ich hoffe, dass ich mit meinen Fakten und Gedanken zu einer höchstmöglichen Kundenzufriedenheit beitragen kann.

Eine Frage zum Schluss: Wo sind Sie jetzt, nach Abschluss Ihrer Ausbildung, tätig?

Zurzeit bin ich für drei Monate im Zielgruppenmanagement für Menschen mit seelischen Behinderungen in der Sonderaktion „Wohngeld“ tätig. Ab 2006 werde ich in das Integrationsamt in den Bereich „Kündigungsschutz und begleitende Hilfen“ wechseln. Meine bisherigen Erfahrungen, die ich dort schon sammeln konnte, werde ich sicher gut anwenden und mein bisheriges Wissen vertiefen können.

Wegweiser und Ratgeber



Geben Orientierung: Neu aufgelegte Ratgeber für Menschen mit Behinderungen.

Foto: Jörg Daniel

Menschen mit Behinderungen, ihre Angehörigen, in vielen Fällen aber auch Fachleute, die beruflich mit der Eingliederung behinderter Menschen zu tun haben, sind dankbar für Handreichungen, die ihnen einen Weg durch das tägliche Dickicht der Kompetenzen, Zuständigkeiten, Verfahrensregeln und Leistungskataloge bahnen. Hilfe zur Selbsthilfe im besten Sinne sind zwei vor Kurzem neu aufgelegte Broschüren oder besser: Handbücher, die genau diese Aufgabe haben: Sie sollen Wegweiser und Ratgeber für Menschen mit Behinderungen sein, sollen sie über Rechte und Leistungen, über Einrichtungen und Dienste informieren. Der Ratgeber des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung bringt die wichtigsten gesetzlichen Regelungen – unter ihnen zahlreiche neue Vorgaben – im Wortlaut und gibt somit Gelegenheit zum Nachlesen und Nachvollziehen. Am Anfang des 420 Seiten starken Handbuches geben die Autoren einen Überblick über die verschiedenen Felder der Rehabilitation. Auf das hessische Hilfeangebot ausgerichtet ist der ebenfalls neu aufgelegte, seitenstarke Wegweiser des Hessischen Sozialmi-

nisteriums. Er verzichtet auf die textliche Darstellung der Rechtsgrundlagen und nennt stattdessen jede Menge Namen und Adressen, gibt somit behinderten Menschen und ihren Angehörigen wertvolle Hinweise bei der Suche nach dem geeigneten Ansprechpartner. Nicht immer ist es leicht, aus der Vielzahl der ambulanten und stationären Dienstleister den richtigen Anbieter zu finden, der Wegweiser bietet hier Orientierung. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis erleichtert dem Leser die Suche. Auch auf Aufgaben und Einrichtungen des LWV weist die Broschüre an einigen Stellen hin. (jda)



Die Broschüre „Ratgeber für behinderte Menschen“ kann beim Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Referat Information, Postfach 5 00, 53108 Bonn, Tel.: 01 80 / 5 15 15 10, EMail: info@bmgs.bund.de. Den „Wegweiser für Menschen mit Behinderungen“ gibt es beim Hessischen Sozialministerium, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Online-Bestellung: www.sozialministerium.hessen.de.

Bathildisheim: Werkstätten erweitert

Nach nur knapp zehnmonatiger Bauzeit ist der Erweiterungsbau der Werkstatt für behinderte Menschen des Rehasentrums Bathildisheim e. V. in Bad Arolsen im September feierlich seiner Bestimmung übergeben worden. Mit der Erweiterung kommt das Rehasentrum dem aktuellen Bedarf an Arbeitsplätzen für Menschen mit seelischer Behinderung nach. Die Platzzahl wurde von 16 auf 30 erhöht. Von diesen 30 sind aktuell bereits 22 belegt. „Berufliche Rehabilitation ist und bleibt für uns ein zentrales Thema bei der Eingliederung von Menschen mit seelischer Behinderung“, betonte LWV-Landesdirektor Uwe Brückman in seinem Grußwort.

Die hellen, mit viel Glas und Holz gebauten Räume bieten auf ca. 300 Quadratmetern Montageplätze und zusätzliche Möglichkeiten für PC-Arbeitsplätze. Weitere 300 Quadratmeter stehen als Lagerflächen zur Ver-

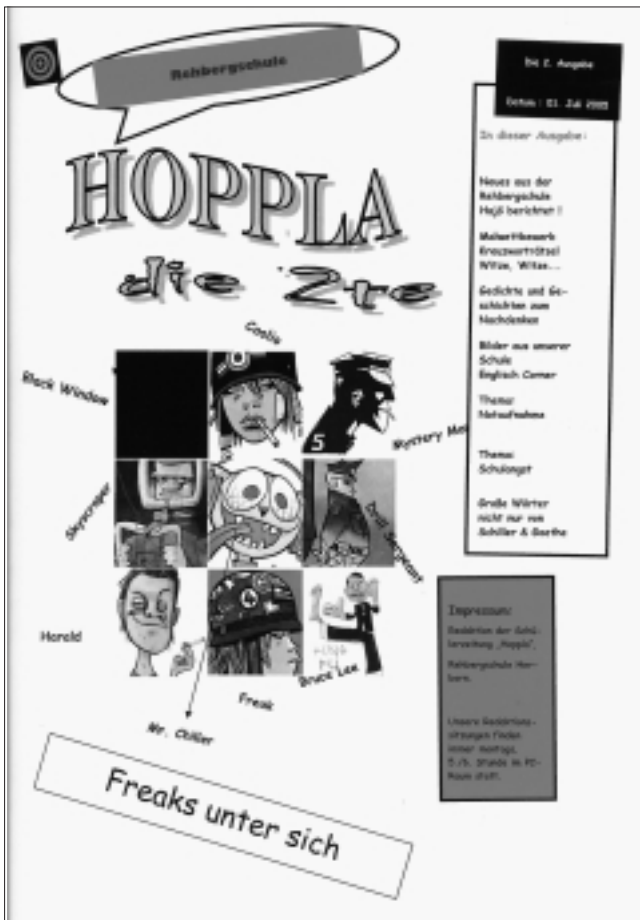


Mitarbeiterin Heidi Klanke führt ihre Arbeit vor (v. l.): Architekt Gerhard Müntinga, Sigmar Mayer, Werkstatteleiter Bernd Itter.

Foto: Bathildisheim e. V.

fügung, so dass größere Industrienaufträge angenommen werden können. Die Bathildisheimer Werkstätten als einer der Geschäftsbereiche des Rehasentrums Bathildisheim e. V. sind mit diesem erweiterten Standort ein wichtiges Element in der gemeindenahe niederschweligen psychiatrischen Versorgung im Nordkreis des Landkreises Waldeck-Frankenberg. (rvk)

Mit „Hoppla“ zum Erfolg



Zeitungs-Freaks unter sich: Titelblatt der prämierten „Hoppla“.

Gleich zwei erste Preise erhielten die jungen Redakteure aus der Rehberg-Gymnasium Herborn für ihre Schülerzeitung „Hoppla“. Mit stolz geschwellter Brust nahmen die Nachwuchs-Journalisten im Oktober ihre Auszeichnungen auf der diesjährigen Buchmesse in Frankfurt von den Juroren des Vereins Jugendpresse Hessen entgegen. Besonders bemerkenswert: Die Schülerzeitung erscheint erst im zweiten Jahr und wirkt bereits in Text und Gestaltung erstaunlich professionell. Sieger wurde „Hoppla“ sowohl in der Kategorie „Beste hessische Schülerzeitung“ aus Sonder- und Förderschulen als auch für den „Besten Einzelartikel“ aller Schulformen. Mit Letzterem bestach Redakteur Fabian: Er verfasste einen biografisch gefärbten Text mit dem Titel

„Notaufnahme“. Insgesamt wurden in dem Wettbewerb fünf erste Plätze vergeben, die Gewinner erhielten als Anerkennung Gutscheine für Exkursionen und Seminare. Die Arbeit in der „Hoppla“-Redaktion ist nicht ganz einfach: Die Redakteure haben eine psychische Erkrankung, befinden sich in stationärer Behandlung und können deshalb oft nur kurze Zeit am Projekt mitwirken. Wird ein Redaktionsmitglied aus der Klinik entlassen, bleiben mitunter halbfertige Arbeiten zurück. Die neuen Redakteure versuchen dann,

an dem Faden weiter zu spinnen. Darum ist Schulleiterin Heike Hansen auch besonders stolz auf ihre Schützlinge, die unter erschwerten Bedingungen wie psychischen Krisen und hoher Fluktuation besondere Leistungen erbringen. „Es ist schon bemerkenswert, was unsere Schüler geleistet haben. Besonders wenn man sich überlegt, in welcher Situation sie sich befinden, wenn sie ihre Artikel für die ‚Hoppla‘ schreiben“, sagt die erfahrene Pädagogin. Richtig spannend wird es aber erst in Zukunft, denn der Erfolg beim hessischen Wettbewerb soll für die Schülerzeitung nur der erste Schritt sein. Mit den ersten Plätzen im Hessenentscheid hat sich „Hoppla“ für den Bundeswettbewerb qualifiziert. Wann allerdings Bundespräsident Horst Köhler die Preise an die Bundessieger überreicht wird, steht noch nicht fest. LWV-Info drückt die Daumen! (cgy)/(jda)

Publik gemacht

In dieser Rubrik weisen wir auf kürzlich erschienene Publikationen hin, die von Mitarbeiter/innen des LWV stammen. (Vollständige Veröffentlichungshinweise nimmt die Redaktion gern entgegen: pressestelle@lwv-hessen.de (jda))

- Bauer, Petra: Spezialisierte Therapiestationen und Behandlungsgrundlagen im psychiatrischen Maßregelvollzug. In: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 10 - 13
- Bauer, Petra, S. Kielisch (Hg.): Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005 (Buchreihe Psychiatrische Kriminaltherapie, hg. von Rüdiger Müller-Isberner u. Lutz Gretenkord, Band 3)
- Born, Petra: Erfahrungen auf einer Spezialstation für Patienten mit hohem PCL-Score in: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 82 - 94
- Eucker, S., C. Moritz: Therapie persönlichkeitsgestörter Sexualstraftäter, in: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 51 - 64
- Freese, Roland: Das müsste die Allgemeinpsychiatrie auch können – Erste Daten zur Abschiebep Praxis von Menschen mit vielfältigem Hilfebedarf in die Forensik, in: Der Nervenarzt, Jg. 75 (2004, Suppl. 2), S. 367
- Freese, Roland: Ambulante Nachsorge nach Straf- und Maßregelvollzug. Konzepte und Erfahrungen, in: R. Egg (Hg.), Ambulante Nachsorge nach Straf- und Maßregelvollzug. Konzepte und Erfahrungen. Wiesbaden 2004, S. 169 - 183 (Schriftenreihe der Kriminologischen Zentralstelle e. V., Band 44)

- Hodgins, S., Rüdiger Müller-Isberner: Cognitive-behavioral interventions in schizophrenia, in: British Journal of Psychiatry, Bd. 186 (2005), S. 445
- Hofstetter, V., M. Bodem: Die Behandlung schwerst impulsiv-kontrollgestörter minderbegabter und hirnorganisch beeinträchtigter Patienten, in: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 65 - 81
- Jöckel, Dieter, I. Jöckel: Eingangsdiagnostik und Therapieplanung, in: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 14 - 25
- Jöckel, Dieter: Behandelbar, aber nicht entlassbar? Der psychiatrische Maßregelvollzug als Modell für einen differenzierten Behandlungs-, Regel- und Verwahrvollzug, in: Kriminalpädagogische Praxis, Nr. 32/2004, S. 31 - 40.
- Kielisch, S.: Ethische Fragestellungen im psychiatrischen Maßregelvollzug, in: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 138 - 152
- Kielisch, S.: Kriminaltherapie auf einem Bauernhof, in: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 95 - 102
- Kunze, Heinrich, Ludwig Kaltenbach (Hg.): Psychiatrie-Personalverordnung, Textausgabe mit Materialien und Erläuterungen für die Praxis, Stuttgart, 2005 (5. Auflage)
- Lincoln, T.M., S. Hodgins, R. Müller-Isberner u. a.: Sind sie gefährlicher? - Entlassene Patienten des psychiatrischen Maßregelvollzuges und der Allgemeinpsychiatrie, in: Krankenhauspsychiatrie Nr. 16/2005, S. 48 - 56
- Lotz, C.: Physiologische und subjektive Indikatoren emotionalen Erlebens bei an Schizophrenie erkrankten Patienten mit und ohne antisozialer Persönlichkeitsstörung, Gießen 2005 (Diplomarbeit)
- Madsack, T.: Ergotherapie [ergon (griech.): Handlung, Werk, Wirklichkeit, Arbeit ...], in: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 125-137
- Mayrl, J.: Die „Tagesklinik“, in: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 103 - 112
- Oermann, A., S. Blaha-Zitterbarth: Frauen im Maßregelvollzug, in: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 26 - 34
- Riether, Jörg: Virtuelle Server und Replikationen im Zusammenspiel – „Schachtelwerk“ in: „IX“ (Computerschachzeitschrift), Nr. 9/2005, S. 128 - 131
- Rohdich, R., A. Kirste: Ein integrierter Behandlungsansatz für schizophrene Patienten mit Suchterkrankung und Persönlichkeitsstörung, in: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 35 - 50
- Rohdich, R., A. Kirste: Ein integrierter Behandlungsansatz für schizophrene Patienten mit Suchterkrankung und Persönlichkeitsstörung in der Klinik für Forensische Psychiatrie Haina, in: Recht & Psychiatrie, Nr. 23/2005, S. 116 - 122.
- Schiller, Gerald: Gehirnblutung (Epidurales Hämatom) nach Sturz, in: Der Neurologe und Psychiater, Nr. 7 - 8/2005, S. 8
- Steck, R.: The crime preventive aspect for adequate outpatient tre-

atment of mentally ill offenders. Master in European Criminology Paper. Leuven 2004 (Center of Advanced Legal Studies)

- Willhardt, H., S. Kielisch: Offene Behandlung und Entlassung, in: Petra Bauer, S. Kielisch (Hg.), Differenzierte Behandlungskonzepte im psychiatrischen Maßregelvollzug, Lengerich 2005, S. 113 - 124

Schach nach Schicht

Pisa macht's nötig: Wussten Sie, dass Schachspielen die schulischen Leistungen von Kindern verbessern hilft? Dies hat eine wissenschaftliche Untersuchung der Uni Trier ergeben. Das anspruchsvolle Hobby soll sogar die physische Gesundheit positiv beeinflussen, auch wenn die Einordnung des königlichen Brettspiels in die Kategorie Sport immer wieder belächelt wird.

Felix Schroeder, Mitarbeiter der LWV-Verbandshauptkasse in Kassel, ist leidenschaftlicher Schachspieler und hat nun die Gründung einer Betriebssportgruppe in die Hand genommen. Für ihn besteht der Reiz beim Schachspiel in der Abwechslung von hoher Konzentration und tiefer Entspannung. Einige Kolleginnen und Kollegen haben bereits Interesse signalisiert, aber ein paar mehr dürften es nach Meinung Schroeders schon noch werden, wobei jeder selbst über den Umfang seines Engagements entscheiden könne. Aber Schroeder denkt schon weiter: Neben verbandsinternen Wettkämpfen wäre es möglich, mit Viererteams bei Betriebsmannschaftsmeisterschaften teilzunehmen oder in der örtlichen Kreisliga anzutreten. Auf jeden Fall freut er sich über neue Mitstreiter. (jda)



INFO Interessenten melden sich bitte bei: Felix Schroeder, LWV-Verbandshauptkasse. Am besten per Mail unter felix.schroeder@lww-hessen.de oder per Telefon (05 61 / 10 04 – 23 74).

Ehrensache Ehrenamt

Deutschlandweit sind nach Angaben des Familienministeriums rund 22 Millionen Menschen ehrenamtlich in Vereinen und Organisationen tätig. Ehrenamtliches Engagement in sozialen, kulturellen, umweltpflegerischen und anderen Feldern ist gesellschaftlich unentbehrlich.

All diejenigen, die sich dort einsetzen, verdienen Anerkennung für Ihren Einsatz. In einer Reihe stellt LWV-Info Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Reihen des LWV vor, die sich in ihrer Freizeit beispielhaft ehrenamtlich einbringen.

Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen“. Diesen Satz aus der Bergpredigt hat sich Hans-Heinrich Thielemann zum Lebensmotto gemacht. Im Suchtbereich des ZSP Mittlere Lahn, Marburg ist er als Arbeitstherapeut tätig und gibt den Patienten Anleitungen im Malen und Zeichnen sowie in der bildhauerischen Gestaltung mit Stein, Ton und Holz. Auch nach seiner Arbeit legt er Hammer und Meißel nicht aus der Hand. Dann gibt er ehrenamtlich Kurse in seiner privaten Werkstatt und vermittelt Menschen mit einer geistigen Behinderung die Grundlagen der Steinbearbeitung.

Seine Leidenschaft für Kunst wurde schon früh entfacht, Thielemanns Talent liegt im Töpfern und Gestalten von Sand- und Specksteinen. Faszinierend an der Kunst der Steinbearbeitung findet der kreative 55-Jährige die Metamorphose eines Steinklotzes zu einer anschaulichen Figur. Zusätzlich zu seinem Ehrenamt gibt er Volkshochschulkurse, damit Interessierte ihre Fähigkeiten ausprobieren und sie zu einem kreativen Hobby weiterentwickeln können. Besonders begeistert ist Thielemann



Faszinierende Metamorphose: Hans-Heinrich Thielemann in seiner Werkstatt.

Foto: Klaus Böttcher

von den Fortschritten, die sich zu Hause in seiner Werkstatt abspielen: „Die vielen Gestaltungsmöglichkeiten erzielen bei den behinderten Menschen eine therapeutische Wirkung, wodurch wiederum die Fantasie und die Beobachtungsgabe gestärkt werden“. So kommt es, dass die Teilnehmer durch seine Hilfestellung eine Krippe zu Weihnachten oder sogar Schmuck und Kerzenständer gefertigt haben.

Bevor der Hobby-Steinmetz seine Leidenschaft für die Kunst entdeckte absolvierte er in einer Tapetenfabrik eine Lehre als Drucker. Prägender aber waren die Erfahrungen im Zivildienst bei der Lebenshilfe und in seiner damals bereits beginnenden politischen Arbeit. Heute ist er Mitglied des LWV-Gesamtpersonalrates. Auch von der Sozialarbeit ist er nicht mehr losgekommen und wirkt im Vorstand der örtlichen Arbeiterwohlfahrt mit. Falls man Thielemann mal ohne sein gewohntes Arbeitswerkzeug antreffen möchte, dann am ehesten auf dem Fahrrad. Um dem Stress zu entkommen, radelt er zur Entspannung und zur Ideenfindung durch das Ohm- oder Wohratal. Auch für die Zukunft hat sich Thielemann noch einiges vorgenommen: Im Rahmen der Burgwaldmesse arbeitet er an der Umgestaltung des dortigen Seewanderwegs zu einem Skulpturenwanderweg mit. Der Weg ist bereits durch Hör- und Tasteinrichtungen für blinde Menschen hergerichtet und soll durch Skulpturen an Attraktivität gewinnen. Svenja Emde/(jda)

Kurz Gefragt

Wie beurteilen Sie die Bedeutung Ihres Ehrenamtes?

Ich finde mein Ehrenamt deshalb wichtig, weil es für mich eine Weiterentwicklung meiner selbst ist und ich durch die Arbeit mit den behinderten Menschen auf immer mehr soziale Gesichtspunkte hinarbeiten kann. Außerdem gibt es mir ein gutes Gefühl, für andere da zu sein.

Und was halten Sie vom Ehrenamt im Allgemeinen?

Die Ausübung eines Ehrenamtes finde ich insbesondere in der Kombination aus Ehrenamt, Beruf und Hobby sinnvoll. So kann man nebenher seinen Beruf ausführen, sich weiter entwickeln, seinen Horizont erweitern und dabei auch noch Gutes tun. Die Worte der Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, Marie Juchacz, habe ich noch besonders in Erinnerung. Sie sagte, dass man den Minderheiten den Weg in die Gesellschaft ebnen und ihnen dabei eine möglichst große Stütze sein sollte.

Haben Sie Vorbilder?

Ja, ganz klar Jesus und Martin-Luther King. Ich bin sehr christlich, und die Bergpredigt hat meine Lebensauffassung sehr geprägt. Ich schätze klare Aussagen sowie deren Umsetzung und die Art, wie man mit Menschen umgeht und ihnen eine Hilfestellung gibt.

Svenja Emde/(jda)

Erfolge

Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst in der allgemeinen Verwaltung

Hauptverwaltung Kassel

DIANA BECKER
SARAH DIETRICH
PATRIZIA LENKE
DIRK LINDEMANN
TANJA MEYER-HERMANN
THOMAS SEIFERT
MARINA SPOMER
ANDRE THIEL

Regionalverwaltung Darmstadt

ANNE EILERS
NICOLE JOLIVET

Regionalverwaltung Wiesbaden

ALEXANDER HENNRICH
CHRISTIANE SPROB
CHRISTIAN WELLER

Prüfung zum Nachweis beruflich- und arbeitspädagogischer Kenntnisse

Hauptverwaltung Kassel

DIANA BECKER
SARAH DIETRICH
PATRIZIA LENKE
TANJA MEYER-HERMANN
MARINA SPOMER
ANDRE THIEL

Regionalverwaltung Darmstadt

ANNE EILERS

Regionalverwaltung Wiesbaden

ALEXANDER HENNRICH
CHRISTIANE SPROB
CHRISTIAN WELLER

Staatsexamen in der Krankenpflege

ZSP Philippshospital, Riedstadt

SABINE BENTLIN
TOBIAS CUBRANIC
SUSANNE DECKER
TANJA HÄCKER
DENNIS KNOBLOCH
NADINE KONRAD

VITTORIA MIRGALDI
STEFANIE MÖSE
BEATRICE PEUKERT
SARAH PLUME
SEBASTIAN SCHICHTA
KATJA SCHMIDT
ALEXANDRA SPAHN
SABINE ZWINGMANN

ZSP Bergstraße, Heppenheim

KATJA BROHM
LUDMILLA DIESTER
CORNELIA ENGELMANN
TANJA ENGRAF
JÖRG GÄRTNER
OLIVER HABICH
ANETT LEITHOLD
PATRICK MAI
SIGMUND RAPP
SABRINA ROHM
NICOLE RÜCKRIEM
LYDIA SEIFERT
CHRISTIAN WIHLER

ZSP Am Mönchberg, Hadamar

STEFFI ANDRAE
JENNIFER BASTIAN
CAROLA BECK
LIDIA BEITLER
JESSICA BIERMANN
TATJANA DAMMER
STEFAN DÖRFL
STEFANIE ENK
KERSTIN HAMMERSCHMIDT
INA HILB
SABRINA KLEIN
JENNIFER KNÖPPEL
MELANIE PIRC
NATASCHA REUTH
MARTIN SCHULZ
PETRA STOLZENBERGER
MELANIE TRAEGL
ANJA WOLF

25-jähriges Dienstjubiläum

MARGOT VÖHL
Hausgehilfin
ZSP Haina (Kloster) 1. 8.2005

BERND KÜPPERS
Fachkrankenpfleger
ZSP Rheinblick, Eltville 3. 8.2005

PETRA FALK
Krankenschwester
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 4. 8.2005

HEINZ WALTER
Stationsleiter
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 14. 8.2005

ERIKA STEGEMANN
Erzieherin
Johannes-Vatter-Schule, Friedberg 15. 8.2005

DR. DIETER BECKER-HEINEN
Facharzt
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 15. 8.2005

INGRID RISTOCK
Krankenschwester
ZSP Bergstraße, Heppenheim 1. 9.2005

MARITA WOLF
Krankenschwester
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1. 9.2005

GABRIELE GUTHOF
Verwaltungsangestellte
Hauptverwaltung Kassel 1. 9.2005

PETRA HEMPLER
Stenotypistin
Hauptverwaltung Kassel 1. 9.2005

ROLF HEB
Verwaltungsangestellter
Regionalverwaltung Wiesbaden 1. 9.2005

CARMEN JUNGMEISTER
Erzieherin
Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg 1. 9.2005

ANGELIKA LEWALTER
Hausgehilfin
Freiherr-von-Schütz-Schule, Bad Camberg 1. 9.2005

REINER LÖBIG
Verwaltungsangestellter
Regionalverwaltung Darmstadt 1. 9.2005

HANS-ULRICH OBERSCHELP
Diplom-Psychologe
Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg 1. 9.2005

THOMAS RIEHM
Verwaltungsangestellter
Hauptverwaltung Kassel 1. 9.2005

ANDREAS SCHUSTER
Amtsinspektor
Hauptverwaltung Kassel 1. 9.2005

THOMAS VITT Amtmann Hauptverwaltung Kassel	1. 9.2005	SUSANNE STUMPF Krankenschwester ZSP Mittlere Lahn, Gießen	1.10.2005	BÄRBEL WAGNER Erzieherin ZSP Mittlere Lahn, Marburg	1.10.2005
Martina Wilke Amtsinspektorin Hauptverwaltung Kassel	1. 9.2005	GISELA HAHN Vorzimmersekretärin ZSP Mittlere Lahn, Gießen	1.10.2005	BURKHARD KOPFER Dipl.-Psychologe ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn	1.10.2005
GABRIELE WUNDERLICH Stenotypistin Hauptverwaltung Kassel	1. 9.2005	PETRA HUBENTHAL-SCHMIDT Krankenschwester ZSP Kurhessen, Bad Emstal	1.10.2005	SABINE HAAS Erzieherin ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn	1.10.2005
SABINE DONSBACH Wohngruppenleiterin ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn	1. 9.2005	IRIS STRUTWOLF Krankenschwester ZSP Kurhessen, Bad Emstal	1.10.2005	ELLEN HAPKE Krankenschwester ZSP Bergstraße, Heppenheim	1.10.2005
HEIDEMARIE EMRICH Krankenschwester ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn	1. 9.2005	UTE SAPPER Stellv. Stationsschwester ZSP Kurhessen, Bad Emstal	1.10.2005	ANGELIKA SCHÖNHERR Ltd. Med. Techn. Assistentin ZSP Mittlere Lahn, Marburg	8.10.2005
RÜDIGER KESSEL Stationspfleger ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn	1. 9.2005	STEFAN MENKEL Sozialarbeiter ZSP Kurhessen, Bad Emstal	1.10.2005	SIEGLINDE PFANNMÖLLER Verwaltungsangestellte Regionalverwaltung Darmstadt	13.10.2005
MARIA VORREITER Krankenschwester ZSP Bergstraße, Heppenheim	1. 9.2005	KARIN MAAS Sozialarbeiterin ZSP Rheinblick, Eltville	1.10.2005	MARGIT SAUER Erzieherin Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg	14.10.2005
BEATE KUTTIG Krankenschwester ZSP Bergstraße, Heppenheim	1. 9.2005	SABINE RICKERT Krankenschwester ZSP Rheinblick, Eltville	1.10.2005	INGE RUSCHIG Krankenpflegehelferin Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg	16.10.2005
ROSINA GÖTZINGER Krankenschwester ZSP Bergstraße, Heppenheim	1. 9.2005	MICHAEL CUTTAIA DV-Koordinator Regionalverwaltung Wiesbaden	1.10.2005	WALTRAUD HECK Verwaltungsangestellte ZSP Mittlere Lahn, Marburg	1.11.2005
MONIKA WOLLENHAUPT Oberinspektorin Hauptverwaltung Kassel	11. 9.2005	PETRA FELDNER-NUHN Amtsrätin Hauptverwaltung Kassel	1.10.2005		
BRIGITTE WEIß Hausgehilfin Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg	14. 9.2005	THOMAS HORN Amtsrat Regionalverwaltung Wiesbaden	1.10.2005		
WERNER THEUS Angestellter in der Tätigkeit eines Erziehers ZSP Mittlere Lahn, Marburg	15. 9.2005	CHRISTINE LOHR Krankenpflegedirektorin ZSP Philipps hospital, Riedstadt	1.10.2005	ANNEGRET BECKER Angestellte in der Tätigkeit als Erzieherin Johannes-Vatter-Schule, Friedberg	18.10.2005
HILDEGARD LINSEL Krankenpflegehelferin ZSP Kurhessen, Bad Emstal	22. 9.2005	DORIS LOTZE-WESSEL Amtsrätin Regionalverwaltung Darmstadt	1.10.2005		
PETRA SCHMIDT Verwaltungsangestellte Hauptverwaltung Kassel	25. 9.2005	WERNER PUCHINGER Amtmann Hauptverwaltung Kassel	1.10.2005		
		BÄRBEL WOSILAT Krankenschwester ZSP Mittlere Lahn, Gießen	1.10.2005		

40-jähriges Dienstjubiläum

Nach mehr als 10 Dienstjahren aus dem LWV ausgeschieden

Nach mehr als 10 Dienstjahren gingen in Rente

ROSA REICHENBACH
Künstlerin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 28. 2.2005

BIRGIT SANFTLEBEN
Krankenschwester
ZSP Am Mönchberg, Hadamar
31. 7.2005

KARL-HEINZ SCHNEIDER
Krankenpfleger
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 31. 7.2005

MARIA KNEIBL-SCHOOFF
Krankenschwester
ZSP Bergstraße, Heppenheim 31. 7.2005

GERTRUD MÜLLER
Hausangestellte
ZSP Am Mönchberg, Hadamar
31. 8.2005

KEA CHUL CHANG
Krankenpflegehelfer
ZSP Rheinblick, Eltville 31. 8.2005

ANNEMARIE KLAUS
Hausgehilfin
ZSP Rheinblick, Eltville 31. 8.2005

THOMAS DONNER
Altenpfleger
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 31. 8.2005

HANS-ROBERT SCHNEIDER
Stellv. Stationspfleger
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 31. 8.2005

WERNER SCHNEIDER
Krankenpflegehelfer
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 31. 8.2005

WERNER THEIß
Krankenpfleger
ZSP Haina (Kloster) 31. 8.2005

WALTER SCHOLZ
Klärwärter
ZSP Haina (Kloster) 30. 9.2005

PETER SCHADT
Krankenpfleger
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 31.10.2005

HORST RIES
Küchenleiter
ZSP Am Mönchberg, Hadamar
31.10.2005

KLAUS BOTT
Fahrer
ZSP Rheinblick, Eltville 31.10.2005

HANNELORE MEHLINGER
Verwaltungsangestellte
Regionalverwaltung Wiesbaden
1.11.2005

In den Ruhestand traten

LUTZ BAUER
Landesdirektor
Hauptverwaltung Kassel 1. 9.2005

Ehrenplakette in Silber

DR. WALTER THOMAS KANZOW
Ärztlicher Direktor
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1.11.2005

Ehrenring

LUTZ BAUER
Landesdirektor
Hauptverwaltung Kassel 31. 8.2005

Neue Namen – Neue Positionen

RALF GEBNER
kommissarischer Leiter des
Funktionsbereichs „Unterhalts-/
Kostenbeiträge RV DA“
Hauptverwaltung Kassel 1. 8.2005

KLAUS SEITZ
Datenschutzbeauftragter
Hauptverwaltung Kassel 31. 8.2005

ACHIM PEX
Krankenpflegedirektor
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 1. 9.2005

DR. CHRISTA MÜLLER
Leiterin der Abteilung
Stimm- und Spracherkrankungen
Klinikum Weilmünster gGmbH 7. 9.2005

GUNDULA NEMECEK
Kommissarische Regionalmanagerin
für Menschen mit einer geistigen
Behinderung -2-
Regionalverwaltung Darmstadt
1.10.2005

ROBERT HÜTHER
Regionalmanager und Stellv. Ziel-
gruppenmanager „Kriegsopferfürsorge“
Hauptverwaltung Kassel 13.10.2005

Wir trauern um unsere verstorbenen Kolleginnen und Kollegen

INGRID BÖSCHE
Regionalmanagerin für Menschen
mit einer geistigen Behinderung -2-
Regionalverwaltung Darmstadt

BERND HABERLAND
Organisationsprogrammierer
Hauptverwaltung Kassel

BARBARA SEJA
Raumpflegerin
Hauptverwaltung Kassel

WERNER ZINGEL
Leiter der Arbeitstherapie
ZSP Am Mönchberg, Hadamar

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.



„Die Schöpfung“ heißt ein Projekt, das aus der Arbeit der Seelsorge in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Gießen hervorgegangen ist. Dort haben sich Mitglieder der Gruppe „Glaube und Gestalten“ über ein Jahr hinweg mit dem biblischen Thema der Genesis beschäftigt und dazu gemalt und gezeichnet. Bei Wolfgang Michaeli, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Klinikseelsorge, liefen die Fäden des Projektes zusammen. Er ist froh darüber, dass er das Thema mit einem örtlichen Gymnasium und einer Kirchengemeinde in Gießen „vernetzen“ konnte. Die Ergebnisse des Kunstprojektes wurden im September im Rahmen einer Veranstaltungswoche in der dortigen Johanneskirche präsentiert. In der Kirche wurde ein offenes Atelier eingerichtet, Gottesdienste und eine Aufführung von Joseph Haydns Oratorium „Die Schöpfung“ waren weitere Höhepunkte der Veranstaltungswoche, die sich den sieben Schöpfungstagen widmete. Die Titelseite zeigt die von Michael K. gestaltete sonnendurchflutete Winterlandschaft. Dieses und die anderen ausgestellten Bilder zeigen Motive aus der Schöpfung der Gestirne, der Jahreszeiten, des Wetters sowie der Flora. (jda)